



10. Oktober 1922

## EMILE VANDERVELDE · WIE WIR IN DIE REGIERUNG HINEIN-, WIE WIR AUS IHR HERAUSGINGEN

**B**ELGIENS Sozialisten waren nach Ausbruch des Krieges die ersten, die einen der Ihrigen in die Regierung entsandten. Sie waren, in der Nachkriegsperiode, in den alliierten Staaten die letzten, die die Teilnahme am Ministerium wieder aufgaben. Ich will nicht weiter über unser Vorgehen zu der Zeit der Besetzung Belgiens sprechen. Die Tatsachen sind bekannt, und im übrigen waren wir nicht die einzigen, bei denen es seit 1914 sozialistische Minister gab. Man hatte sie in Frankreich, hatte sie in England und, nach dem Zusammenbruch der Zentralmächte, in Deutschland wie in Österreich. Wir kämpften um unsere Existenz als unabhängige Nation gegen den Einfall einer fremden Macht. Die belgische Regierung, die kein anderes Programm hatte als die Befreiung des Landes, war damals nur ein öffentlicher Wohlfahrtsausschuß. Es ist klar, daß hier einer jener Fälle vorlag, von denen Kautsky in den Resolutionen von Paris und Amsterdam gesprochen hatte.

Jedoch am Tag nach dem Waffenstillstand stellte sich die Frage in ganz anderer Weise dar. Damals lagen für die Arbeiterpartei 3 verschiedene Möglichkeiten vor: Sie konnte in eine revolutionäre Aktion eintreten; sie konnte wieder in die Opposition gehen, oder sie konnte in einem Ministerium des nationalen Wiederaufbaus einen Teil der Mitverantwortung und der Regierungsgewalt auf sich nehmen. Daß zu einer Zeit, wo nach 4 Jahren militärischer Besetzung das Land wieder frei geworden war, eine revolutionäre Aktion zu einem traurigen Fiasko geführt hätte: muß man das noch beweisen? Selbst wenn sie momentan Erfolg gehabt hätte, wäre doch die Stellung einer nach einem Aufstand gebildeten sozialistischen Regierung unhaltbar gewesen, wo sich die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, durch das Elend entkräftet, durch die Zerstörung der Fabriken, die Fortnahme der Arbeitswerkzeuge, den Mangel an Rohstoffen und Eisenbahnen zur Arbeitslosigkeit verurteilt sah. In keinem der Siegerländer, selbst nicht da, wo die Arbeiter zum Teil Sklaven der Phrase sind, hat man den mindesten Versuch zu einer Erhebung gemacht. Aber konnte sie auch keine Aufstandsaktion unternehmen, hätte sich die belgische Arbeiterpartei nicht, wie es anderswo geschah, auf die Opposition beschränken, den bürgerlichen Parteien allein die Verantwortung für die Lage überlassen sollen, die durch den Krieg ge-

schaffen worden war? . Gewiß, aber dann hätte sich der Wiederaufbau des Landes, dessen ganzes Gebiet den deutschen Heeren überliefert gewesen war, nicht nur *ohne* sondern *gegen* uns vollzogen. Sobald die bürgerlichen Parteien allein die Macht innehatten, konnten sie die Demokratisierung des politischen Regiments verhindern, die eine Revision der Verfassung erforderte. Die Arbeiterklasse hätte sich die einzige Gelegenheit entgehen lassen politisch und sozial Fortschritte zu machen, wie sie in 50 Jahren der Arbeit durch Propaganda, politische Aktionen und selbst durch Aufstände und Generalstreiks nicht möglich gewesen waren.

Man darf nicht vergessen, daß trotz der numerischen Stärke der Arbeiterpartei Belgien in vieler Hinsicht noch eines der zurückgebliebensten Länder Westeuropas war. Wir hatten ein elendes Wahlsystem, das den Reichen 3 oder 4, den Armen nur 1 Stimme gab. Das Streikrecht war durch Ausnahme Gesetze beschränkt (Artikel 310 des Strafgesetzbuchs), die, unter dem Vorwand die Freiheit der Arbeit zu schützen, die geringste Beleidigung, ja schon eine abfällige Gebärde gegen die Streikbrecher mit exorbitanten Strafen bedrohten. Die Staatsarbeiter hatten kein Koalitionsrecht; es war ihnen ausdrücklich verboten sich in ihren Vereinen mit anderen Dingen zu befassen als mit ihren engsten Standesangelegenheiten. Wir hatten weder einen gesetzlichen Normalarbeitstag noch Alters-, Arbeitslosen- oder Krankenversicherung. Kurz, die belgischen Arbeiter besaßen fast nichts von den gewöhnlichen Hilfsmitteln zur Führung des Klassenkampfes, wie sie in einem wirklich demokratischen Staat bestehen. Das mußte geändert werden, und deshalb war die Arbeiterklasse aus eigenem Antrieb, einstimmig oder beinahe einstimmig (in Abwesenheit derer, die, wie ich, mit der Regierung außerhalb des Landes waren), zu der Überzeugung gekommen, daß die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung notwendig sei.

**S**O beschloß denn der Parteivorstand auf einem Parteitag für die Teilnahme an der Regierung 3 sehr einfache Bedingungen aufzustellen: 1. Abschaffung des Pluralwahlrechts und Wahl der Konstituierenden Versammlung mit allgemeinem Wahlrecht vom 21. Lebensjahr an, 2. Koalitionsrecht für die Arbeiter in den öffentlichen Diensten ebenso wie für die in der Privatindustrie, 3. Maßnahmen gegen die Kriegsgewinnler. Dieser Vorschlag wurde von mehr als neun Zehnteln der Parteimitglieder angenommen. Nur 2 oder 3 Dutzend Genossen von der "kämpfenden" Richtung machten Einwände. Aber diese haben mittlerweile der Partei den Rücken gekehrt, um die sogenannte Kommunistische Partei zu gründen (die bei den letzten Wahlen 1800 Stimmen erhielt, gegenüber 675 000 für die Arbeiterpartei). Auf Grund dieses Beschlusses traten 3 von uns im November 1918 in die Regierung ein. Einige Monate später fanden die Wahlen statt: nach allgemeinem Wahlrecht vom 21. Lebensjahr an. Das Koalitionsrecht, auch für die Arbeiter der öffentlichen Dienste, wurde bedingungslos anerkannt. Die Zahl der Organisierten stieg rasch von 125 000 im Jahr 1914 auf mehr als 720 000 im Jahr 1921.

Nach den Kammerwahlen im Jahr 1919, die 70 sozialistische Abgeordnete ins Parlament brachten (gegen 72 Klerikale, 32 Liberale und einige Wilde), wurde die Frage der Regierungsteilnahme, mit einem bestimmten Programm, auf dem Parteitag zum Gegenstand einer ernsten Diskussion. Die Hauptpunkte dieses Aktionsprogramms für die nächste Zeit waren die folgenden:

1. Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts vom 21. Lebensjahr an auch auf die Wahlen für die Gemeinde- und Provinzialvertretungen wie für die Kammer und den Senat, 2. Einkommens- und Erbschaftssteuern, 3. Mindestunterstützung für alle Arbeiter beiderlei Geschlechts im Betrag von 700 Francs, bis zu 1400 Francs für den Haushalt, 4. Abschaffung des Artikels 310 des Strafgesetzbuchs, 5. Festsetzung eines gesetzlichen Arbeitstags von 8 Stunden, 6. Ausnutzung der noch nicht ausgebeuteten Kohlengebiete der Campine durch den Staat, 7. Ausbau der sozialen Versicherungen, namentlich Schaffung eines Fonds für Krisenzeiten, der von den Arbeiterorganisationen zu verwalten ist. Die dieses Programm vorschlugen, wünschten, daß es in das Gesamtprogramm des Kabinetts aufgenommen würde, dem diesmal 5 Katholiken, 3 Liberale und 4 Sozialisten (für die Ministerien der Justiz, der öffentlichen Arbeiten, der Wissenschaften und Künste, der Industrie und der Arbeit) angehörten. Als diese Vorschläge dem Parteitag unterbreitet wurden, lösten sie eine sehr lebhafte Debatte aus. Verschiedene Redner und besonders Jacqmotte, der inzwischen einer der Führer der kleinen "kommunistischen" Gruppe geworden ist, erklärten, daß sie sich der Teilnahme an der Regierung widersetzen würden, da sie mit dem Klassenkampfprinzip unvereinbar sei. Sie erinnerten an gewisse Beschlüsse, die man vor dem Krieg gefaßt hatte, und warfen Louis de Brouckère, der im Namen des Parteivorstands sprach, vor seine Ansicht geändert zu haben. Genosse de Brouckère, der so angegriffen wurde, antwortete folgendermaßen:

»Im Jahr 1912 standen wir einer kapitalistischen Gesellschaft als eine kleine sozialistische Gruppe gegenüber, die, wenig ausreichend und schwach, sich bemühte ihre Lehren in der Arbeiterklasse zu verbreiten. Sind wir noch immer eine kleine, schwache Partei? Der Krieg kam; er führte zum Bankrott der Bourgeoisie. Heute stehen wir einer Kapitalistenklasse gegenüber, die sich vor der Arbeiterklasse, deren gewerkschaftliche und politische Macht furchtbar geworden ist, beugt. Ein neuer Anlauf gleich dem, den wir vor 14 Tagen nahmen, würde genügen, um uns die Mehrheit zu sichern und uns die Macht zu bringen. Ich frage, ob die Taktik einer Klasse, die selbst stark ist und sich einer schwachen Macht gegenüber befindet, die selbe sein kann wie in der Periode der bloßen Verkündung der Botschaft. Die Taktik der Opposition bereitet die Reformen vor, die der Mehrheit verwirklicht sie [Beifall]. Ich bin nicht prinzipiell auf die Teilnahme an der Regierung versessen, aber ich frage, ob wir sie plötzlich aufgeben müssen. Ich behaupte nicht, daß die Partei das nicht zuließe, aber ich weise darauf hin, daß die Gewerkschaften es uns niemals verzeihen würden [Bravorufe].«

Der Parteitag nahm sodann mit 1415 gegen 146 Stimmen die folgende, vom Parteivorstand vorgelegte Resolution an:

»In Hinblick auf die politische Tragfähigkeit der Arbeiterklasse und in Erwägung, daß das Programm der demokratischen Aktion, das für die Dauer der Konstituante vorgeschlagen worden ist, mit die beste Garantie für seine Verwirklichung in der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung findet, einer Teilnahme, die in ihrer politischen und gewerkschaftlichen Wirksamkeit durch die wachsame Hilfe der Arbeiterklasse kontrolliert und unterstützt werden muß, erklärt der Parteitag, daß die Bedingung für diese Teilnahme die Verwirklichung jener Forderungen ist, und geht damit zur Tagesordnung über.«

Unter diesen Umständen und Bedingungen, als Beauftragte unserer Partei, waren oder blieben wir also "Minister des Königs", wie es die nennen, die nicht wissen oder nicht wissen wollen, daß das Königtum in Belgien ebenso wie in England nur den Wert eines Symbols hat. Unsere Mitwirkung in der Regierung fand bis zum Jahr 1921 statt. Während dieser Zeit hatten wir das seltene Glück sämtliche Punkte des von der Partei formulierten Aktionsprogramms verwirklichen zu können.

Heute ist Belgien eine Demokratie. Das Koalitionsrecht kennt keine Einschränkungen mehr. Wir haben den Achtstundentag, die Mindestunterstützung von 700 Francs, ein Steuersystem, in dem die Verbrauchssteuern nur 30 % der Gesamtsumme betragen, den Anfang zu einer Arbeitslosenversicherung, bei der die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung auszahlen, nachdem sie die eigenen Unterstützungen für ihre arbeitslosen Mitglieder in Abzug gebracht haben. Dies alles ist gewiß nicht ohne Schwierigkeiten und Kämpfe erreicht worden. Die direkte Aktion der Arbeiterklasse wurde nicht einen Augenblick dabei aufgegeben. Mehrmals mußten die sozialistischen Minister ihre Portefeuilles in der Schwebe halten und einen moralischen Druck ausüben, um die Bourgeoisie zum Nachgeben zu zwingen, die die Angst vor dem Bolschewismus beherrschte. Bedeutende Schwierigkeiten bestanden von Anfang an auf dem Gebiet der internationalen Politik. Sie schufen eine Reihe von Situationen, die die Gegensätze innerhalb der Regierung scharf hervortreten ließen, und deren Folge es war, daß wir uns schließlich nach 3 Jahren zum Rücktritt entschlossen.



GLEICH als ich in die Regierung eingetreten war, sagte mir der Premierminister, daß seiner Meinung nach die Stellung eines belgischen Ministers moralisch nicht vereinbar sei mit der des Präsidenten des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Das ist möglich, antwortete ich, aber in diesem Fall ist meine Wahl getroffen: Ich bleibe Präsident der Internationale. Man bestand nicht weiter darauf. Und im übrigen ist zuzugeben, daß nach unserer Rückkehr nach Belgien die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen in der Arbeiterklasse selbst starken Widerständen begegnete. Als es sich zum Beispiel 1919 darum handelte Delegierte zur Berner internationalen Konferenz zu entsenden, hatten sich fast alle einflußreichen Parteigenossen (Anseele, Huysmans, de Brouckère und ich) *dafür* ausgesprochen. Die "Unteroffiziere und Gemeinen" der Partei aber wollten davon nichts wissen. Man hatte 4 Jahre lang den Druck der militärischen Okkupation ertragen, man beweinte die Toten, man bewahrte im Grund des Herzens bitteren Groll gegen die, die ohne nachdrücklichen Protest die Deportation Tausender von Arbeitern nach Deutschland zugelassen hatten; kurz, im Parteivorstand wurde unser Vorschlag fast einstimmig abgelehnt. Nach und nach indes machte dieser Krieggeist einer objektiven Auffassung über die Notwendigkeiten der internationalen Aktion Platz. Wir gingen nach Luzern. Wir gingen nach Genf. Und seitdem darf sich die belgische Arbeiterpartei schmeicheln in jeder Beziehung ihre internationale Pflicht erfüllt zu haben. Doch ist es nicht ganz unnützlich diese Behauptung durch einige Beispiele zu stützen. Sie werden gleichzeitig dazu dienen die wachsende Feindschaft der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialisten zu erklären, die unser Ausscheiden bewirkte.

Unsere Haltung gegenüber dem *Frieden von Versailles* sei das erste. Wir haben den Friedensvertrag unterschrieben. Es wäre nicht möglich gewesen ihn nicht zu unterschreiben, denn er bestätigte unser Recht auf Unabhängigkeit und auf Wiedergutmachung. Aber von Anfang an, am Tag nach der Unterzeichnung schon, stimmte der Vorstand der Arbeiterpartei für einen öffentlichen Protest gegen gewisse Bestimmungen des Friedensvertrags, die er für unannehmbar hielt: die Annexion der Gebiete von Eupen und Malmédy ohne ernsthafte Befragung der Bevölkerung, die Wegnahme der deut-

schen Kolonien, die Unbestimmtheit der Reparationsforderungen usw. Im übrigen sah der Friedensvertrag seine eigene Revision voraus, und im Einverständnis mit den französischen, englischen, italienischen und deutschen Sozialisten hat die belgische Arbeiterpartei niemals aufgehört für eine solche Revision zu wirken. Das sind bekannte Tatsachen. Es ist nicht nötig sie noch näher zu erörtern. Weniger bekannt aber sind die Bemühungen der belgischen Sozialisten in Versailles selbst die annexionistischen Tendenzen gewisser ihrer Landsleute zu durchkreuzen. Man beachte, was Tardieu in seinem Buch über den Frieden über unsere Beziehungen zu Holland sagt: »Zwei entgegengesetzte Richtungen zeigten sich in der belgischen Regierung, einer Konzentrationsregierung, in der alle Parteien vertreten waren. Die Sozialisten sagten: Keine Annexionen! Die bürgerlichen Parteien neigten zu der Ansicht, daß die beste Lösung, um Belgien volle militärische und wirtschaftliche Garantien zu geben (Nutzung der Schelde, Kanal von Gent nach Terneuzen, Antwerpen-Maas-Kanal) die sei das linke Ufer der Schelde und Holländisch Limburg unter belgische Oberhoheit zu stellen. Es ist überflüssig hinzuzufügen, daß diese Übertragung der Oberhoheit im übrigen nicht nur historisch zu rechtfertigen wäre sondern vor allem auch aus den Gründen der Sicherheit, die durch mehr als 4 Jahre Krieg bestätigt worden waren. Wie dem auch sei, die belgischen Thesen zeigten eine gewisse Unschlüssigkeit. Sie entwickelten Gründe, ohne Schlüsse daraus zu ziehen.«

Dieser Darstellung sei nur eines hinzugefügt: Der Minister des Auswärtigen in Belgien war von uns darüber verständigt worden, daß jede annexionistische Forderung vor dem Obersten Rat Holland gegenüber sofort unsern Austritt aus der Regierung veranlassen würde. Seitdem hatten wir übrigen Gelegenheit im Einverständnis mit unseren holländischen Genossen unsere Haltung in dieser Frage zu erklären. Auf einer Konferenz von Delegierten beider Parteien in Brüssel, die am 21. und 22. Mai 1921 stattfand, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt:

»In Erwägung, daß die zwischen der belgischen und der holländischen Regierung herrschende Spannung geeignet ist die nationalistischen Anschläge und chauvinistischen Aufreizungen der Leute zu begünstigen, die gern die natürlichen und notwendigen Beziehungen herzlich und freundschaftlicher Nachbarschaft zwischen den beiden Nationen stören würden, indem sie die Anlässe zu einer Gefährdung des Friedens in Europa noch vermehren, und daß es internationale sozialistische Pflicht ist sich energisch gegen die Tendenzen und Tatsachen aufzulehnen, die diese Situation herbeigeführt haben, legen die belgischen Delegierten Gewicht darauf daran zu erinnern, daß ihre Partei seit den ersten Tagen nach dem Waffenstillstand aufs nachdrücklichste jeden territorialen Ehrgeiz auf Kosten Hollands verurteilt und einen heftigen Feldzug gegen die kleine, lärmende und lästige Gruppe der Annexionisten geführt hat. Sie ist jetzt weniger als je gewillt einer Politik zuzustimmen, die nicht auf unbedingter Achtung vor der Souveränität beider Länder innerhalb ihrer gegenwärtigen Grenzen und auf entschiedenstem Friedenswillen gegründet ist. Sie können die verbrecherische Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen den beiden Nationen überhaupt nicht ins Auge fassen.«

Es ist zu bemerken, daß unter den belgischen Delegierten, die für diese Resolution stimmten, sich der Genosse Emile Vandervelde, Justizminister und Vizepräsident des Staatsministeriums, befand.

Ein weiterer Anlaß zu unserm Austritt aus der Regierung kam von unseren Beziehungen zu *Rußland* her. Bekämpfte die belgische Arbeiterpartei stets mit äußerster Energie die Politik der Bolschewisten, so hat sie sich doch auch jeder militärischen Intervention widersetzt. Ihr ist es zuzuschreiben, daß man die Freiwilligenrekrutierung für die Armee von Archangelsk verhinderte, jede Übersendung von Kriegsmaterial verweigerte usw. Das führte sogar während des polnisch-russischen Krieges zur Demission des Außenministers Hymans.

Endlich das *Reparationsproblem*. Die Wiedergutmachung geht in Belgien alle Klassen an, und die Arbeiter fordern nicht am wenigsten laut Ersatz für den Schaden, den sie ungerechterweise erlitten haben. Das sah man deutlich, als im Jahr 1921 von der Besetzung des Ruhrgebiets die Rede war. Der Vorstand der Arbeiterpartei protestierte gegen sie, aber nur mit äußerst schwacher Mehrheit. Ich erklärte im Ministerrat, daß, falls diese Maßnahme ausgeführt würde, ich auf der Stelle meinen Abschied nähme. Aber man darf sich nicht verhehlen, daß die Sozialisten weit entfernt von einer einhelligen Ansicht waren, und daß der "Mann von der Straße" ihr eher günstig gesinnt war. Die bürgerliche Presse setzte alles daran diese Stimmung auszunutzen und eine geistige Bewegung gegen die Arbeiterpartei zu entfesseln, um der »erstickenden Diktatur der sozialistischen Minister«, wie sich der Ministerpräsident Carton de Wiart ausdrückte, ein Ende zu bereiten. So hatte man den Konflikt in der Regierung. Im September 1921 kam er bei Gelegenheit der Zwischenfälle von La Louvière zum Ausbruch. Und dies war der akute Anlaß, weshalb wir aus der Regierung herausgingen.

La Louvière ist ein bedeutender Ort im Hennegau, im Mittelpunkt eines der Gebiete, wo die Arbeiterklasse durch die Invasion, durch die Besetzung des Landes und besonders durch die Zwangsverschickungen am meisten zu leiden hatte. Unsere Freunde hatten eine Soziale Woche organisiert, zu der Delegierte aus verschiedenen Ländern, unter ihnen auch namentlich unser deutscher Genosse Sassenbach, eingeladen worden waren. Bei Sassenbachs Durchreise fanden nationalistische Kundgebungen statt. Die Arbeiterpartei antwortete 14 Tage später darauf durch eine großartige Demonstration, die Tausende auf die Beine brachte. Einer der sozialistischen Minister, Anseele, war vom Parteivorstand beauftragt worden ihr beizuwohnen. Im Lauf der Manifestation übergab man in seiner Gegenwart einer Gruppe alter Kämpfer eine rote Fahne, mit dem Symbol eines zerbrochenen Gewehrs. Mehr war nicht nötig, um den Minister der nationalen Verteidigung zu der Erklärung zu veranlassen, es sei ihm unmöglich länger an der Seite eines Kollegen zu sitzen, der durch seine Anwesenheit antimilitaristische Demonstrationen ermutige. Der Ministerpräsident Carton de Wiart stellte sich auf seine Seite. Angesichts dieser Haltung trat Anseele zurück. Wir schlossen uns ihm an. Die Koalitionsregierung hatte aufgehört zu existieren. 3 Wochen später fanden die allgemeinen Wahlen statt. Die ganze Anstrengung der anderen Parteien war gegen die Sozialisten gerichtet. Man beutete gegen sie die Angst vor dem Bolschewismus, die Erbitterung gegen Deutschland und zudem die Unzufriedenheit aus, die in gewissen Kreisen durch das Gesetz Vandervelde ausgelöst worden war, das den Detailverkauf der Spirituosen verbot. Doch das Resultat war minimal; wir verloren 2 Kammersitze und gewannen, dank der Wahlreform, 30 Senatssitze, außerdem die Lokalregierung in den reichsten und bevölkertsten Provinzen: Lüttich und dem Hennegau. Nach den Wahlen bot man von neuem den Vertretern der Arbeiterpartei Ministerportefeuilles an. Die Partei lehnte sie einstimmig ab.

Als Anseele aus dem Ministerium fortging, nahm er mit folgenden Worten Abschied von seinen Kollegen:

»Wir sind ins Ministerium eingetreten, um große Ideen zu verteidigen: die Demokratie, das Koalitionsrecht, die Arbeiterkontrolle. Wir gehen heraus, um andere zu verteidigen: die Annäherung der Völker, den Kampf gegen den Militarismus, die Internationale. Ich grüße Sie, meine Herren, wir haben unter Ihnen nichts mehr zu tun.«

**W**IR konnten das Bewußtsein mit uns nehmen zum Besten der proletarischen Interessen gehandelt zu haben. Wir hatten zwei Fünftel der nationalen Vertretung dargestellt. Unsere 700 000 Organisierten umfaßten die große Mehrheit der organisationsfähigen Arbeiter. Die Zahl der Parteimitglieder hat seit dem Krieg ungeheuer zugenommen; sie betrug 1911 228 675, 1912 253 869, 1913 276 161, 1914 188 095, 1919 392 362, 1920 620 492, 1921 633 377. Trotz der furchtbaren Prüfung des Krieges stehen wir machtvoller da als je. Im Jahr 1921 erreichten die Einnahmen der Gewerkschaften 85 Millionen Francs. Die Versicherungen der Arbeiterpartei, die 1921, abgesehen von den gewerkschaftlichen Versicherungen, 272 000 Mitglieder umfaßten, errichten in den Hauptindustriezentren des Landes vorbildliche Kliniken und Hospitäler, wo ihre Mitglieder unter sich sind, statt der Armenpflege anheimzufallen. Anseele, der sich gern den "größten Industriellen des Landes" nennen läßt, hat soeben eine Fischerflotte erworben: 6 Fischdampfer, die auf den Wogen der Nordsee die rote Fahne entrollen. Unsere sozialistischen Genossenschaften haben 4 große Zentren: die Maison du Peuple in Brüssel, den Progrès in Jolimont, den Vooruit in Gent und die Union Coopérative du pays de Liège, die allein 200 Filialen zählt und 200 Volkshäuser besitzt.

Die belgische Arbeiterpartei, die seit 1918 weder Spaltungen noch blutige Abenteuer kannte, stellt jetzt der Bourgeoisie eine Gesamtheit von Einrichtungen entgegen, die unter einander verbunden sind und sich gegenseitig stützen. Sie hat an der Regierung teilgenommen, um die Ausbeute an Reformen zu vergrößern, die durch ihre Propaganda eingeleitet waren. Sie hat dadurch auch die großen Aktionsmittel, die politischen Rechte gewonnen, die ihren Platz an der Sonne erweitert haben und sie befähigen in Zukunft mit größerer Wirkung um die Eroberung der Macht zu kämpfen.

Durch die Spaltung oder die Schwierigkeiten der internationalen Beziehungen hat man sich in manchen sozialistischen Kreisen Deutschlands wohl eine falsche Vorstellung von der Haltung der Arbeiterpartei Belgiens gemacht. Ich wäre glücklich, wenn diese Ausführungen dazu beitragen, daß man sie richtiger beurteilt.

## MAX COHEN, AUF ZU AKTIVER AUSSENPOLITIK!

**I**N einem großen Teil der deutschen Presse wird seit Jahr und Tag davon gesprochen, daß Deutschlands Außenpolitik, seit der Kriegsniederlage, nicht aktiv sein könne. Das ist nur sehr bedingt richtig, trifft nur auf eine Politik zu, in deren Verfolg der Einsatz militärischer Kräfte notwendig wird. Aber auch ohne imstande zu sein diese ultima ratio anzuwenden, vermag ein Land, das seine ökonomischen Kräfte kennt, beherrscht und richtig einzusetzen versteht, starke außenpolitische Wirkungen auszuüben, wenn es nur seine Innenwirtschaft (oder Teile von ihr) in das entsprechende Zusammenspiel mit der Wirtschaft desjenigen Landes bringt, mit dem es gemeinsam außenpolitisch zu handeln wünscht. In dieser Lage war Deutschland seit dem Kriegsverlust, ist es heute ganz besonders. Es muß erkennen, daß es wohl eine aktive Außenpolitik treiben kann, aber nicht isoliert und auf eigene Faust, und es muß wissen, welcher Partner den eigenen Interessen am dienlichsten ist. Darüber hätte man sich in Deutschland, wenn man sich nicht von (noch so

schmerzlichen) Tagesereignissen alle Augenblick aus dem Gleichgewicht bringen ließe, schon längst klar sein müssen. Die Ereignisse der letzten Wochen erleichtern es unseren leitenden Politikern außerordentlich sich zu solcher Klarheit durchzuringen. Selten, vielleicht niemals seit dem Waffenstillstand, ist die außenpolitische Situation so bedeutungsvoll gewesen wie gerade jetzt, wo die Entwicklung der Dinge im Nahen Orient die weltpolitische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England zu einem Höhepunkt geführt hat. Im Augenblick scheint es so, als ob kriegerische Verwicklungen, deren Folgen den ganzen Balkan in erneuten Aufruhr bringen könnten, vermieden würden. Ist es nicht eine seltsame Ironie, daß Frankreich, das von deutschen Zeitungen so gern als die Verkörperung des "militaristischen" Prinzips präsentiert wird, mit seinem ganzen Einfluß für die friedliche Lösung des Konflikts eingetreten ist, während England, wenn es nicht gar so isoliert geblieben wäre, am liebsten die Waffen hätte sprechen lassen? Sollte diese Tatsache nicht wenigstens bei einigen Deutschen zu der Einsicht führen, wie oberflächlich die von den meisten deutschen Zeitungen der deutschen Öffentlichkeit Tag für Tag wiederholte Rede vom bösen militaristischen Frankreich und vom guten pazifistischen England war? Daß die von Frankreich im Nahen Orient geführte Außenpolitik gesamteuropäisch ist, also auch den deutschen Interessen besser entspricht als die britische, kommt jetzt wohl auch in Deutschland weiteren Kreisen zum Bewußtsein. Daß Frankreich militärisch der bessere Beurteiler der Sachlage gewesen ist, braucht nicht weiter wunderzunehmen, wenn man daran denkt, daß es auch im polnisch-bolschewistischen Krieg, als man ganz allgemein den Fall Warschau erwartete, gezeigt hat, wie sicher und richtig es militärische Situationen zu erfassen versteht, wie es ja auch im Weltkrieg militärisch die Alliierten führte und durch seine geistige Überlegenheit den Krieg militärisch entschied. Neben der richtigen Einschätzung der ringenden Kräfte ist es aber vor allem eins, das Frankreichs Stellung im außenpolitischen Spiel gegen Großbritannien so stark macht: das ist der Gedanke der Zusammengehörigkeit der kontinentaleuropäischen Kräfte, ein Gedanke, der auch dann noch richtig bleibt, wenn gewisse Leute in Deutschland ihren nicht gerade bedeutenden Witz an ihm zu üben versuchen. Dieser Gedanke gibt dem, der ihn vertritt, weltpolitisch jene Kraft, die dem Richtigen innewohnt. Diesmal, vielleicht zum erstenmal, versagen die Schlagworte, mit denen die britische Politik ihre Eigeninteressen in die Sphäre allgemeinen Menschheitsinteresses zu versetzen pflegt. Jetzt wird es jedermann in Europa (von gewissen deutschen Politikern und Parteien vielleicht abgesehen) völlig klar, was die von England proklamierte Freiheit der Meerengen bedeutet. Diese Formel dürfte, jetzt auf die Dardanellenfrage angewandt, nirgends mehr verfangen. Man sollte annehmen: selbst in Deutschland nicht, wo das Verlangen in Reih und Glied hinter England zu marschieren bei manchen Parteiführern ein elementares Gefühl, fast ihr einziges, ist. Bleibt es freilich bei dieser geistigen Einstellung, dann darf man sich nicht darüber wundern, wenn man auch dauernd ausgeschaltet bleibt. Diese Ausschaltung liegt eben, in weit höherem Maß als die deutsche Öffentlichkeit ahnt, an uns selber. Wir brauchten durchaus nicht ständig die Rolle des Zaungastes zu spielen, die ein großes Berliner Blatt in einer seltsamen Anwandlung in diesen Tagen als recht angenehm uns empfahl. Die Sitzgelegenheit auf dem Zaun dürfte doch auf die Dauer weder begehrenswert noch der deutschen Kraft würdig sein.

Besser wäre es schon, wenn wir uns endlich darauf besännen unsere Wirtschaftskraft im Innern richtig auszunutzen und sie außenpolitisch in einer unseren wahren Interessen entsprechenden Weise einzusetzen.

Der recht erfreuliche Vertrag, der zwischen Stinnes und dem Marquis de Lubersac vor kurzem geschlossen worden ist,<sup>1</sup> legt, wie man hoffen darf, die erste wirkliche Bresche in den Wall, der Deutschland und Frankreich bisher von einander getrennt hat. Mit diesem Vertrag wird zum erstenmal in positiver Weise jene Politik praktisch begonnen, die ihren Ausdruck seit jeher in den Sozialistischen Monatsheften fand: die Politik des direkten, unmittelbaren Ausgleichs zwischen Deutschland und Frankreich. Gerade der Stinnesvertrag wird das Märchen zerstören helfen, daß Frankreich gar nicht ernsthaft den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete wünsche, und daß es im besonderen die deutsche Arbeit dafür zurückweise. Diese von schlecht beratenden Interessenten und von Politikern, die die tieferen Ursachen der Dinge (sowie die eigenen Fehler) nicht erkannten, kolportierte Unwahrheit hat sehr viel dazu beigetragen die deutsch-französischen Beziehungen zu vergiften. Der Vertrag wird zu ihrer Entgiftung beitragen. Daß hier die Wirtschaft die Initiative ergriffen und sich viel hellhöriger gezeigt hat als die berufsmäßigen Politiker der deutschen Demokratie, mag für diese bedauerlich sein, für die Sache ist es wahrscheinlich ein Nutzen. Wenn die Politiker an diesem Vertrag allerhand auszusetzen haben und dabei noch betonen, daß sie seit Jahren das selbe gewollt haben, so muß man fragen, ob dieses Wollen nicht allzu platonisch gewesen ist und mehr in wohlwollend-unverbindlichen Erklärungen als in praktischen sofort durchführbaren Vorschlägen bestand. Auch darf man wohl sagen, daß die Begleitmusik, die die deutsche Presse und die übrige politische Öffentlichkeit dazu machte, nicht gerade dazu angetan war solches Wollen sehr glaubwürdig zu machen. Die Bereitwilligkeit, mit der man alles von England Kommende (in selbst gewollter Abhängigkeit) hinnahm, alle französischen Forderungen aber als vom Zerstörungshaß der Franzosen diktiert dem gutgläubigen Publikum vorführte, brachte in jenen Verständigungswillen jenen Ton hinein, der nun eben einmal, nach dem französischen Wort, die Musik macht. Ja, wenn man nicht immer im englischen Leitseil gegangen wäre, so wären wir längst auf dem richtigen Weg. Auch der im Wiesbadener Abkommen gemachte Versuch ist nicht zuletzt daran gescheitert, daß er viel unter dem Gesichtspunkt der englischen Erlaubniserteilung geschlossen wurde und zum Teil mit dadurch eine Gestalt erhielt, die die praktische Ausführbarkeit nicht gerade erleichterte. Sehr viel kommt es natürlich darauf an, daß die deutsche Politik alles tut der Durchführung des Stinnesvertrags auf ihrem Gebiet die Wege zu ebnen und nicht etwa ihm gar noch Schwierigkeiten bereitet. Durch die Einwendung, es handle sich um einen kapitalistischen Wiederaufbau, darf der wirkliche Sozialist, dem es um die Dinge, nicht um die Parteietikette geht, sich nicht irreführen lassen. Man hat schließlich 4 lange, überlange Jahre Zeit gehabt den Wiederaufbau anders vorzunehmen und sollte schließlich froh sein, daß einem hier eine Aufgabe abgenommen wird, zu der man sich, politisch und wirtschaftlich, als vorläufig noch nicht hinreichend zulänglich erwiesen hat. Für die Entwicklung zum Sozialismus ist jedenfalls der "kapitalistische" Wiederaufbau wichtiger als der "sozialistische" Nichtaufbau.

<sup>1</sup>) Siehe *Kaliski* Ein Schritt auf dem richtigen Weg, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 777 ff.

Der deutschen Politik erwächst jetzt die Pflicht die mit jenem wirtschaftlichen Abkommen begonnene Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich auf breitester Basis fortzuführen. Nie war die Gelegenheit dazu günstiger als gerade jetzt. Man muß in Deutschland endlich den Generalgedanken der britischen Europapolitik begreifen, der ist: Deutschland und Frankreich so lange wie eben möglich von einander fernzuhalten und, wenn das nicht mehr möglich sein sollte, das Zusammenkommen nur unter englischer Protektion zu erlauben. Durch die Ereignisse in Kleinasien ist die außenpolitische Position Englands Frankreich gegenüber sehr verschlechtert worden. Die Macht Frankreichs ist im Augenblick so stark, daß England es kaum wagen könnte eine deutsch-französische Verständigung zu sabotieren, wenn sie wirklich ernst versucht wird. Bisher hat es das auch bei den leinsten Anfängen stets fertig gebracht, und Deutschland hat diese englische Sabotage stets wesentlich erleichtert. Genützt hat uns die Freundschaft der Briten bisher gar nichts, nicht einmal dort, wo auf finanziellem Gebiet das Zentralproblem liegt. Für Deutschland wie für Frankreich ist es eine Lebensfrage, daß die durch den Krieg beiden auferlegten finanziellen Lasten herabgemindert werden. Es ist hier bereits darauf aufmerksam gemacht worden, wie sehr es England in der Hand hätte hier seine Freundschaft für uns zu betätigen.<sup>2</sup> Es ist ein allzu billiges britisches Vergnügen für eine Herabminderung der deutschen Reparationen durch Frankreich einzutreten. Diese könnte Frankreich, bei seiner Finanzlage (bei seinen großen Vorschüssen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und seiner eigenen äußern Verschuldung) nur dann vornehmen, wenn ihm ein entsprechender Teil der eigenen Schulden an die Alliierten nachgelassen wird. Bisher hat England seine Bereitwilligkeit dazu nur in Worten ausgedrückt, und es ist auf der letzten Londoner Konferenz den vereinten Bemühungen des italienischen und des belgischen Außenministers und Poincarés nicht gelungen England zu einer Regelung der interalliierten Schulden zu bewegen, obwohl diese Regelung die unbedingte Voraussetzung für die Herabsetzung der deutschen Reparationsleistungen ist. Wenn also der einzig mögliche Weg, der zu Deutschlands Entlastung führen könnte, noch nicht beschritten worden ist, so ist das nicht Frankreichs sondern Englands Schuld. Der gute Wille Frankreichs wird auch durch eine überaus bezeichnende Tatsache erwiesen, von der man in der deutschen Öffentlichkeit nicht spricht, auf die daher Maximilian Harden aufmerksam macht: »Er [Poincaré] hat dem deutschen Botschafter geradheraus gesagt, er begreife, daß Deutschland nur den Aufbau des verwüsteten Nordens, nicht die Invaliden- und Reliktengehälter (Artikel 232, Annex I 5) bezahlen könne, und hat drum in dem für die Londoner Konferenz bestimmten Entschädigungsplan von der deutschen Schuldsumme 70 Milliarden Goldmark, keinen Pappenstiel, gestrichen . . . Warum wird's, trotzdem es klipp und klar in einem Bericht des Botschafters Mayer steht, verschwiegen?«<sup>3</sup> Diese Methode des Verschweigens<sup>4</sup> würde gar nicht übel zu der politischen Übung passen: so lange wie möglich alles für das deutsche Volk Ungünstige als von Frankreich, alles Günstige von England herrührend gelten zu lassen; auch dann, wenn es leicht möglich gewesen

2) Siehe *Cohen* Das Gebot der Zeit, in den Sozialistischen Monatsheften, 1922 I, Seite 561 ff.

3) Siehe *Harden* Sonnenfinsternis, in der Zukunft, 1922 III, Seite 150.

4) Es ist bezeichnend, daß Harden, der seit Jahren alle wesentlichen, der offiziellen Totschweigepolitik unbequemen Dokumente veröffentlicht, von der deutschen Presse selber konsequent totgeschwiegen wird: so sehr, daß über den Mordanschlag auf ihn in deutschen Zeitungen kaum die dürftigste Nachricht stand.

wäre die Tatsachen richtig zu stellen. Das markanteste Beispiel für diese Politik war der Fall der Dieselmotoren, bei dem alles bei uns Frankreich in die Schuhe geschoben wurde; und doch war ihre Zerstörung von den Engländern verlangt, von den Franzosen bekämpft und schließlich auch verhindert worden. Ich habe seinerzeit den richtigen Sachverhalt in der Vossischen Zeitung dargestellt, nachdem der Vorwärts es abgelehnt hatte den betreffenden Artikel zu veröffentlichen, obwohl er allen Grund dazu gehabt hätte, da auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kassel /1920/ die selben vorschnellen Beschuldigungen von führender Stelle gegen Frankreich geschleudert worden waren. Bei dieser Gelegenheit sei noch ein Beispiel dafür beigebracht, wie falsch die Behauptung ist, Frankreich sei es gewesen, das die Summe der uns auferlegten Reparationsverpflichtungen ins Riesenhafte gesteigert habe. In einer Polemik gegen Hans Delbrück schrieb neulich der Professor Henri Hauser aus Paris: »Professor Delbrück behauptet, Deutschland wäre loyal seinen Reparationsverpflichtungen nachgekommen, wenn die Summe der Schuld nicht durch Hinzufügung der Militärpensionen verdreifacht worden wäre. Was Professor Delbrück nicht sagt und was jedermann weiß, der die Geschichte des Vertrages von Versailles kennt, ist die Tatsache, daß Frankreich diese Hinzufügung *nicht* verlangt hat. Die Amerikaner waren sogar sehr erstaunt, daß Frankreich einwilligte. Es hatte wirklich kein Interesse daran, da durch diese Vergrößerung der Schuld sein eigener Anteil an der von Deutschland zu liefernden Gesamtsumme vermindert wurde. Es war der Delegierte Südafrikas, General Smuts, der am 31. März 1919 von Präsident Wilson die Zustimmung zu dieser Klausel erhielt, die besonders dem Britischen Reich und vor allen den Dominions zugute kommt.«<sup>5</sup> Und wie oft ist uns gerade die Einbeziehung der Militärpensionen in die Reparationsverpflichtung als Coup Frankreichs hingestellt worden.

Mit dem Abkommen Stinnes-Lubersac ist, spät, aber doch, ein Anfang gemacht worden, der zu einer dauernden Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich, damit zu einer Neuentfaltung der gesamteuropäischen Schaffenskräfte führen kann. Zwei der für Deutschland wie Frankreich wichtigsten wirtschaftlichen Grundtatsachen schreiben förmlich nach dieser Verbindung: die deutsche Kohle und das französische Erz. Wird man in Deutschland die günstige Stunde, da Frankreich stark ist und von England weniger Hinderung als zuvor erwarten darf, richtig zu nutzen verstehen? Wird besonders die nunmehr geeinigte Sozialdemokratische Partei die Fehler der Vergangenheit begreifen und der außenpolitischen Situation gewachsen sein? Diese Einigung muß doch einen bestimmten und großen politischen Zweck haben; nur um die Schwierigkeiten der politischen Agitation sich gegenseitig aus dem Weg zu räumen, kann sie doch unmöglich gemacht worden sein. Neben dem Produktionsaufbau im Innern muß dieser entscheidende Zweck eine neue, produktive Außenpolitik sein; denn durch sie wird das Schicksal der deutschen Republik endgültig entschieden. Welche Außenpolitik wird die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands treiben? Werden sich zwei außenpolitische Unfruchtbarkeiten mit einander vereinigen? Oder werden Ansätze, wie sie sich, leider nur, bei den bisherigen Unabhängigen zeigten (diese haben die Hetze gegen Frankreich nie mitgemacht), sich nun zu einer für Deutschland fruchtbringenden Außenpolitik entfalten?

<sup>5</sup>) Siehe Hauser Zur deutsch-französischen Kontroverse, in der Neuen Zürcher Zeitung vom 12. September 1922.

Freilich, eine europäische Politik, wie sie hier stets verlangt worden ist, und für die die Zeit nunmehr überreif geworden ist, stellt bestimmte Anforderungen an unsere innere Politik und Wirtschaft, ohne deren Erfüllung sie nicht möglich ist. Es ist hier oft betont worden, daß, nachdem Deutschland einen Krieg von solchen Dimensionen verloren hat, es viele Jahre lang schwere Opfer wird bringen müssen, wenn man einem andern, zukünftigen Deutschland den Boden bereiten will. Diese Opfer sind durch die Zerstörungen des Kriegs absolut unvermeidbar geworden, und keine Macht der Welt kann uns von ihnen befreien. Wir müssen uns also dessen vollkommen bewußt sein: So sehr auch bei einer Verständigung mit Frankreich die Reparationslasten herabgesetzt werden mögen, recht beträchtlich werden sie in jedem Fall sein, das liegt in der Sache selber und ist nicht zu ändern. Wir müssen uns also, wenn wir nicht die Einheit des Deutschen Reichs gefährden wollen, an den Gedanken gewöhnen, daß nur sehr starke Produktionsleistungen uns über die überaus schwere Zeit, die vor uns liegt, hinwegzuhelfen vermögen. Auch der den Arbeitern drohenden Arbeitslosigkeit ist nur durch Vermehrung (nicht, wie die oberflächlich Sehenden meinen, durch Streckung) der Arbeit zu begegnen. Der unaufhaltsame Sturz des deutschen Geldes zeigt uns, wo wir stehen, und welcher neue Zusammenbruch uns erwartet, wenn wir uns nicht aufraffen. Kein währungstechnisches Mittel irgend welcher Art kann uns die jetzt endlich von allen verlangte Valutastabilisierung bringen, wenn wir nicht die Wirtschaft selber in Ordnung bringen, das heißt unsere Gütererzeugung gewaltig vergrößern. Keine Änderung des Anteils, den die verschiedenen Bevölkerungsklassen an dem Ertrag der Produktion haben, kann etwas nützen, solange der Ertrag selber viel zu gering ist. Starke Steigerung des Gesamtprodukts, Einschränkung des Bedarfs an allen von draußen hereinkommenden Waren, besonders an solchen, die reine Luxus- und Genußmittel sind: ohne diese Voraussetzung ist weder der Stinnesvertrag durchzuführen noch eine gute Außenpolitik erreichbar. Wenn die deutschen Bergarbeiter sich zu Überschichten entschlossen haben, weil sie einsahen, daß größere Kohlenmengen gefördert werden müßten, soll neben der Ablieferung an die Entente ein genügendes Quantum zum eigenen Verbrauch zur Verfügung stehen, so liegen die Dinge mit dem Sachlieferungsabkommen genau so. Auch diese Leistungen werden uns nur auf die Reparation gutgeschrieben, es müssen daher größere Mengen hergestellt werden, damit, zu eigenem Verbrauch und zum Absatz ins Ausland, genügend Mengen vorhanden sind. Keinen Tag länger dürfte es vorkommen, daß unentbehrliche Güter, die wir selbst in genügendem Maß produzieren können (wie Kohlen, Zement, Roh-eisen) auch nur in kleinstem Umfang vom Ausland eingeführt werden. Ohne untersuchen zu wollen, wer es verschuldet hat, daß solche Einfuhr nötig wurde, muß man sagen: Für ein Volk in der Lage Deutschlands ist solche Einfuhr ebenso eine Schmach wie die, die dem Schlemmerleben gewisser Kreise bei uns dient. Das deutsche Volk muß sich auf sich selbst besinnen. Wenn alle Deutschen sich endlich in die Einheitsarbeitsfront entschließen, wird man auch von selber aufhören sich einzelne Fehler, die begangen worden sind, vorzurechnen. Aber dieser Produktionsgedanke muß unbedingt Fahne und Wegweiser des deutschen Volkes werden, schnell werden, da allzuviel Zeit bereits versäumt wurde. Hier winkt der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein großes Ziel.



# MAX SCHIPPEL · DIE IRISCHE ARBEITERBEWEGUNG



UM erstmalig verfügt Irland, nach dem Sieg seiner Unabhängigkeitspolitik, über eine selbständige parlamentarische Arbeiterfraktion, von jetzt 17 Köpfen. Man wird bei uns in Deutschland und sonst auf dem europäischen Kontinent vielleicht weniger von ihr regelmäßig hören, als wenn sie in London an der Seite oder inmitten der britischen Labour Party ihre Laufbahn begonnen hätte. Wahrscheinlich wird sie sich auch zunächst mehr in revolutionären Demonstrationen als in schöpferischer Mitwirkung geltend machen. Auf jeden Fall aber stellt schon ihr bloßes Inslebentreten den Beginn eines neuen Abschnitts in der irischen Arbeiterbewegung dar.

Von dieser hörten wir bisher recht wenig Zusammenhängendes.<sup>1</sup> Nur sensationelle Einzelereignisse, wie 1913-1914 Jim Larkins und Connollys Hafen- und Transportarbeiterstreik in Dublin, weckten in England und auf dem Festland ein stärkeres Echo und offenbarten zugleich eine bereits länger wirkende Propaganda und Organisation. Selbst die besten und eingehendsten Darstellungen der britischen Gewerkschaftsentwicklung lassen den irischen Flügel fast ganz beiseite, und da er dem Britischen Trade Unions-Kongreß ähnlich wie die schottischen Verbände angegliedert war, so glaubte man von einer besondern Beachtung des irischen Gewerkschaftslebens absehen zu dürfen. Das ist selbst für die Vergangenheit eine Unterschätzung der irischen Arbeiterklasse. Und wenn der stürmische nationale Unabhängigkeitsdrang zur Weckung und Pflege einer stärkern nationalen Industrie und Schiffahrt dienen sollte, so werden wir in Zukunft erst recht vor einer eigenartigen irischen Arbeiterbewegung stehen, die wahrscheinlich nicht unterlassen wird ihre Sonderorganisation und ihre Sonderinteressen gegenüber England schärfer zum Ausdruck zu bringen. Haben dies doch die Tschechen, bei allerdings viel ausgedehnterer und höherstehender Industrie, schon innerhalb der alten deutsch-zentralistischen habsburgischen Staatseinheit vollbewußt und unaufhaltsam getan; auch das Beispiel Polens liegt nahe.



ERHÄNGNISVOLL für die Arbeiterklasse auf der grünen Insel war vor allem, daß Irlands dereinst hochansehnliche Industrien gerade in den entscheidenden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts verfielen. Die Wollverarbeitung war im britischen Interesse durch staatliche Eingriffe verkümmert und unterdrückt worden; den letzten natürlichen Vorsprung, den sie durch die reichlich vorhandenen Wasserkräfte vor England vorausgehabt hatte, raubte ihr der Siegeszug des Dampfes; von den 80 800 Personen, die 1841 in den irischen Wollwarengewerben Beschäftigung fanden, ist heute fast nichts mehr übrig geblieben (1901 in der Wollweberei 5197 Beschäftigte). Die Flanellweberei, für die der Zensus von 1841 noch 23 000 Personen anführt, war 1901 ganz eingegangen. In der Strumpfwirkerei waren 1851 35 600 Arbeiter tätig, 1901 nur noch 619, in der Baumwollweberei 1851 16 100, 1901 nur noch 2 023; in der Fabrikation von Krepp, Gaze, Schals und Modeartikeln fiel zwischen

<sup>1</sup>) Über die irische Arbeiterbewegung seit den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts besitzen wir jetzt ein stoffreiches, freilich ganz samenfeinistisches Buch: Ryan The Irish Labour Movement (Dublin 1919). Über die irische Agrar- und Home-rulepolitik und allgemein unterrichtet am besten Bonn Irland und die irische Frage (München 1918).

1851 und 1901 die entsprechende Zahl von 64 000 auf 3 800. Von insgesamt 696 000 Personen, die sich 1841 aus den Textilindustriellen nährten, waren 1901 nur die etwas über 72 000 in der Leinenspinnerei und -weberei Erwerbstätigen als größere festgefügte Interessenschicht noch vorhanden, und hier ist der Abfall gegen 1841 (135 000 Beschäftigte) immer noch fast beängstigend, und von der verbliebenen Menge sind nicht weniger als zwei Drittel (über 48 000) weibliche, also schwer organisierbare Arbeiter. Neben den Textilgewerben bietet aber, außer den Transportverrichtungen der Häfen, fast nur die in Belfast konzentrierte Schiffbauindustrie, der an der letzten Jahrhundertwende über 30 000 Arbeiter zuzurechnen sein mochten, den Nährboden für eine stärkere Arbeiterbewegung im modernen Sinn.

Als die englische Gewerkschaftsorganisation sich erstmals, nach dem großbetrieblichen Aufschwung im Gefolge der Napoléonischen Kriege, reicher entfaltete, steckte Irland trotz seinem gegen heute verhältnismäßig stärkern gewerblichen Einschlag noch ganz in den ländlich-hausindustriellen und städtisch-handwerkerlichen Kinderschuhen. Die älteren Enqueten enthüllen deshalb wohl viel bittere Not und alltäglichen Kleinkampf, aber wenig von dauernder Organisation und weitgesteckten lohnproletarischen Zielen. Als 1824 die epochemachende Enquete des britischen Parlaments die Abschaffung der Koalitionsverbote einleitete, und als bereits ein Jahr darauf ein neuer Untersuchungsausschuß mehr die Gefahren der rasch errungenen Koalitionsfreiheit aufzuspüren suchte, da fehlte es auch an irischen Zeugen, sowohl von der Seite der Unternehmer wie von der der Arbeiter, keineswegs. Aber die ersten, bald verfolgten bald geduldeten, tatsächlich bestehenden Koalitionen begnügten sich ausnahmslos mit den bescheidensten Forderungen und Mitteln. Die bloßen Unterstützungsleistungen an Arbeitslose, an Wandernde, für eine menschenwürdige Beerdigung überwogen. Kampfwert tauchten mehr nur gelegentlich, meist im Fall versuchter Lohndrückerei seitens der Meister, auf. Dabei spielten überlieferte zünftige Anschauungen keine geringe Rolle. Besonders gegen die Überhandnahme der Lehrlingsverwendung, gegen die Heranziehung Ungelernter bewies man außerordentlich viel Eifer und Geschlossenheit. Die Zimmerer von Dublin wollten keinen Meister mehr als 3 Lehrlinge halten lassen; gegen ein Eintrittsgeld von 2 Guineen ließen sie nur Arbeiter zu, die 7 Jahre dem Beruf angehört hatten. Die Tischler verlangten 7jährige Lehrzeit und die Beschränkung jedes Meisters auf höchstens 2 Lehrlinge. Um den Lehrlingszufluß aus "respektablen" Kreisen zu sichern, setzten sie die Lehrlingsgebühr auf 100 Pfund Sterling fest. Gegen fremde Konkurrenz, der Personen oder der Sachen, war man äußerst empfindlich, schon lange vor dem Erwachen des jüngern keltischen (gälischen), auf eigene Sprache, Literatur und Geschichte nicht wenig stolzen Nationalgefühls. Vor dem Koalitionsrechtsausschuß des Jahres 1825 führte ein großer, 222 Personen beschäftigender Dubliner Wagenbauer scharfe Klagen über das wiederholte gemeinsame Vorgehen seiner Gehilfen: das eine Mal gegen das Einstellen eines Engländers, den sie zum Krüppel geschlagen hätten, ein andermal gegen die Verwendung fertig eingeführter englischer Eisenteile. Doch war dies am Ende mehr Zunftgeist als Nationalismus, denn ein Jahrzehnt später wurde von dem Verband der Corker Faßbinder berichtet, daß er die Gehilfen vom Land nicht in der Stadt zulassen wollte. Die Segeltuch- und Seilarbeiter in Dublin hielten noch in den dreißiger Jahren zusammen, um nur ihre eigenen Kinder als Lehrlinge unterkommen zu lassen.

Immerhin wehrten sich die Arbeiter nicht selten ihrer Haut gegen den Lohn- druck und die Zumutungen der Meister. Aber selbst die ganz friedlichen gemeinsamen Bestrebungen mußten sich in das Dunkel der geheimen Zusam- menkünfte und der Geheimorganisation flüchten. Eide wurden von den Be- teiligten geleistet, daß man nicht nur die festgelegten Regeln und die gefaßten Beschlüsse unweigerlich beachten sondern auch Dritten gegenüber nichts über die inneren Vorgänge verlauten lassen wolle. Die Polizei wußte trotz- dem, wie ihr Dubliner Chef 1824 und 1825 bekundete, alles: »Wir haben Leute, die man sonst wohl Spione nennen würde.« Die Behörden drückten bestenfalls mit der Zeit ein Auge zu, wenn ihnen die Angelegenheit gleich- gültig schien und eine gewisse Notwendigkeit der Vorgänge einleuchtete. Das Empörende war jedoch, daß jederzeit beliebig, bald unter dem Antrieb der Unternehmer bald nach eigener Laune, die Verfolgung wieder aufgenommen und zu den härtesten Strafen gegriffen werden konnte, während sich die Meister jederzeit sicher fühlen durften, selbst wenn sie unverhohlen vor aller Welt "Kombinationen" betrieben. Dubliner Zimmerer wanderten 1806 auf 6 bis 12 Monate ins Gefängnis und wurden außerdem mit Geldbußen belegt, weil sie für höhere Löhne agitiert hätten. Als sie aber 1816 wegen billiger gewordener Lebenshaltung selber solidarisch eine Lohnermäßigung anboten, sprach natürlich niemand von unzulässiger Verabredung oder Verbindung. Mitunter ergaben sich groteske Wirkungen der Rechtseinseitigkeit. So hetzte 1800 im Dubliner Zimmerergewerbe die Meisterschaft die Arbeiter gegen einen Konkurrenten auf, der größere Lieferungen zu erlangen wußte, aber nicht, wie die übrigen Unternehmer, zunftregelrecht den Beruf erlernt hatte; die Gehilfen verlangten schließlich bei der Firma »täglich 6 Pence extra« und machten sich dadurch der verbotenen Verbindung schuldig; als die Ange- klagten auf Anraten ihres Rechtsanwalts nicht vor Gericht erschienen, holte man sie aus ihren Betten heraus nach dem Gefängnis. Die alten, noch vom selbständigen irischen Parlament, bis 1800, erlassenen Koalitionsverbote sol- len noch weiter gegangen sein als in England. Das rechtliche Verfahren konnte nicht willkürlicher und kürzer sein. Vor den Magistraten genügte meist die Bekundung eines Meisters für die Entscheidung, und je mehr die Meister sich dieses ungleichen rechtlichen Kräfteverhältnisses bewußt waren, desto unzugänglicher wurden sie natürlich für Arbeiteranliegen. Manche Be- schwerden gegen die Arbeiterverbindungen mögen übrigens nicht einmal ganz unberechtigt gewesen sein; denn einsichtige Arbeiter und Arbeiterfreunde be- tonten mehrfach, daß die Verfemung und Vogelfreiheit der Organisationen abgebrühte minderwertige Elemente an die Spitze brächte und den Einfluß besonnener Genossen gar nicht selten vermindere: was natürlich vielfach auch den Charakter der Verbindung selbst bestimmte.

Lange Zeit blieb es bei rein lokalen Berufs- (Fach-) -vereinen. Daß diese sich gegenseitig in Notfällen mit Darlehen aushalfen, wird frühzeitig berichtet. Bei bestimmten Anlässen fanden sich die verschiedenen Berufe und Orte wohl auch zu einer einheitlichern Aktion zusammen; so 1789 bei einer Petition an das irische Haus der Gemeinen gegen die obligatorischen Entlassungsscheine. Aber erst allmählich kam man zu einer losen Verknüpfung für die verschie- denen örtlichen Berufe in Ortsausschüssen, und nur einzelne Berufe, die Buchdrucker voran, gelangten mit der Zeit zu "allirischen" Organisationen, und selbst die Buchdrucker hatten nichts mit den Organisationen in England und Schottland zu tun.



**W**ÄHREND andere Staaten ihre Handwerke zu Manufakturen und Großindustriellen fortentwickelten, wurde Irland mehr und mehr ein rein agrarisches Land. Zugleich ein menschenleeres Land: Von 1851 bis 1915 sind 4,4 Millionen Personen von der irischen Insel ausgewandert, weil ihnen keine aufblühende heimische Industrie dort Unterkunft gewähren konnte.

Neben der Pächter- und Bauernbewegung haben die Arbeiter natürlich auch in dieser Periode nächstliegende Interessen zu wahren gesucht, aber tonangebend für tiefere Strömungen des öffentlichen Lebens vermochten sie nicht zu werden. Als in den dreißiger und vierziger Jahren das Schlagwort zündete: der Arbeit sei ihr voller Ertrag zu verschaffen und zu sichern, dachte man in Irland ausschließlich an den arbeitenden Kleinpächter im Gegensatz zum Landlord, der seine Renten ohne jede produktive Mitwirkung außerhalb des Landes verzehrte. Die sozialistischen Utopieen sind in Irland mehr als anderwärts von der Vorstellung einer anziehenden Mischung und Abwechslung zwischen kleinlandwirtschaftlichen und kleingewerblichen Tätigkeiten beherrscht.<sup>2</sup> Jeder großindustrielle Grundzug fehlt, und als Vandeleur, der Freund und Anhänger Owens, eine kommunistische Leinenfabrik auf seinem Gut zu gründen versuchte, fand er keine Arbeiter, die sich einem größern technischen Getriebe einzufügen bereit waren. Der Kampf der irischen Handwerker gegen den vorwärtsdrängenden Kapitalismus bietet ein erschütterndes Bild, aber er löst keine modern gewerkschaftliche oder modern sozialistische Bewegung aus. Die Wanderarbeiter, die in hellen Scharen die englischen Äcker, Straßen-, Eisenbahn- und Hafenanlagen mit ihrem Schweiß näßten, gingen teils, wie die überseeischen Auswanderer, dem Heimatland verloren, teils kehrten sie zur väterlichen Scholle zurück und kämpften mit dem Stimmentzettel, dem Boykott und noch viel derberen Mitteln in den Reihen der Pächterdemokratie. Selbst Michael Davitt, als 6jähriges Kind mit seinen Eltern aus deren Pachtgut vertrieben, mit 10 Jahren in einer Fabrik Lancashires frondend und nach kurzer Zeit durch eine Maschine um seinen rechten Arm gebracht, später der Herausgeber der Labour World und stets mit dem englischen Sozialismus eng verbunden, blieb vor seinen Landsleuten der Agrardemokrat, der Irland vom Landlordismus zu befreien aufrief und dem die Selbstregierung Irlands ein Mittel zu diesem Zweck war. Selbst die Landnationalisation ließ Davitt, anfangs von Henry Georgeschen Gedanken beeinflusst, zugunsten der Errichtung freien, vollen Bauerneigentums fallen.

In den Städten blieben die Arbeiter selbstverständlich nicht ohne jede Organisation. Bloße Unterstützungsvereine wandelten sich mit der Zeit in Gewerkschaften um, zum Teil als Zweige der größeren englischen Hilfskassen und Gewerkschaften, überwiegend aber irisch selbständig. Doch 1894, als man sich eine eigene Landeszentrale im Irischen Trade Unions-Kongreß schuf, zählte man erst 10 777 Mitglieder in 51 irischen Unions, 1895, unter dem Einfluß der Neugründung, 17 476 Mitglieder in 93 Organisationen; auf dem Corker Kongreß von 1895 erklärten 150 Delegierte immerhin 50 000 Tradeunionisten zu vertreten. In der amtlichen Statistik standen in vorderster Reihe die Bau-, die ungelerten (general), die Textilarbeiter, die Buchdrucker, die Schiffs- und Dockarbeiter.

<sup>2</sup>) Selbst der einflussreichste Führer des englischen Chartismus, Feargus O'Connor, von Geburt ein Ire, sah die Befreiung von der industriellen Arbeit als eine Rückkehr zum landwirtschaftlichen Leben: siehe *Bev.* Geschichte des Sozialismus in England /Stuttgart 1913/, Seite 289.

**D**IE nach der Jahrhundertwende beginnenden umfassenderen und einheitlicheren Bewegungen wurzelten alsdann in der Hafenbevölkerung, die Schiffbau- und Transportarbeiter dazu gerechnet. Konzentriertere Massen waren hier gegeben, dazu krasse Notstände, die lange im Verborgenen fortgewuchert hatten; übertrafen doch die Slums von Belfast fast alle bisherigen Wohnungselendschilderungen. Wie einst die Londoner Docker, so warteten diese Schichten nur auf die fortreibende Führerschaft, auf den beredten Mund, der dunklen Stimmungen klaren Ausdruck verlieh, und auf die Organisationsfähigkeit, die verlorene und zerstreute Kräfte zur wuchtigen Einheit zusammenfügte. Sie fanden dies alles (an agitatorischen und organisatorischen Talenten hat es dem hochbegabten Volk der Iren ja niemals in Amerika und Europa gefehlt) in James Connolly, der dem Osteraufstand in Dublin 1916 zum Opfer fiel, und Jim Larkin, zwei großen Gestalten der irischen und internationalen Arbeiterbewegung.

Gerade die Erweckung der Tiefen, die bisher jeder Organisation und Schulung fernstanden, hat freilich die jüngste irische Bewegung über eine gärende Mischung von politischem Revolutionarismus und gewerkschaftlicher Demonstrations- und Überrumpelungstaktik, über den Syndikalismus nach Art der amerikanischen Industrial Workers of the World noch nicht hinauskommen lassen. Die eine allumfassende Gewerkschaft, mit dem beherrschenden Hintergedanken des Generalstreiks, spielt, dem Berufszuschnitt der vorwiegend ungelerten, von Hantierung zu Hantierung fluktuierenden Arbeiter entsprechend, eine unverhältnismäßig große Rolle, und Connolly, in seinem unruhvollen Leben selber eine Verkörperung des ewigen Berufswechsels, war nicht ohne bleibende Nachwirkung längere Zeit, als ihn sein Unstern und seine Unrast nach den Vereinigten Staaten getrieben hatten, Wanderredner der Workers of the World.

Connolly wie Jim Larkin waren aber zugleich beredte und begeisterte Jünger des Evangeliums von der großen historischen Mission nicht nur eines politisch unabhängigen irischen Volkes sondern darüber hinaus noch einer besondern gälischen Kultur, die an eine große historische Vergangenheit von neuem wieder anzuknüpfen hätte. Sie und ihre Jünger waren zugleich Sinn Fein, übertragen auf die Lohnarbeiterschaft und erfüllt von den Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit. »Die beiden revolutionären Gedankenströmungen in Irland, die sozialistische und die nationale, widersprechen sich nicht, sondern sie ergänzen sich, und der irische Sozialist ist in Wahrheit der beste irische Patriot«, schrieb Connolly in der Einleitung zu Erins Hoffnung. Und dieses Wort kann man ruhig als Programm nehmen.

Mit dieser Verknüpfung von nationalem Unabhängigkeitsdrang und Selbstgefühl und revolutionärem Syndikalismus hat die jüngste irische Arbeiterbewegung bisher ihre auffälligen, mitunter sensationellen Erfolge erzielt, und wahrscheinlich wird sie noch einige Zeit auf dieser Übergangsstufe verharren, bis mit der stärkern gewerblichen Entfaltung, die allen Iren als Ziel und Hoffnung vorschwebt, auch stabilere Berufe und Organisationen das Übergewicht im städtisch-gewerblichen Lohnproletariat erlangen, wodurch dann auch die irische Arbeiterbewegung mehr die uns aus den Bewegungen in den anderen Industrieländern bekannten Züge annehmen wird.

# HEINRICH PEUS · WUCHERBEKÄMPFUNG DURCH GENOSSENSCHAFTSFÖRDERUNG



**H**EUTE klagt alles über Wucher. Und zweifellos wird beim Warenverkauf Wucher getrieben. Dennoch hat der Entrüstungssozialismus, der mit besonders starkem moralischen Affekt die "Schieber" als die Leichenfledderer der todkranken Gesellschaft hinstellt, wenig Sinn. Sehr oft wird man behaupten können, daß diejenigen, die sich über die Wucherer am meisten moralisch entrüsten, nur selber in die Lage zu kommen brauchten wuchern zu können, um selber die ärgsten Wucherer zu werden. In Wahrheit ist es nicht die Schlechtigkeit des menschlichen Charakters als vielmehr die Situation, die die Wucherer schafft. Wenn es in einem Saal brennt, drängt alles nach der Ausgangstür. Indem jeder der erste sein möchte, der herauskommt, entsteht ein fürchterliches Gedränge, und viele werden totgequetscht, fast keiner kommt aus dem Saal heraus, die Tür, die ein Weg ins Freie sein sollte, wird ein Ort der fürchterlichsten Bedrängnis und des Todes. So ist es auch heute bei dem Sturz unserer Mark. Jeder will sich vor diesem Unglück retten, alle möchten dem in der Markentwertung liegenden Vermögensverlust entrinnen. Jeder sucht ihn auf den andern abzuwälzen, und so entsteht die wahnsinnige Preissteigerung. Jeder Verkäufer, der vom Profit am Verkauf lebt, fragt sich, ob er mit dem Geld, das er beim Verkauf löst, auch die Ware wieder einkaufen kann, und so entsteht das Gedränge nach Preisen der Wiederanschaffung der Ware. Das an sich durch den Marksturz gegebene Übel wird nun erst recht verschlimmert. Auf den Ruf "Rette sich, wer kann!" werden beim Feuer Unzählige in der Tür erdrückt, bei kapitalistischer Profitwirtschaft die wirtschaftlich Schwachen und mangelhaft Unterrichteten in schlimmste Not gedrängt. Freilich kommen die moralisch Skrupellosesten dann noch am ehesten über die Not hinweg, wie bei der Feuergefährde die Brutalsten die größten Chancen haben die anderen, durch moralische Erwägungen mehr gehemmt, zurückzuhalten und niederzutreten.

Was kann da helfen? Offenbar nicht eine Moralpredigt, auch nicht die dem Entrüsteten so wohltuende Entrüstung. Es handelt sich um eine wirtschaftliche Angelegenheit. Helfen können da nur die wirtschaftenden Menschen. Das erste und wichtigste Mittel der Hilfe ist die *Vergrößerung des Gesamtprodukts* durch erhöhte Arbeitsleistung. Der Warenwucher wird ja nur dadurch möglich, daß insgesamt zu wenig Waren vorhanden sind, um die Bedürfnisse der Verbraucher zu decken. Durch die Warenknappheit erhält der Warenbesitzer die Willkür der Preisfestsetzung. Je weniger Waren vorhanden sind, um so höher wird der Produzent und wird auch der Ladeninhaber den Preis der einzelnen Ware steigern, ja in gewisser Hinsicht steigern müssen, da er aus einer geringen Zahl von Produkten jetzt das herauszuwirtschaften hat, was sonst die Masse bringt. Die Folge ist also eine beständige Preiserhöhung, ihr folgend, wenn auch weit zurückbleibend, Lohn-erhöhung, die dann wieder die Entwertung des Geldes und somit neue Preissteigerung bewirkt. Aus dieser ewigen Wiederkehr des Gleichen auf immer höherer Stufenleiter kommen wir dann heraus, wenn wir dafür sorgen, daß mehr produziert wird. Unser ganzes Elend kommt nur daher, daß unsere Produktion gegen die der Vorkriegszeit zurückgegangen ist, bis zum Verfall.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Siehe *Schippel* Der Produktionsverfall Deutschlands, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 713 ff.

Sie hätte aber, im Gegenteil, noch gegen die Vorkriegsproduktion gewaltig gesteigert werden müssen, da es ja gilt die unnennbare Zerstörung des Krieges an Gütern und Menschenkraft und -gesundheit wiedergutzumachen. Wenn nun statt einer Erhöhung noch eine Erniedrigung der Arbeitsleistung stattfindet, so entfernen wir uns immer hoffnungsloser von dem notwendigen Gleichgewichtszustand zwischen Erzeugung und Bedarf. Also erhöhte, intensivere und rationellere Arbeit ist das erste Postulat. Es ist erfreulich, daß auch auf dem Augsburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie jetzt, namentlich von Eduard Bernstein, diese alles beherrschende Produktionsforderung mit Nachdruck erhoben wurde.

Wird mit allen Kräften die Erzeugung vergrößert, so muß nun freilich auch dafür gesorgt werden, daß dem Warenwucher, das heißt der Erhöhung der Preise über das durch die Produktionskosten bedingte Maß hinaus, der Boden abgegraben wird. Auch hierzu bedarf es keiner Entrüstungsreden, hierzu bedarf es nur einer *wirtschaftlichen Organisation*, bei der es unmöglich ist zu wuchern. Und das ist die Konsumgenossenschaft. Diese ist die Warenverteilungseinrichtung, die, sobald sie sich der Ware bemächtigt hat, jeden Wucher automatisch ausschließt. Der Konsumverein könnte gar nicht wuchern, selbst wenn er es wollte. Bei ihm fließt jeder Überpreis ganz von selber denen wieder zu, die ihn als Mitglieder auf den Ladentisch legen.

Darum wäre rein theoretisch keine sicherere Hilfe gegen die gegenwärtige Not gegeben als eine denkbar starke Ausbreitung und innere Entwicklung der Konsumgenossenschaft. Praktisch liegen aber da gerade zurzeit schwere Hindernisse im Weg. Die Geldentwertung bringt es mit sich, daß das den Konsumgenossenschaften bisher von ihren Mitgliedern zur Verfügung gestellte Betriebskapital schon für das bisherige Betriebsunternehmen nicht im entferntesten ausreicht, geschweige denn eine Erweiterung ermöglicht. Die Mitglieder haben zumeist nicht genug wirtschaftliche Schulung, um zu begreifen, daß sie ihrem eignen Unternehmen mehr Betriebskapital zur Verfügung stellen müssen. Die meisten Mitglieder sind sogar so rückständig, daß sie den Verein als ein ihnen fremdes Unternehmen empfinden, das zwar in gewisser Weise ihr Gutes wolle, aber doch nicht als mit ihnen selber identisch empfunden wird.

Es ist also nötig, daß die Konsumvereine mehr Betriebskapital bekommen. Sie müssen es von ihren Mitgliedern fordern. Das Anteilkapital muß mit aller Macht erhöht werden, es muß nicht erst aus der Rückvergütung angesammelt sondern direkt abgefordert werden. Es ist wöchentlich einzusammeln; die Gewerkschaften sollten ihren Apparat dafür mit zur Verfügung stellen. Aber noch wichtiger ist es die eigenen Reserven, das heißt das dem Verein als solchem gehörige Kapital, zu stärken. Die Politik der Vereine darf darum nicht darauf gerichtet sein möglichst billig zu verkaufen (zu verteilen) und dann am Jahresschluß kaum einen Pfennig zur Zuteilung aus Eigenvermögen übrig zu haben. Besonders aber sollten die Mitglieder so tüchtig geschult werden, daß sie gern auf alle Rückvergütung verzichten, wenn dafür eine Ausdehnung der Vereinstätigkeit auf andere Warengebiete ermöglicht wird. Natürlich wäre andererseits aufs energischste dafür zu sorgen, daß nicht etwa die Interessen der Angestellten und der Arbeiter denen der Gesamtmitglieder vorangestellt würden. Leider ist vielfach bei den Genossenschaftsangestellten die Arbeitsmoral nicht genügend ausgebildet, ge-

rade so wie auch sonst bei den in gemeinnützigen Betrieben Beschäftigten. Alle diese Kategorieen glauben für sich besonders günstige Bedingungen verlangen zu sollen, günstigere als sie bei Privatunternehmern erlangen können. Dabei sollten sie doch umgekehrt, da es sich hier um Betriebe handelt, die keinem Privaten Profit bringen sondern der Allgemeinheit dienen, sich verpflichtet fühlen dieser Allgemeinheit Opfer zu bringen. Sind sie doch selber ein Teil dieser Gemeinschaft. Wie können sie es verantworten, daß sie aus dieser Gemeinschaft besondere Vorteile ziehen, die doch nur dadurch erreicht werden können, daß alle übrigen Mitglieder benachteiligt werden? Die Ansprüche der Genossenschaftsangestellten, die eine Sonderstellung dieser Kategorie innerhalb ihrer eigenen Klasse schaffen, sind ein Krebschade der Genossenschaftsbewegung überhaupt. Eine Genossenschaft, die zur bloßen guten Versorgung der in ihr Beschäftigten wird, verfehlt ihren Zweck, der darin besteht, den Tausenden, nicht den Dutzenden zu helfen. Je größer eine Genossenschaft wird, um so größer wird in dieser Beziehung die Verantwortung der Leitung, des Vorstands wie des Aufsichtsrats. Die in diesen hineingewählten Mitglieder sind heute nur zu oft ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen. Und doch wären sie berufen ein gewaltiges Stück Sozialisierungsarbeit zu leisten, soweit das von menschlicher Tüchtigkeit abhängt.

Man kann sich noch einen andern Weg der heute so notwendigen Entwicklung der Genossenschaften denken: ihre direkte Förderung mit Kapital und moralischen Mitteln durch Reich, Land und Gemeinde. Die Gesamtheit ist auf das äußerste daran interessiert, daß die gemeinnützige Verteilungsweise der Genossenschaften denkbar gefördert werde, denn jedwede Ausschaltung von Wuchermöglichkeit ist im höchsten Grade erwünscht. Eine Berücksichtigung der Händlerinteressen kann natürlich gegenüber dem starken Interesse der Gesamtheit nicht in Erwägung gezogen werden; ganz abgesehen davon, daß ja auch die erweiterten Genossenschaften mancherlei neue Existenzformen schaffen. Eine unmittelbare Unterstützung der Genossenschaften durch Reich, Staat und Gemeinde ist zurzeit auf alle Fälle möglich, indem sie ihnen gegen niedrige Zinsen Betriebskapital leihen, damit sie so billig wie möglich einkaufen und sich der Bewucherung durch den Großhandel entziehen können. Jede Einschränkung der Tätigkeit der Konsumgenossenschaften durch Mangel an Kapital ist eine Vermehrung der Wuchermöglichkeit. Es sollten darum überall Sozialisten für solche Unterstützung der Genossenschaften durch Land und Gemeinden eintreten.

Aber auch sonst müßte alles geschehen, um durch die Hilfe der Gemeinden, durch Beschaffung von Läden und Betriebsstätten allerlei Art der Entwicklung der Genossenschaften jedwede Hilfe zu leisten. Wir kommen nur durch praktischen Sozialismus vorwärts. Auch die unmittelbare Verbindung der Konsumgenossenschaften mit den Organisationen der Landwirtschaft liegt auf gleichem Gebiet. Auch darin könnten Staat und Gemeinde sehr viel nachhelfen. Wir können gar nicht genug tun, um allen unproduktiven Zwischengewinn auszuschalten und parasitäre Existenzen zur Teilnahme an der produktiven Arbeit zu zwingen. Es ist sehr zu bedauern, daß das Bewußtsein von der Möglichkeit, durch die Genossenschaften in weit höherem Maß als bisher der Schwierigkeiten unserer Zeit Herr zu werden in der Masse unseres Volkes noch so gering entwickelt ist. Auch dies Bewußtsein zu stärken ist unsere Aufgabe.



# MAX HOCHDORF · BÜCHER UND BÜCHERLIEBE



**Z**AHLENMÄSSIG ausgedrückt ist der Wert des Buches in Deutschland ins Unendliche gestiegen, wie der Preis jedes Gebrauchs- und Luxusstücks überhaupt. Blättert man heute in Katalogen über schöne und seltene Bücher, so sträuben sich dem Liebhaber, dessen Sammelfreude unermüdlich, dessen Börse aber nur schmal ist, die Haare. Der Berliner Kunsthändler und Antiquar Altmann ist genötigt die Voltaireausgabe, die Beaumarchais als unternehmungslustiger Spekulant herstellen ließ, für mehr als 200 000 Mark anzubieten. Die große Lassalleausgabe, 13 Halblederbände zusammen mit der Biographie, die Eduard Bernstein schrieb, kostete im Juli beim Sortiment 2600 Mark. (Sie ging übrigens vom Verlag Paul Cassirer zum Vorwärtsverlag über.) Das 1. Bändchen der Bürgerschen Gedichte, von 1778, mit 10 Stichen Chodowieckis, ein sehr schwächtiges Werklein, steht mit 1200 Mark im Katalog; früher konnte der Sammler so etwas gelegentlich für eine halbe Silbermark erstehen. Die große alte Jean Paul-Ausgabe, 60 Teile, kostet 3000 Mark usw. Das klingt alles phantastisch. Und der Sammler, der in seinen Schränken heute noch Schätze aus besserer Zeit findet, lacht und weint zugleich. Denn das Sammeln ist Wollust, und es ist auch Schmerz. Zurück mit den Gefühlen und eine kurze Bilanz gezogen von dem, was heute noch in der Welt gelten darf!

Da erfährt man, daß Deutschland heute mächtig ausgekauft wird. Die Bibliothek moderner Dichtung, die der kundige Franz Diederich mit Opfern und Klugheit aufgestapelt hatte, wanderte in die Universitätsbibliothek von Tokio. Da es sich hauptsächlich um moderne deutsche Dichtung und um alles handelt, was man als freiheitliche Lyrik bezeichnen kann, so ist Befriedigung über dieses Bücherschicksal, das eng mit dem Schicksal einer bedrängten Familie zusammenhängt, keine Schamlosigkeit. Und es verstimmt auch nicht, daß die Bibliothek des Seelenforschers Albert Moll als geschlossene Sammlung in die neu gezimmerten Schränke der zerstörten Löwener Bibliothek gestellt werden soll. Nur ergibt sich aus alledem die Tatsache, daß wir in Deutschland sehr arm werden. Wer die Bibliothek Moll einmal gesehen hat, der kennt ihren ungeheuren Wert. Der emsige Mann sammelte mit feinstem Kenntnis und auch mit vielem Geld, was zur Erforschung des unterirdischen Seelenwesens dient. In keiner öffentlichen Bibliothek wird man solche Vollständigkeit des Materials finden. Der Forscher wird aber künftig in Deutschland beeinträchtigt sein. Und da ihm Reisen zu der neuen Stätte der Gelehrsamkeit aus tausend Gründen unmöglich sind, wird er mit Bitterkeit an das denken, was ihm entschwindet.

Die Bibliophilen ruhten nicht während des Krieges. Sie sind heute wieder sehr wach. Mitten im Krieg brachte man in Frankreich eine wunderschöne Ausgabe Baudelaires heraus (bei Crès). Das in nur 1000 Exemplaren gedruckte Werk der *Paradis artificiels* war ein Meisterwerk des Drucks und der Schlichtheit. Das nach Quincey übersetzte Werk der *Räusche und Visionen* bot sich in einer entzückenden Ruhe dar. Das Auge siedelte sich mit Behagen auf der edelsten Antiqua an. Man konnte sagen: Das Temperament, das sich durch die aufpulvernde Materie des Buchs vielleicht enturzeln ließ, wurde zur Sanftheit und Stille hinübergelenkt. Es fand eine

Katharsis des Gemüts statt, ebenbürtig jener Reinigung des Herzens, die Aristoteles aus antiken Dramen abliest und fordert. Und alles das durch die Kunst des Handsetzers. Gedacht werde bei dieser Gelegenheit nachträglich des Züricher Buchbinders Stierli. Er ist ein Träumer des schönen Einbands. Er konnte während des Krieges im neutralen Frieden der Limmatstadt arbeiten. Und er pflegte einen Geschmack von höchster Gediegenheit. Besonders wertvoll war seine Achtsamkeit auf das harmonische Vorsatzblatt. Er band die Hölle des Henri Barbusse in Brandrot, während das Vorsatzblatt tief schwarz gefärbt war. Einer Mappe Ensors, des Ostender Satanisten und Malers, legte er dagegen ein brandrotes Blatt vor. Man hat Stierli nicht umsonst in Leipzig gelobt und belohnt. Er schuf auch den Pergamenteinband für die Raschersche Autotypie der Kellerschen Sieben Legenden und den reichen Deckel für die 10 Luxusbände der Rascherschen Kellerausgabe. Jüngsten Datums ist das Buch Poète tragique von André Suarès, herausgegeben durch Emile Paul Frères in Paris. Es soll eigentlich gar keiner hochgestimmten Bibliophilie dienen; es wurde trotzdem zu einem sehr schönen Werk. Die Initialen der Kapitel und Absätze häufig bunt, und auf dem guten Papier die große, tiefschwarze, sanfte Antiqua, der Buchstabe der Internationale und der Völkerversöhnung. Der große Roman, der seines Volkes Seele aufschließt, und der nach Freundschaft und Verständnis im Ausland sucht, sollte auch bei uns nur Antiquadruck zeigen. Mir verweigerte es ein Verleger, ein sonst geschäftskluger und braver Mann, mehrere meiner Bücher in Antiqua zu drucken. Er hielt meine Forderung für unpatriotisch. Er meinte, daß er die Fraktur seinem deutschen Haus schuldig sei. Er wußte nicht oder wollte nicht wissen, daß die Fraktur ja gar nicht deutsch ist. Er ist wohl noch nicht bekehrt. Die Bekehrung zur international vermittelnden Antiqua ist notwendiger als die drakonische Belastung der Bücherausfuhr mit Aufschlägen, deren Errechnung dem Hauptproduzenten, dem Dichter nämlich, ja doch nicht gutgeschrieben wird. Gute deutsche Shakespearewerke, Arbeiten höchster Gelehrsamkeit und der zartesten Kultur, sind in Fraktur gedruckt, daher häufig an das Land gebunden. Das neue Buch Suarès' spricht variierend, schwelgerisch, oft auch spielerisch von Shakespeare. Es soll gezeigt werden, daß in dem Dichter die große Gedankenläuterung vorging, die Prospero durchlebte, die Erlösung vom engen Unglücklichsein zur menschenumfassenden Freimaurerei. Unbewußt gefällt sich Suarès in Tönen der Zaubерflöte. Es wird geschehen, daß er bald für Frankreichs riesige Shakespeareliebe als der beredteste Zeuge gelten wird, während man Deutschlands Verdienste um die Kenntnis Shakespeares leicht vergißt, nur weil die Setzer ihre Fraktur aus dem Kasten schöpften.

Der Sammler Gustav Kippenberg, Herr des Inselverlags, huldigt dem Goetheschen Werk und seiner ganzen Umgebung mit Feinhörigkeit und mit Findigkeit. Den Katalog seiner Sammlung, zunächst nur für einen engen Kreis gedruckt, bietet er jetzt der Menge dar. Kippenberg ist ein liebender Gelehrter und ein weitsichtiger Buchverleger auch. Wenn er Scherenschnitte studiert und sie für die allgemeine Freude zugänglich macht, dann vollbringt er beide Beschäftigungen als ein prächtiger Liebhaber. Er unterrichtet sich über die Kunst der Physiognomik, die mit dem Messer oder der kalten Nadel arbeitet, als ein kostbar unterhaltener Student der edlen Künste. Und wenn er aus seiner Erkenntnis plaudert, dann strömt aus sei-

nen Worten die Freude, die er selbst empfand, zum Lesenden und Betrachtenden hinüber. Der Wiener Verleger Manz druckt in französischer Sprache eine Reihe der schönsten französischen Werke, zum Teil auch entlegene oder halb vergessene; so Amiels Journal intime. Die Bändchen sind äußerlich unansehnlich, aber billig. Praktische Valutagründe rechtfertigen auch dieses Unternehmen, ja, sie lassen es uns lebhaft begrüßen. Wie gut, daß man an Amiel erinnert wird! Er war ein Philosoph, den Nietzsche schon als den reinsten Propheten einer romantisch gestimmten Religiosität verehrte. Der Genfer hat unser Wissen um die Philosophenseelen von 1860 außerordentlich bereichert. Und es ist besser, daß solche wichtigen Dokumente wieder in zahlreiche Köpfe geleitet werden, als daß sie stumm und ungenutzt bleiben. Ein Bedauern um das Äußere des Buchs ist freilich kaum zu unterdrücken. Da zeigt nun der Inselverlag mit seiner nicht genug zu rühmenden Bibliotheca Mundi, wie die einfachste und schönste Buchform gefunden werden kann. Diese Bücher in fremden Sprachen werden die ganze Welt umfassen oder doch das, was in ihr von Wert ist. Allein schon die eigene, strenge Art des Satzbilds in der Anthologia Hebraica erhebt uns aus der Misere unseres Tages in die Sphäre des im geistigen Sinn wirklich Gültigen. Hier sei auch des jungen Klalverlags in Berlin gedacht, der Bücher in der wundervollen hebräischen Quadratschrift (in hebräischer oder jiddischer Sprache) mit jener Liebe zur Schönheit dieser Zeichen herausbringt, die in den ältesten hebräischen Drucken ganz von selber zum Ausdruck kam, in der Flüchtigkeit der letzten Jahrzehnte aber verwischt war. Eine jiddische Ausgabe der Lieder und Gedichte des neuhebräischen Dichters Bialik ist hier besonders hervorzuheben. Autobiographien und Erinnerungen, die hier herauskamen, versetzen uns in fremde, doch so vertraute Welten. Die kleinen Bändchen der Klalbibliothek (einer Art jüdischen Reclamunternehmens) zeigen, was auch unter den heutigen Verhältnissen geleistet werden kann, wenn die Sache selbst das Entscheidende ist. Durch neuen Mut lobt sich auch das erweiterte Unternehmen des Tempelverlags in Leipzig, der nach langen Jahren wieder neue Bände herausbrachte. Die Odyssee und der Dante wurden neu gedruckt; links der Urtext, rechts die Verdeutschung. Hoffentlich ist dies nur ein neuer Anfang. Wir warten schon lange darauf, daß der Tempelverlag sein Werk, das er vor mehr als einem Jahrzehnt begonnen hat, fortsetzt. So fehlt von seiner Goetheausgabe immer noch die ganze 2. Reihe: bis jetzt sind nur die Dichtungen erschienen. Die zweisprachigen Tempelausgaben werden vielen besonders willkommen sein. Studium und Bücherliebe können vereinigt werden. Aber der Tempelverlag sollte auch den fremdsprachigen Satz für sich nehmen und ohne die Übersetzung herausbringen. So käme man endlich zu einem rein griechischen Homer, überhaupt zu rein griechischen Ausgaben, ohne die leidigen lateinischen Titelblätter; auch die Einbanddecke dürfte bei ihnen keine anderen Lettern enthalten als griechische. Das Ausland wird staunen und kaufen, und die deutsche Buchkultur wird sich neue Märkte erobern, sofern die Ausfuhr- und Valutaaufschläge nicht ins Übermenschliche steigen. Auch hier könnte namentlich eine Annäherung und gegenseitige Befruchtung Deutschlands und Frankreichs erfolgen.

Die Liebe zum Buch ist die Liebe zum Menschen. Wir wollen dazu beitragen, daß auch durch sie die Nachkriegszeit zu einer Friedenszeit werde.



## EMMA TRIETSCH · GEMEINSCHAFTSERZIEHUNG · GEDANKEN UND VORSCHLÄGE



Es ist durchaus nicht erstaunlich, wenn in der Frage der Gemeinschaftserziehung gerade die, die sie am meisten angeht: die Mütter, sich vorläufig noch gleichgültig oder gar ablehnend verhalten. Nicht allein aus dem allgemeinen Grund, weil die Frau an sich noch weniger geneigt ist als der Mann sich in ganz veränderte Auffassungen hineinzudenken, sondern auch deshalb, weil sie glaubt, das Kind müsse in der Gemeinschaftserziehung der mütterlichen Liebe entbehren. Dazu kommt, daß bis auf wenige Ausnahmen die bisherigen Anstalten, Waisenhäuser und Internate wirklich nur abschreckende Beispiele bieten. Und doch ist alles Heil für die Frau, für das Kind, für Ehe und Staat nur von der Gemeinschaftserziehung zu erwarten. Hat man einmal sein Denken unter diesen Gesichtspunkt eingestellt, so ordnen sich die mannigfachen Erscheinungen des Lebens darunter, und mehr und mehr erschließt sich die weitreichende Bedeutung solcher Lösung des Erziehungsproblems.

Was am häufigsten gegen die Gemeinschaftserziehung eingewandt wird, ist die vermeintliche Gefährdung des Zusammenhangs zwischen Kindern und Eltern, während doch gerade dadurch dieser Zusammenhang erst in schönster und vollkommener Weise ermöglicht wird. Es liegt heute in den meisten Fällen so, daß die Frauen und Mütter überbürdet sind und weder Zeit noch innere Ruhe für ein wirkliches Eingehen auf die über das leibliche Wohl hinausreichenden Bedürfnisse ihrer Kinder erübrigen können. Durch die Gemeinschaftserziehung würde die Frau in erheblicher Weise entlastet werden; sie brauchte nicht mehr ausschließlich in der körperlichen Pflege der Kinder aufzugehen, ihre Seele würde frei, sie könnte in Konnex mit der Umwelt treten und gerade dadurch größeres Verständnis für die Seele ihres Kindes gewinnen. Wenn daneben noch Erleichterungen im Haushalt durchgeführt werden, so wird die Frau nicht länger mehr gezwungen sein ihre Kraft in dem engen, aber ungeheuer vielseitigen und im Grund unerfüllbaren Pflichtenkreis des Haushalts zu vergeuden, sondern sie wird sie in 6- bis 8stündiger Berufsarbeit in den Dienst des Ganzen stellen können, in einer Berufsarbeit, die ihren Gesichtskreis erweitert und sie zu höchster Leistung anspannt. Danach aber soll sie ein freier Mensch sein können, genau so wie der Mann nach getaner Berufsarbeit. 2 Tagesstunden sollten dem Zusammensein der Eltern mit den Kindern gewidmet sein, um den geistigen Zusammenhang zwischen ihnen zu pflegen und zu erhalten. Es werden dies 2 Nachmittagsstunden sein müssen, die sonst für die kleineren Kinder Spiel- und für die größeren Mußstunden wären, die sie nach ihrem eigenen Gefallen, allerdings, wo es nötig, unter fördernder Überwachung und Anregung nutzen könnten. Diese Stunden werden schon nach Schluß der elterlichen, höchstens 8stündigen Arbeitszeit liegen. Die Eltern brauchen sie nicht unbedingt täglich mit ihren Kindern zu verleben; die Kinder werden ja auch zu dieser Zeit gut aufgehoben sein und oft von anderen Angehörigen besucht werden. Aber, von keiner Berufsarbeit abgehalten, von keinen Haushaltssorgen beschwert, werden die Eltern jetzt erst die richtige Muße haben sich ihren Kindern, ihren Freuden und ihrem Sinnen, in voller Hingabe zu widmen, und sie werden diese Zusammenkünfte, sei es in den

Gärten oder Räumen der Heime sei es auf Spaziergängen oder im eigenen Haus, so schön zu gestalten suchen wie es ihnen nur irgend möglich ist. Wie kommt es denn, daß bei unserm jetzigen Erziehungssystem trotz bestem Willen die Eltern so selten Freunde, Berater und Vertraute der Kinder sind, daß diese ihre Freunde und Freuden außerhalb des Hauses suchen und außerhalb des Hauses ihre guten Eigenschaften entfalten, während sie sich daheim von der ungünstigsten Seite zeigen? Weil es eben unter den jetzigen Verhältnissen den Eltern an der nötigen Zeit zu einem innigen Zusammenleben fehlt, weil die Interessen der Eltern und der Kinder täglich und stündlich aufeinanderprallen (das Kind ist, kraß ausgedrückt, müßiger Arbeitgeber, die Mutter überbürdeter Sklave) und dies zu nichts anderm als zu Entfremdung und zuzeiten fast feindlichen Gefühlen führen kann. Diesen Übeln kann nur die Gemeinschaftserziehung steuern, die die Interessen der Kinder und Eltern in gleicher Weise achtet. Aber die Zeit könnte unter Umständen nicht viel nutzen, wenn die räumliche Entfernung zwischen Elternhäusern und Heimen zu groß ist. Daraus erwächst die Forderung, daß die Heime in der Regel nur solche Kinder aufnehmen sollen, deren Elternhaus höchstens eine halbe Stunde entfernt liegt; denn, die Elternliebe können und wollen die Heime selbst bei allerbesten Einrichtungen und allerbesten Pflege den Kindern nicht bieten und ersetzen. Zwischen der frühern Anstalts- und der künftigen Gemeinschaftserziehung ist eben dies der wesentlichste Unterschied: daß in der neuen Erziehungsform die Eltern einen wichtigen Anteil an dem Leben der Kinder behalten sollen.

Ein ebenso häufiger wie unberechtigter Einwand gegen die Gemeinschaftserziehung ist der, daß sie die Individualität, die spezielle Eigenart der Kinder nicht berücksichtigen könne. Nichts kann falscher sein als diese Ansicht. Nirgends kann die Eigenart der Kinder besser und ungestörter zur Entwicklung gelangen als bei planmäßiger, gut geleiteter Gemeinschaftserziehung. Sie hält von den Kindern alle Mißklänge und alle Unruhe des Haushalts fern, sie ordnet sie in ein System ein, daß bei aller Gleichheit des äußern materiellen Daseins gerade ihrer innern Art angemessene Betätigung gewährleistet, ihnen freilich keine Gelegenheit gibt den Eigensinn und die Unarten zu zeigen, die im Hause gerade bei Kindern mit ausgeprägt selbständigem Wesen oft so üppig ins Kraut schießen. Im Hause gedeihen diese Untugenden, weil die Kinder dort entweder vernachlässigt oder umgekehrt allzu gut behütet und umsorgt werden, so daß sie sich als den Mittelpunkt der Familie fühlen. Und wo sind schließlich die Individualitäten alle, die die bisherige häusliche Erziehung hervorgebracht haben soll? Wir haben ja ihrer so erschreckend wenig. Wir brauchen also wahrhaftig von der Gemeinschaftserziehung keine Schädigung der Eigenart zu befürchten. Sie übergibt die Kinder den Händen geschulter und mindestens durchschnittsbefähigter Erzieher, deren Objektivität ein bedeutender Vorteil ist gegenüber den schablonisierenden Einflüssen der außerdem durchaus nicht immer erzieherlich befähigten Mütter. Und was sie dem Kind gibt: Arbeit, Anleitung, Überwachung, kameradschaftliches Fühlen, kann diese Eigenart nur fördern.

Aber darüber hinaus müssen wir uns eines klar machen: Die wirtschaftliche und geistige Atmosphäre des Hauses läßt den Egoismus erstarken. Und wir brauchen keine Egoisten, wir brauchen Menschen mit Gemeinschaftsgeist und Gemeinschaftswesen, Menschen, die sich nicht als Einzig- oder Vor-

berechtigte fühlen sondern sich zum Wohl der Allgemeinheit als Glieder einem Ganzen einordnen, die nicht auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind sondern ihre besten Kräfte dem Ganzen weihen und damit erst zu ihrem eigenen Besten einsetzen.

Freilich dürfen wir nicht glauben, daß die Gemeinschaftserziehung nun von Anbeginn an ohne Fehl in aller Herrlichkeit dastehen wird. Auch sie wird Lücken aufweisen und neue Probleme erwachsen lassen, deren Lösung viel Zeit und Mühe fordern wird. Es gibt ja schon heute, wo die Gemeinschaftserziehung erst in ihren Anfängen ist, Stimmen dagegen, die aus eigener Erfahrung schöpfen. Solche Erfahrungen sollen aber nicht dazu führen über sie den Stab zu brechen sondern sie zu korrigieren. Einstweilen können wir nur annehmen, daß sie uns den Weg weist, den wir zu gehen haben. Der Weg selbst muß aber erst noch bereitet werden. Die Gemeinschaftserziehung könnte auch das weitere Umsichgreifen des Ein- und Zweikindersystems hindern, das sich über alle Kulturstaaten der Erde ausbreitet, ja selbst schon in dem neu erstehenden jüdischen Land, in Palästina, seinen Einzug gehalten hat. Es ist eine Folge der Schwierigkeiten, die sich der häuslichen Erziehung unter unseren sozialen Verhältnissen bieten. Niemals aber hätte es sogar unter dem traditionell kinderreichen Volk der Juden Anklang gefunden, wenn es nicht heute tatsächlich die einzige Rettung für die Frau schiene. Bieten wir ihr eine andere, die mehr im Interesse des Volksganzen, der Entwicklung seiner Schaffenskraft liegt: ihre Befreiung durch die Gemeinschaftserziehung.

**D**IE Gemeinschaftserziehung, wie man sie sich für die Zukunft vorstellen mag, beginnt bereits mit der Geburt des Kindes. Für ihre Beendigung wird sich ein bestimmtes Lebensalter nicht angeben lassen; ihre Dauer wird auch in der Praxis kaum bei allen die gleiche sein können, vielmehr nach den Fähigkeiten des jungen Menschen, dem erwählten Beruf usw. variieren müssen. Die Gemeinschaftserziehung der Zukunft wird die Kinder nicht in Tagesheimen (nach Maurenbrecher, Bernfeld) vereinen, sondern diese werden vollständig in den Heimen verbleiben. Wir müssen die Scheu vor dieser Forderung überwinden. Nur eine *vollständige* Reform kann hier zum Erfolg führen. Mit der Halbheit der Tagesheime ginge nicht allein die Möglichkeit streng geregelter Zeiteinteilung verloren, die zum Heil der Kinder so dienlich ist, sondern auch die Ruhe des Hauses und die Muße der Eltern. Sind die Kinder während des ganzen Abends, in der Nacht und am Morgen zu Hause, so erwächst der Frau wieder eine Fülle von Arbeit und Sorge, und die für ihr und des Mannes Wohlbefinden und Entwicklung so nötige Zeit wäre wiederum geopfert. Es ist ferner zu bedenken, daß die Kinderheime der Ausgangspunkt sozialer Gleichberechtigung und Gleichstellung sein sollen; bei Tagesheimen aber wäre die Gleichheit der Unterkunft und Versorgung wieder in Frage gestellt. Je nach der Größe der Gemeinden und nach den Erfahrungen der Praxis wird es natürlich in den Einzelfällen zu entscheiden sein, ob eine Gliederung in Entbindungsanstalten, Säuglingsheime, Heime für noch nicht schulpflichtige und für schulpflichtige Kinder, eventuell auch diese noch nach Altersstufen eingeteilt, vorzunehmen sein wird. Ist man sich über das Prinzip der Loslösung der Kindererziehung von dem Familienhaushalt klar, so bleibt diese Frage der Gliederung eine solche rein technischer Art.

In großen Umrissen dürfte der Aufbau, gleichviel ob die einzelnen Abteilungen in einem oder in mehreren Gebäuden untergebracht sind (jedenfalls sollten sie einen Komplex bilden und von vornherein ein umfangreiches Terrain dafür genommen werden) etwa der folgende sein: Die Entbindungsanstalt sollte die Frauen je nach ihrer Gesundheit und ihren persönlichen häuslichen Verhältnissen, jedenfalls ganz nach ihren Wünschen, allerdings auch nach Maßgabe der Fassungskraft der jeweiligen Anstalten, bereits vom Beginn des 7. Schwangerschaftsmonats an aufnehmen, und jedenfalls müßte man darauf hinarbeiten, daß es üblich wird die Anstalt spätestens zu Beginn des 9. Monats aufzusuchen. Solange noch die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaftsordnung besteht, werden wir es dabei mit zahlenden und nicht zahlungsfähigen Insassen zu tun haben. Jene werden sich nach ihrem Belieben beschäftigen können; sie werden aber hoffentlich ihre Kraft ebenfalls in den Dienst der Sache stellen, während diese, natürlich unter Berücksichtigung ihrer Gesundheitsverhältnisse, zu nützlicher Betätigung herangezogen werden müssen. Ähnliches sehen wir ja übrigens in den deutschen Entbindungsanstalten und Säuglingsheimen bereits verwirklicht, nur mit dem Unterschied, daß bei einer so viel längern Aufenthaltsdauer vor und nach der Entbindung die Arbeit der Insassen nicht ausschließlich der eigenen Anstalt wird zugute kommen können, sondern zum guten Teil auch den anderen Abteilungen des Kinderheims dienen muß. Es ist anzunehmen, daß bis auf etwa notwendige Ergänzungen geschulter Lehrkräfte, die ganze Arbeit in allen Abteilungen des Kinderheims und in allen Zweigen des Betriebs, das heißt: Reinigen, Kochen, Waschen, Plätten, Nähen, Gartenbau, Kleintier- und Großviehzucht, Pflege- und Krankendienst, Kindergarten- und zum Teil auch Schulunterricht, soweit ausgebildete Lehrerinnen unter den Insassen sind, in den Händen der jungen und angehenden Mütter liegen werde. Sofern die begüterten Frauen auch bei gutem Gesundheitszustand zur Arbeitsleistung nicht bereit sein sollten, dürften sie trotz guter Bezahlung nur das Anrecht auf je 3 Wochen Aufenthalt vor und nach der Entbindung haben, und sie müßten natürlich auch einen angemessenen Pensionspreis für das Kind entrichten, wenn sie es nicht gleich mit sich nach Hause nehmen, wogegen man zunächst nichts haben könnte. Erst wenn die guten Resultate der Gemeinschaftserziehung sich offenbaren werden, dürfte es für den Staat an der Zeit sein sie zum Gesetz zu erheben, so wie der Schulbesuch heute staatlich erzwungen wird. Die Aufenthaltsdauer im Säuglings- oder Mütterheim nach der Entbindung sollte, allerdings ebenfalls nach Maßgabe der Nachfrage und der Raumverhältnisse, möglichst lang sein; wünschenswert wäre ein volles Jahr. Nach ungefähr 6 Wochen sollten die Mütter nachts nicht mehr durch ihre Kleinen in Anspruch genommen werden; vielmehr müßten die Säuglinge nach einem bestimmten System abwechselnd von ihnen versorgt werden, so daß die Mütter nach dem letzten Stillen nicht mehr im Heim zu verbleiben brauchten, falls nicht die Reihe der Nachtwachen an ihnen ist. Sie könnten sich dann frei entscheiden, ob sie zur Nacht in ihrem eigenen Hause oder weiter im Heim sein wollen, dürften aber im letzten Fall natürlich in ihrer Freiheit ebenfalls nicht beschränkt sein. Es bedarf keiner besondern Erwähnung, daß in den Anstalten zwischen ledigen und verheirateten Müttern keinerlei Unterschied gemacht werden dürfte, außer allenfalls dem, daß die wirtschaftlich und gesundheitlich schlechter Gestellten begünstigt würden.

Es ist, wie gesagt, unmöglich von vornherein festzulegen, ob die Mütter ein volles Jahr hindurch die Arbeit in den Heimen werden leisten können und wollen. Wir besitzen ja noch nirgends auf der Welt annähernd ähnliche Einrichtungen und müssen deshalb in jeder Beziehung mit neuen und unerprobten Verhältnissen rechnen. Wir können überhaupt für den ganzen Plan weder zahlenmäßige Rechnungen noch ein bestimmtes Budget aufstellen. Unter der Voraussetzung, daß nicht nur die gesundheitlich schwachen, sondern auch die arbeitskräftigen Mütter längere Zeit im Heim verbleiben, kann man aber annehmen, daß mit Ausnahme der Lehrkräfte, der Ärzte, der Leiter und vielleicht noch einiger männlicher Arbeiter keine besoldeten Beamten angestellt zu werden brauchten. und daß die Mütter und die größeren Kinder (die Heime sind natürlich als Selbstversorger gedacht) die Unterhaltskosten für sich und die Kinder reichlich erarbeiten werden. Für sie dürfte ein Zuschuß seitens der Gemeinde keinesfalls nötig werden; im Gegenteil, es könnte ihnen eventuell, je nach den Ergebnissen des Betriebs ein Verdienstanteil zugestanden werden. Einen Zuschuß hätten dagegen die Gemeinden wahrscheinlich für alles das zu leisten, was etwa unter Krankenhausaufgaben zu rubrizieren wäre. Je nach dem Bedarf an Arbeitskräften sollten besonders tüchtige Mütter nach Möglichkeit dauernd für die Arbeit im Heim gewonnen werden. Jedenfalls wäre, sobald die Mütter das Heim unter Zurücklassung ihrer Kinder verlassen, eine bestimmte Unterhaltsentschädigung für diese zu zahlen. Ob die Arbeit der Mütter eventuell auch als volle Deckung der Unterhaltskosten gelten könnte, selbst wenn sie mehrere Kinder im Heim hat, würde die Erfahrung lehren. In einer halbwegs gerecht organisierten Gesellschaft wäre im übrigen das Einkommen der Männer und Frauen im Verhältnis zur Zahl der Kinder zu bemessen, oder es wären entsprechende kommunale Zuschüsse zu leisten, da doch niemand dadurch benachteiligt werden dürfte, daß er dem Staat höhere Dienste leistet. Diese ganze Budgetfrage wird aber erst in der Praxis beantwortet werden können. Fest steht zunächst nur, daß die Einrichtung von Kinderheimen kein Gewinnunternehmen sein darf sondern auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage ruhen muß.

Die ersten Kinderheime (mit Ausnahme der Entbindungsanstalt und des Säuglingsheims) werden am besten weder zu groß noch zu klein angelegt werden. Beides könnte zu Mißerfolgen und Schwierigkeiten führen. Jedenfalls müssen die baulichen und hygienischen Einrichtungen von Anfang an mustergültig und den Zwecken vollständig angepaßt und die Möglichkeit der Betätigung in Haus, Hof und Garten für die Kinder gegeben sein. Auch muß der Raum ausreichen, um gute Lehrkräfte in genügender Zahl für alle Fächer einschließlich Zeichnen und Handfertigkeit, Turnen, Musik, bildende Kunst, Gartenbau usw. anstellen und alle wünschenswerten Lehrmittel unterbringen zu können. Das erste Heim könnte demnach etwa für 100 Kinder Raum bieten. Wenn eine solche Zahl nicht aus einem halbstündigen Umkreis zu haben wäre, so müßte man diesen für den Anfang erweitern oder Waisenkinder mit aufnehmen. Der Unterricht sollte nach ganz neuen Lehrplänen erfolgen, die auszuarbeiten ohnehin die dringendste Aufgabe der gesamten Lehrerschaft ist. Der wirkliche Arbeitsunterricht sollte dabei den leitenden Gesichtspunkt abgeben, wie auch die Erziehung zu gutem korrektem Sprechen und zur Gewandtheit des Ausdrucks dem Unterricht im Lesen und Schreiben vorangestellt werden müßte. Damit fremde Einflüsse nach Möglichkeit aus-

geschaltet werden, dürfte die Schule nur den Kindern des Heims zugänglich sein. Die Kinder müßten eine einfach zweckmäßige, nette und einheitliche Kleidung tragen. Die gleichartige Kleidung wird den besten erzieherischen Einfluß gegenüber der jetzigen Konkurrenz im Herausputzen der Kinder üben. Während der Unterricht von Knaben und Mädchen in den ersten Jahren gemeinsam sein sollte, wäre es erst nach geraumer Zeit und nach Heranziehung aller bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet zu entscheiden, ob sich die Koedukation auch für die späteren Altersstufen wirklich eignet und nicht vielmehr die sich dann entwickelnde Verschiedenheit der Geistesanlagen und Neigungen eine Trennung im Unterricht besser erscheinen läßt.

Die praktische Arbeit der Kinder hätte schon im Kindergarten zu beginnen. Und zwar dürfte sie nicht nur im Begießen von Beeten und sonstiger Blumenpflege bestehen, sondern es sollte darauf gesehen werden, daß die Kinder möglichst viele wirklich verwendbare Dinge herzustellen lernen, statt all der bisher gefertigten meist unnützen Gegenstände, die man in der Regel über kurz oder lang wegwarf. Dabei könnte man auch eine Art Arbeitsteilung in der Art durchführen, daß die kleineren Kinder Einzelteile herstellen, die dann die größeren im Handfertigkeitsunterricht als Material mitverwenden, zum Beispiel Flechtwerk aus geeignetem Stoff, das zu Puppenmöbeln verarbeitet wird. Jedenfalls sollte stets das Interesse ökonomischer Materialverwertung berücksichtigt und der eigene Schaffens- und Erfindertrieb bei Erziehern und Kindern angeregt werden. Weiter sollten die Kinder in einen geregelten Dienst zur Beschäftigung der Kleinen herangezogen werden. Zum Beispiel könnten die 1- bis 6- von den 10- bis 16jährigen regelmäßig an- und ausgezogen, gebadet und gewaschen werden usw. Die Gemeinsamkeit der Spielzeiten für Große und Kleine könnte bewirken, daß ein gut Teil Kindergartenarbeit von den größeren Kindern geleistet wird. Kinder, die in solchem Heim aufgewachsen sind, brauchen später keinen besondern Unterricht in Kindergartenarbeiten mehr. Im Handarbeitsunterricht müßte das Ausbessern der eigenen Kleidung, das Nähen und Ausbessern der Wäsche erlernt und zugleich zugunsten des Heims geübt werden; dabei brauchen die üblichen und neu zu belebenden Handarbeiten nicht gänzlich ausgeschaltet zu werden. Die Knaben könnten Schneiderei, Schuhmacherei, Tischlerei, Gürtlerei und sonstige Handwerke praktisch erlernen. Später wären dann allmählich, selbstverständlich immer unter Berücksichtigung der Gesundheitsverhältnisse und so, daß die notwendige Zeit und Frische für die geistige Ausbildung bleibt, alle Wirtschaftsarbeiten zu erlernen und auszuführen. Dabei müßte der einzelne nach einander alle Betriebe durchlaufen, so daß auch schon innerhalb der Schulzeit der praktische Haushaltsunterricht mit durchgemacht wird. Auch für die Knaben kann es so reichlich praktische Arbeit im Haus geben, und ein Minus gegenüber den Mädchen wäre eventuell durch eine Mehrleistung in landwirtschaftlicher Betätigung auszugleichen (in der die Mädchen natürlich ebenfalls zu unterweisen sind).

Mit 16 Jahren sollte bei Durchschnittsbegabung die Schulzeit zu Ende sein und die freie Berufswahl eintreten, die das Verlassen des Heims aber noch nicht unbedingt zur Folge haben müßte. Viele werden vielleicht ihren Beruf innerhalb des Heims ausüben können oder ihre Arbeitsstätte in erreichbarer Nähe haben, so daß sie in einer besondern Abteilung des Heims wohnen bleiben und an seinen Segnungen, geselligen Einrichtungen, Zirkeln und son-

stigen Veranstaltungen weiter teilhaben können. Da überall Heime bestehen würden, so brauchten die Erwachsenen dann bei einer Verlegung der Arbeitsstätte nur den Übergang von einem Heim in ein anderes zu bewirken, so daß die Heime bis zur Gründung einer eigenen Familie, für die Weiterstudierenden bis zum Übergang in die ebenfalls mit einem Internat verbundene höhere Lehranstalt die eigentliche Wohnstätte bilden würden.

Dies wären die knappen Umriss der künftigen Erziehungsheime, in denen Verständnis und Liebe, Weitherzigkeit und Wahrhaftigkeit, Gesundheit, Frohsinn und Freude herrschen, die die Kinder lebensfreudig und lebensstüchtig machen, ihnen, den Frauen und der ganzen Menschheit zu ihrem Recht auf Glück verhelfen, jedem, ohne den häßlichen Kampf ums Dasein, den passenden Platz im Leben verschaffen sollen, auf daß es falsch gewertete, unterdrückte, heimat- und rechtlose Menschen in Zukunft nicht mehr gebe.

# RÜNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Preußen: Berg- Im preußischen Handels-  
werke ministerium fanden Beratungen mit den beteiligten

Kreisen über eine Umformung der preußischen Staatsbergwerke statt. Die Vertreter der Arbeiter gaben ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Plan sämtliche Staatsbergwerke, also Kohlen- und Erzbergwerke, Hütten, Salinen- und Bernsteinwerke ohne Rücksicht auf fachliche Verschiedenheit und ohne Berücksichtigung ihrer geographischen Lage in eine große Aktiengesellschaft zusammenzufassen, der nicht das Eigentum an den Staatsbergwerken sondern nur deren Verwaltung und Ausbeutung übertragen werden soll. Sämtliche Aktien dieser neuen Gesellschaft sollen vom preußischen Staat übernommen werden. Die Arbeitervertreter beantragten den Reingewinn, der über eine angemessene Verzinsung hinaus und nach den erforderlichen Abschreibungen und Rücklagen verbleibt, zu einem Teil zur Bildung eines Sozialen Fonds zu verwenden. Die Mittel dieses Fonds sollen in erster Linie dazu dienen Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit der Arbeiter zu ermöglichen.

Eisenbahn-  
wesen

Die unter dem Titel Die Reichsbahn erscheinenden Schriften und Mitteilungen aus dem Reichsverkehrsministerium /Berlin, Georg Stilke/ brachten wieder eine Reihe von Beiträgen, die die Vorzüge des Staatsbetriebs gegenüber dem Privatbetrieb dartun. Der Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium Adolf

Sarter schreibt über Reichsbahn und gemischtwirtschaftliches Unternehmen. Wie er meint, müsse man vor der Verfolgung derartiger Pläne dringend warnen; allerdings sei dabei ebenso zu fordern, daß der Reichsbahn im Rahmen des Staatsbetriebes eine so unbeschränkte, von politischen und sonstigen Einflüssen freie Wirtschaftsführung ermöglicht werde, wie sie sie zur Wiedergesundung brauche. Über die Leistungsfähigkeit der Reichsbahn sagt der Ministerialrat Tecklenburg, der Apparat der Reichsbahn sei heute nicht mehr der gleiche wie früher, deshalb könne auch die Leistung nicht die gleiche sein. Andere Beiträge handeln über Reichsbahn und Erwerbslosigkeit, über Reichsbahnausgaben und Preissteigerungen, die Wasserstraßen im Herbstverkehr 1921, den elektrischen Zugbetrieb der Reichsbahn. Auch die vom Deutschen Verkehrsbund herausgegebene Schrift Hände weg von den Reichseisenbahnen! bringt nach amtlichen Quellen bearbeitetes Material gegen die Privatisierung des Eisenbahnwesens. Die Staatseisenbahnen hätten vor dem Krieg vom kautmannischen Standpunkt aus ausgezeichnet gearbeitet, also könne das staatliche Verwaltungssystem keinerlei Schuld an der Defizitwirtschaft unserer Tage tragen. Die Eisenbahnfinanzen könnten nur wieder in Ordnung gebracht werden, wenn der Valutazerrüttung und der Warenpreissteigerung ein Ende gemacht würde. Im Jahr 1921 erreichten die Einnahmen der schwedischen Privatbahnen 193,12 Millionen Kronen, die der Staatsbahnen 257,85 Millionen. Die Ausgaben für die gleiche Zeit beliefen sich bei den Privatbahnen auf 196,94, bei den Staats-

bahnen auf 250,35 Millionen. Die Privatbahnen schlossen demnach im Vorjahr mit 3,82 Millionen Verlust, die Staatsbahnen mit 7,23 Millionen Kronen Überschuß ab.

In allen Ländern werden die Eisenbahnen *elektrifiziert*, was zu einer wesentlichen Verbesserung des Verkehrswesens und schließlich zur völligen Überwindung des Privatbetriebs führen muß. Von den 53 500 Kilometer Streckenlänge der deutschen Reichsbahn ist auf 439 Kilometer elektrische Zugförderung vorhanden, auf 816 Kilometer wird sie jetzt eingerichtet. Nach Fertigstellung werden also 1 255 Kilometer, das sind 2,4 % der gesamten Streckenlänge, elektrisch befahren werden. Elektrische Hauptbahnen existieren in Österreich (134 Kilometer im Betrieb, 652 Kilometer im Bau, zusammen 486 Kilometer), in der Schweiz (543 im Betrieb, 200 im Bau, zusammen 743 Kilometer), in Schweden (398 im Betrieb, 40 im Bau, zusammen 438 Kilometer), in Italien (510 im Betrieb, 240 im Bau, zusammen 750 Kilometer), in den Vereinigten Staaten von Amerika (2 450 Kilometer im Betrieb). In Finnland wird zurzeit die Elektrifizierung eines Teils der Eisenbahnen in Erwägung gezogen. Die Kommission zur Elektrifizierung der japanischen Eisenbahnen hat ein endgültiges Programm für die Durchführung dieser Arbeiten aufgestellt und zunächst für Linien in einer Gesamtlänge von etwa 3 200 Kilometer die Elektrifizierung in Aussicht genommen.

#### Japan: Eisenbahnen

Welche bedeutenden wirtschaftlichen und finanziellen Erfolge das Staatsbahnsystem bei sachverständiger Leitung erzielen kann, lehrt unter anderm das Beispiel Japans, wo die Staatsbahnen geradezu glänzende Ergebnisse hatten, nachdem 17 der wichtigsten und wertvollsten Privatbahnen (zusammen über 4 500 Kilometer) in den Jahren 1906, 1907 und später, insbesondere in und nach dem Weltkrieg verstaatlicht waren. Freilich ist es allgemein bekannt, daß auch die deutschen Staatsbahnen vor dem Krieg glänzende Betriebsergebnisse zu verzeichnen hatten, und daß in den vom Krieg betroffenen Ländern gegenwärtig die Privatbahnen auch keine besseren Ergebnisse zeitigen als die Staatsbahnen. Das japanische Staatsbahnnetz umfaßte am 31. März 1908 4 445 englische Meilen. Dazu kam noch die gleichzeitig verstaatlichte koreanische Eisenbahn Söul-Fusan nebst der Stich-

bahn Söul-Chemulpo, rund 313 Meilen. Die noch nicht verstaatlichten Bahnen haben jetzt fast sämtlich den Charakter von Neben- und Kleinbahnen. Innerhalb des 6jährigen Zeitraums von 1914 bis 1920 hat sich das japanische Staatsbahnnetz auf 6 202 englische Meilen Betriebslänge fortentwickelt. Die Gesamtroheinnahme zeigte in dieser Zeit eine Steigerung von 112 auf rund 310 Millionen Yen, also um 197,8 Millionen oder 176,5 %, die Betriebsausgabe aber eine solche von 57,2 auf 202,8, also um 145,6 Millionen Yen, das heißt 254,4 %. Der Rohüberschuß ist dementsprechend von rund 55 auf 107, also um 52 Millionen Yen oder 94,8 % gestiegen. Unter Berücksichtigung des Zinsendienstes ergibt sich für 1919-1920 ein Reinüberschuß von rund 64,38 Millionen Yen, gegenüber 1916-1917 eine Steigerung von 26,3 Millionen Yen oder 69 %.

**Wasserkräfte** Die Wasserkräfte der *ganzen Erde* werden von dem Geologischen Dienst der Vereinigten Staaten von Amerika auf ungefähr 439 000 000 Pferdestärken geschätzt, wovon 23 000 000 oder 5,24 % heute ausgebaut sind. Von den europäischen Staaten weist Norwegen mit 5,5 Millionen Pferdestärken die stärksten Wasserkräfte auf, dann kommt Frankreich mit 4,7 Millionen, Schweden mit 4,5 Millionen, die Schweiz mit 4 Millionen, Spanien mit 4 Millionen, Italien mit 3,8 Millionen, Österreich mit 3 Millionen, Jugoslawien mit 2,8 Millionen, Rußland mit 2 Millionen, Deutschland mit 1,425 Millionen und England mit 0,585 Millionen. Prozentual sind in Deutschland am meisten Wasserkräfte ausgebaut, nämlich 43 % der verfügbaren, in England 35 %, in Italien 30 %, in Schweden 20 %.

In *Deutschland* beschäftigte sich eine Ausschußsitzung des Elbe-Oder-Kanal-Vereins vor kurzem mit einem Kanalprojekt. Es wird beabsichtigt etwa 4 Kilometer oberhalb Riesas eine Stauanlage in der Elbe zu errichten. Neben der Stauanlage soll ein Kraftwerk gebaut werden, das fast die gesamte Menge des Elbwassers ausnutzen und eine Ausbeute von über 30 Millionen Kilowattstunden jährlich liefern soll. Die Nutzbarmachung der Wasserkräfte des Rhone, ein in *Frankreich* seit langem diskutiertes Projekt, gelangt nun zur Ausführung. Eine unter Beteiligung des Staates und der Departements gebildete Gesellschaft wird mit der Durchführung der Arbeiten betraut werden.

Nach den vorliegenden Entwürfen und Kostenvoranschlägen werden die Gesamtaufwendungen 3,3 Milliarden Francs betragen. Mit dem ersten Teil der Arbeiten, der Überwindung der zahlreichen Wasserfälle im Oberlauf, will man noch im Lauf dieses Jahres beginnen. Mit diesem Werk sichert sich Frankreich gewaltige Reserven an elektrischer Kraft.

**Vereinigte Staaten:** Große Bewässerungsanlagen errichtet der Staat Washington, indem er das schon lange geplante Werk im *Columbia-distrikt* zur Ausführung bringt. Dieses Gebiet liegt im Staat Washington im Nordwesten der Vereinigten Staaten bei der canadischen Grenze und wird von dem Columbia- und dem Snakefluß bespült. Es hat eine Fläche von 800 000 Hektar und besitzt an sich fruchtbaren Boden, der aber bei der herrschenden Trockenheit mit Gestrüpp und wildem Gras überwuchert ist. Die Bewässerung dieses Gebiets ist eine der gewaltigsten Unternehmungen der Welt. Nach dem Plan des Ingenieurs Georg W. Goethals, der durch die Erbauung des Panamakanals bekannt geworden ist, wird das Wasser aus dem Schnee und den Quellen der 360 Kilometer entfernt liegenden Rocky Mountains hergenommen. Die von dort herunter kommenden Bäche und Flüsse strömen in einen 400 Quadratkilometer großen See, der durch ein gewaltiges Stauwehr in ein Sammelbecken umgewandelt wird. Von hier wird das Wasser in 8 großen Leitungen auf eine Entfernung von 60 Kilometer nach dem zu bewässernden Gebiet geleitet. Da aber diese Wassermenge nicht hinreicht, soll noch einem andern Fluß, dem 20 Kilometer entfernt liegenden Pend Oreille, jedes Jahr 7 Monate hindurch die Hälfte seines Wassers abgezapft werden und in betonierten Kanälen ebenfalls nach dem Columbia-distrikt gehen. Die Bewässerungskanäle werden eine Gesamtlänge von 16 000 Kilometer haben. Die Herstellung des ganzen Werks, das auf 250 Millionen Dollars veranschlagt ist, wird 6 Jahre währen. Die jährlichen Unterhaltungskosten erfordern 850 000 Dollars. Der Staat will die jährlichen Tilgungs- und Zinssummen durch die Pachtpreise für das durch die Bewässerung fruchtbar gemachte Land wiedererhalten.

**Kurze Chronik** Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Augsburg nahm eine Resolution an, die besagt,

daß eine Linderung der wirtschaftlichen Noterscheinungen nur durch eine organisatorische Umgestaltung unserer Wirtschaft möglich sei, die als ersten Schritt den Arbeitnehmern auch auf diesem Gebiet die gleichberechtigte Mitwirkung mit dem Kapital in den Kartellen, Konzernen, Syndikaten usw. bringt. Der Parteitag ersuchte die Reichstagsfraktion mit allem Nachdruck jede dahinzielende Forderung zu vertreten.  $\diamond$  Im Organisationsausschuß des deutschen Verkehrsministeriums wurde die Ausgestaltung und Angliederung der *Werkstätten* an den Organismus der Reichsbahn erörtert. Der Berichterstatter legte dar, daß in der Frage der Neuorganisation der Werkstätten die Bemühungen der Verwaltung um ein wirtschaftliches Arbeiten bereits sichtbare Erfolge gezeitigt hätten. Es erscheine zweckmäßig die Werkstätten in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht möglichst selbstständig zu machen.  $\diamond$  Die deutsche Postverwaltung verfügte am Schluß des Kalenderjahrs über ein Netz reichseigener *Kraftpostlinien*, das 445 Linien mit einer Gesamtlänge von 8 652,8 Kilometer umfaßte.

**Literatur** Etwas anspruchsvoll nennt Friedrich Weiß sein 96 Seiten starkes Heftchen *Sozialisierung, Wege und Ziele* /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/ ein »Lehrbuch für Arbeiterschulen«. Es bietet aber ein sehr reichhaltiges Literaturverzeichnis und kommt damit einem großen Bedürfnis entgegen.  $\diamond$  Der nahe Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die Kommunistische Partei Deutschlands betitelt Karl Bremer eine Broschüre /Hamburg, Louis Cahn-bley/, in der er den "kommunistischen" Halluzinationen bereden Ausdruck leiht. Der wirtschaftliche Zerfall Deutschlands schreite ununterbrochen weiter fort. Die Arbeiterklasse müsse einsehen, daß sie nur auf dem Weg der Räteherrschaft zum Ziel gelangen könne.  $\diamond$  Theodor Rudert will in einer »provisorisch als Manuskript gedruckten« Abhandlung *Kraftparwirtschaft* /Berlin, Zentralstelle der Neutralpartei/ ein entscheidend rationelles Volks- und Volkswirtschaftssystem aufstellen, das die raschere Erholung der Gesellschaft vom Krieg wie die realpolitische Verwirklichung der Sozialisierungs- und Weltfriedensidee bewirken soll. In Wirklichkeit handelt es sich um gänzlich unfruchtbare, nichts weniger als realpolitisch verwendbare Betrachtungen.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Berlin: Städtische Güter

Die Verwaltung der städtischen Rieselgüter hat der Stadt Berlin stets große Schwierigkeiten gemacht. Es handelt sich dabei um nicht weniger als 45 Güter, die für den Rieselgutbetrieb mit großen Kosten aptiert werden mußten, und bei deren Betriebsführung sich natürlich die landwirtschaftlichen Zwecke in stetem Konflikt mit den Bedürfnissen der Klärung der städtischen Abwässer befinden. Außerordentlich viel ist auf den städtischen Rieselgütern experimentiert worden. Man begann nach englischem Vorbild mit der sogenannten wilden Berieselung und betrieb zunächst ausschließlich Wiesen- und Gemüsebau. Bald stellte sich aber die Notwendigkeit planmäßiger landwirtschaftlicher Einrichtungen und Bearbeitung des Rieselands heraus. Man beschränkte die Zahl der Kulturen, suchte die Bewirtschaftung durch Übergang von der Spaten- zur Pflugkultur zu vereinfachen und zu verbilligen, beschränkte den Eigenbetrieb beim Gemüsebau und gab das Riesel- land an Pächter ab, die diesen aufnahmen. Schließlich trat der Anbau von Gras- und Halmfrucht in den Vordergrund. Die Ergebnisse aller dieser Versuche sind finanziell niemals glänzend gewesen. Die Rieselgüter brachten nur geringe Überschüsse über die Betriebsausgaben auf oder arbeiteten mit Defizit. An eine Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals war nicht zu denken. Diese Verhältnisse haben sich während des Krieges und nach dem Zusammenbruch noch weiter verschlechtert. Es ist seit längerer Zeit, so schreibt der Magistrat in einer Vorlage wegen der Überführung der städtischen Güterverwaltung in eine andere Rechts- und Wirtschaftsform, der Gegenstand aufmerksamer Betrachtung gewesen, daß der städtische Güterbesitz nicht in dem Maß ertragreich war wie man es hätte erwarten können und auch nicht für die städtische Bevölkerung, was die Belieferung anlangt, seine vollkommene Ausnutzung fand. Die Bewirtschaftung derartiger großer Güter, fährt die Begründung fort, bedingte schon bei den beständigen Verhältnissen der Vorkriegszeit, daß schnelle Entschlüsse gefaßt wurden, um der Marktlage gerecht werden zu können. Dies ist infolge der komplizierten städtischen Verwaltung in vielen Fällen trotz aufmerksamster Leitung von seiten der zuständigen Stellen nicht zu erreichen gewesen. Durch die Verhältnisse der

Kriegs- und Nachkriegszeit, insbesondere durch die sehr starken Preisschwankungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowohl wie andererseits der von der Landwirtschaft benötigten Materialien, mußten sich diese Verhältnisse ungeheuer verschärfen. Auch die städtischen Güter sind während des Krieges heruntergewirtschaftet worden. Eine durchgreifende Verbesserung des toten Inventars, insbesondere des Maschinenparks, ist unbedingt erforderlich. Der Aufwand wird auf mindestens 100 Millionen Mark geschätzt und muß sofort gemacht werden, wenn die Güterverwaltung wieder auf die Höhe gebracht werden soll. Nun ist aber die Finanzlage der Stadt ganz außerordentlich schlecht. Der Magistrat kann nach der Begründung die Bereitstellung dieser 100 Millionen aus städtischen Mitteln nicht verantworten; mit anderen Worten: er weiß nicht, woher er das Geld nehmen soll. In dieser finanziellen Notlage, deren Ursachen hier nicht untersucht werden sollen, ist wohl neben den bereits erwähnten Gründen vor allem der Anlaß zu sehen eine andere Wirtschaftsform zu versuchen. Wollte man die Güter nicht alle einfach verpachten, wie man das bei 5 Gütern unter einer wesentlichen Steigerung der Erträge gemacht hatte, mußte man zu einer anderen Form kommen, die die gleichen angestrebten Vorteile brachte. Die Deputation für die Güter und Forsten hat eine Gesamtverpachtung der Güter mit Stimmgleichheit abgelehnt. Da sich auch sämtliche Linksparteien gegen die Gesamtverpachtung ausgesprochen haben, hat der Magistrat nach einem andern Weg gesucht, um eine völlig freie Stellung der Güterverwaltung zu erreichen, die nötigen Geldmittel aufzubringen und doch einen genügenden Einfluß auf die Verwaltung zu behalten. Die Geldgeber fanden sich in einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung Consortia zusammen, und in Verbindung mit ihr soll die Stadt Berlin nach der Vorlage des Magistrats eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berliner Stadtgüter gründen. Gegenstand des Unternehmens ist nach dem Gründungsvertrag die Bewirtschaftung der städtischen Riesel- und anderen Güter und sämtlicher landwirtschaftlich benutzten Flächen Berlins einschließlich der bei Vertragsschluss vorhandenen Nebenbetriebe und sonstigen Anlagen und Rieselbetriebe. Ausgenommen sind 5 Güter, die bereits verpachtet sind. Das Stammkapital dieser Gesellschaft beträgt 100 000 Mark, von denen die Stadt Ber-

lin 95 000, die Consortia 5000 Mark übernimmt. Die Veräußerung oder Abtretung der Gesellschaftsanteile oder von Teilen davon an andere Personen als Gesellschafter ist nur mit Genehmigung der Gesellschaft zulässig. Nach 18 Jahren ist die Stadt berechtigt, auf Verlangen der Mitgesellschafter verpflichtet deren Anteil zum Nennwert zu nehmen. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus 20 Personen, nämlich aus 4 Magistratsmitgliedern, 8 Stadtverordneten, 2 Landwirten, die von der Stadt, und 6 Landwirten, die von der Consortia zu benennen sind. Dem Aufsichtsrat stehen alle gesetzlichen Befugnisse zu. Er wählt den Vorsitzenden. Die Erträge der Güter fließen nach § 11 des Vertragsentwurfs der Stadt Berlin unmittelbar zu. Diese Gesellschaft stellt also eine Betriebsgesellschaft dar, die von der Stadt Berlin und der Consortia gemeinsam gegründet wird. Sie führt aber den Betrieb nicht selbst sondern überträgt durch einen Bewirtschaftungsvertrag die Bewirtschaftung auf 18 Jahre der Consortia. Während also bei den meisten gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen das Eigentum an den früher städtischen oder an den neu zu errichtenden Betrieben in die Hände der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung übergeht, und diese nun in der Regel auch den Betrieb selbst führt, bleibt nach dem Vorschlag des Berliner Magistrats das Eigentum an den Gütern in den Händen der Stadt Berlin und es wird zu ihrer Bewirtschaftung ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen gegründet, das allerdings die Bewirtschaftung nicht selbst führt sondern einer privaten Gesellschaft überträgt. Die Consortia soll nun die Bewirtschaftung nach den Beschlüssen einer Arbeitsgemeinschaft führen. Diese besteht aus 7 Vertretern der Stadt Berlin und der Gesellschaft Berliner Stadtgüter und 6 Landwirten, die die Consortia benennt. Die erstgenannten sind der Dezentern der städtischen Güter, der Dezernent der städtischen Entwässerung, je ein Vertreter des Stadtsyndikus und des Stadtkämmerers, sowie der Geschäftsführer der Stadtgütergesellschaft nebst 2 Landwirten aus ihrem Aufsichtsrat, die vom Magistrat benannt werden. Die Arbeitsgemeinschaft beschließt mit Stimmenmehrheit. In rein landwirtschaftlichen Fragen dürfen die 6 Landwirte der Consortia nicht überstimmt werden. Die Stadt hat also sowohl in der Gesellschaft Berliner Stadtgüter wie in der Arbeitsgemeinschaft den entscheidenden Einfluß.

Besonders wichtig sind nun die Sicherstellung des Güterbesitzes gegen Raubbau und die Bemessung des Ertrags aus dem Bewirtschaftungsvertrag. Die Bewirtschaftung muß nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Landwirtschaft erfolgen, die Gebäude müssen in gutem Zustand erhalten werden. Der Rieselbetrieb erfolgt nach den technischen Vorschriften der Stadt Berlin. Die meliorationsfähigen Flächen sind in Kultur zu nehmen. Das lebende Inventar darf nach Zahl, Güte und Gewicht nicht vermindert werden. Das tote Inventar muß auf der Höhe der Zeit gehalten werden und darf gegenüber den Beständen beim Vertragsbeginn nicht vermindert werden. Feldinventar, Feldbestellung und Naturalvorräte müssen bei Ablauf des Vertrags in gleichem Umfang wie bei Beginn vorhanden sein.

Die Consortia übernimmt nun für den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Reihe von Verpflichtungen, die die Versorgung des Berliner Markts sicherstellen sollen. Sie verpflichtet sich die gesamten landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Güter auf den Berliner Markt zu bringen. Sie ist gehalten mindestens 600 000 Zentner Speisekartoffeln zu Marktpreisen auf Abruf der Stadt zu liefern. Ferner hat die Consortia das gesamte Brotgetreide der von der Gesellschaft bewirtschafteten Ländereien dem Berliner Markt zuzuführen, sowie die städtischen Anstalten mindestens in dem Umfang zu versorgen, wie das bisher von den Gütern geschah.

Nun die finanziellen Leistungen der Consortia. Sie gibt auf die Dauer von 18 Jahren der Stadt Berlin ein Darlehen von 600 Millionen Mark, das mit 5 % zu verzinsen ist. Die Verwendung dieser 600 Millionen ist wie folgt geregelt: 500 Millionen sollen zur Abstoßung schwebender Schulden dienen, sie sind jährlich mit 2 % zuzüglich der ersparten Zinsen zu tilgen. 100 Millionen werden, wie schon erwähnt, zu Neuaufwendungen für die Verbesserung der städtischen Güter verwandt. Soweit diese 100 Millionen am Schluß des 1. Vertragsjahrs noch nicht aufgebraucht sind, ermäßigt sich der Zinssatz dafür bis zur Verwendung auf  $3\frac{1}{2}$  %. Sie werden jährlich mit mindestens  $3\frac{1}{4}$  % zuzüglich der ersparten Zinsen getilgt. Die Verzinsung und Tilgung dieser 100 Millionen geschieht nun aus den Erträgen der Güter, und zwar, nachdem an die Stadtgütergesellschaft ein Ertrag im Werte von 60 000 Zentner Roggen abgeführt worden ist. Dieser Garantiebetrag

ist also auf alle Fälle zu zahlen. Dann folgt die Verzinsung und Tilgung der 100 Millionen, und was darüber hinausgeht, wird in der Weise zwischen Stadt und Consortia geteilt, daß die Stadt von einem Ertrag über  $83\frac{1}{3}$  bis  $116\frac{2}{3}$  Tausend Zentner Roggen 40 %, über  $116\frac{2}{3}$  bis  $166\frac{2}{3}$  Tausend 35 % erhält; im übrigen verbleibt der Reinertrag der Consortia. Die genannten Roggenmengen sind der Stadt bar zu bezahlen. Die Umrechnung geschieht nach den Höchstpreisnotierungen der Berliner Börse. Bei einem Ertrag von 90 Millionen Mark würde also die Gewinnverteilung in der Weise erfolgen, daß der Stadt zunächst 35 Millionen zufallen, dann  $8\frac{3}{4}$  Millionen für die Verzinsung und Tilgung der 100 Millionen gebraucht werden, dann die Consortia  $6\frac{1}{4}$  Millionen bezieht, schließlich die Stadt 8 und 7, die Consortia 12 und 13 Millionen erhält. Um die durch den Vertrag übernommene Produktionssteigerung möglich zu machen, überläßt die Stadt Berlin der Consortia auf Verlangen den in den städtischen Werken erzeugten Stickstoffdünger zu den jeweils von dem Syndikat der Stadt Berlin gezahlten Preis. Außerdem stellt die Stadtgütergesellschaft der Consortia die erforderlichen Bureau-räume.

Der Vertrag ist in erster Linie ein Kind der Finanznot der Stadt Berlin. Ohne diese hätte man wohl kaum daran gedacht die gesamten Güter einer privaten Gesellschaft zur Bewirtschaftung zu überlassen. Ein Darlehen aber von 600 Millionen Mark, von dem immerhin 500 Millionen zur Tilgung der schwebenden Schuld zur Verfügung stehen, mußte bei der Entscheidung außerordentlich schwer ins Gewicht fallen. Es sind nicht so sehr die städtischen Güter, die notleidend sind, als vielmehr die städtischen Straßenbahnen. Die für ihre Retablierung erforderlichen Millionen konnte aber die Stadt bisher nicht aufbringen. Hier bot sich also ein Weg in den Besitz größerer Geldmittel zu kommen, den der Magistrat um so lieber betrat, als ihm der Weg der Anleihe versperrt war.

**Alkoholismus** Durch die wachsende Zunahme des Alkoholismus seit der Beendigung des Krieges und die Untätigkeit der Regierungen ihr gegenüber wird die Aufmerksamkeit auf diese für das Schicksal unseres Volkes so wichtige Erscheinung gelenkt. Zur rechten Zeit kommt eine kleine Schrift F. Goesch's Das Gemeindebestimmungsrecht ein Volksrecht zur

Abwehr des Alkoholismus /Hamburg, Neulandverlag/. Der Verfasser versteht unter dem Gemeindebestimmungsrecht das Recht durch eine Abstimmung aller wahlberechtigten Männer und Frauen darüber zu entscheiden, ob der Alkoholvertrieb im Bereich einer Gemeinde gestattet sein soll und, wenn diese Frage bejaht wird, in welcher Form und in welchem Umfang das der Fall sein soll. Das Gemeindebestimmungsrecht geht also über das Recht der Gemeinde zu einem Verbot insofern hinaus, als es dieses in sich mit enthält. Es werden ferner in der Schrift die Erfahrungen behandelt, die in den Vereinigten Staaten und neuerdings auch in Schottland mit dem Gemeindebestimmungsrecht gemacht worden sind. Besonders interessant sind die Mitteilungen über das schottische Temperenzgesetz von 1913, dessen hierher gehörige Vorschriften am 1. Juni 1920 in Kraft getreten sind. Überall hat sich das Gemeindebestimmungsrecht als die erfolgreichste Methode erwiesen die Zahl der Alkoholvertriebsstellen zu verringern und den Boden für durchgreifendere Maßnahmen der Gesetzgebung zu bereiten. Zum Schluß behandelt der Verfasser noch den von der Reichsregierung ausgearbeiteten Gesetzentwurf gegen die Trunksucht, der durch eine Indiskretion der Alkoholinteressenten an die Öffentlichkeit gekommen ist. Ohne daß der Verfasser ein Urteil über diesen Entwurf ausspricht, weist er nach, daß eine wesentliche Verbesserung durch die Aufnahme des Gemeindebestimmungsrechts erreicht werden könnte. Dessen Einführung bezeichnet er daher als eine der dringendsten Aufgaben jeder Bekämpfung des Alkoholverbrauchs. Durch solche Abstimmung werde die Gleichgültigkeit und Trägheit der breiten Volksmassen gegenüber der Alkoholpest überwunden und der organisierte Widerstand der Alkoholinteressenten an den verschiedensten Stellen gebrochen werden. Die kleine Schrift sollte in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft gelesen werden.

**Kurze Chronik** Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Einführung der *Arbeitslosenversicherung* vorgelegt. Auf diese wichtige Vorlage wird in dieser Rundschau noch zurückzukommen sein. ◊ Der *preussische* Landtag hat ein Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und zur Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit beschlossen. Nach § 1 bestimmt der

Provinzialausschuß nach Anhörung der amtlichen Vertretungen von Industrie und Landwirtschaft und der Gemeinden und Kreise, welche Baumbestände und Grünflächen in Großstädten oder in der Nähe von Großstädten, in der Nähe von Bade- oder Kurorten oder in Industriegebieten aus Rücksicht auf die Volksgesundheit oder als Erholungsstätten der Bevölkerung zu erhalten sind, und welche Uferwege an See- und Wasserläufen neben den bestehenden öffentlichen Wegen dem Fußgängerverkehr zwecks Förderung des Wanderns dienen sollen.

#### Literatur

In seiner als Doktordissertation für die Kölner Universität verfaßten Schrift *Wohnungspflege* /Stuttgart, Ferdinand Enke/ will *Kuno Bergerhoff* die Bedeutung der Wohnungspflege im Rahmen der gesamten der Verbesserung des Wohnungswesens dienenden Maßregeln sowie im Rahmen der Wohlfahrtspflege darstellen. Der eigentlichen Behandlung des Themas geht eine umfangreiche, fast ein Drittel der Arbeit in Anspruch nehmende Darstellung der Wohnmängel voraus, die trotz dem großen Umfang doch unvollständig bleiben mußte. Es folgen dann Abschnitte über die gesetzlichen Grundlagen der Wohnungspflege, ihre Stellung im Wohnungsamt, in der Wohlfahrtspflege und schließlich die Darstellung der Wohnungspflege in der Praxis. In der Beurteilung des Verhältnisses von Wohnungspflege zu Wohnungsaufsicht sowie ihrer Bedeutung für das Wohnungswesen ist der Verfasser durch ihre Überschätzung als eines Mittels für die Besserung des Wohnungswesens der arbeitenden Klassen irregeleitet worden. Immerhin orientiert das reichlich breitgeschriebene Buch über die bei der Wohnungspflege sich ergebenden Fragen zulänglich und verständlich. ◊ Ein von der Deutschen Auslandsarbeitsgemeinschaft herausgegebener *Führer durch Hamburg* (Hamburg in seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung /Hamburg, L. Friedrichsen/) soll dem Zweck dienen speziell den Verkehr mit dem Auslandsdeutschum zu beleben und die darauf gerichteten Bestrebungen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. In 3 großen Abschnitten werden Staat und Stadt nach ihrer politischen, baulichen und gesundheitlichen Entwicklung, Handel, Industrie und Schifffahrt dargestellt. Das Buch ist eine geschickt zusammengestellte Propagandaschrift, die manches Wesentliche und Beachtenswerte, auch allgemein Interessierende enthält.

## WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Relativitätstheorie

Bei der philosophischen Untersuchung der Relativitätstheorie handelt es sich darum die begriffliche Struktur und die letzten Voraussetzungen, auf denen die Theorie ruht, herauszuarbeiten und sie mit dem Ganzen wissenschaftlicher Erkenntnis in Zusammenhang zu bringen. Für die philosophische Diskussion besteht nun die sehr große Schwierigkeit, daß über den Tatbestand der physikalischen Lehre keine Unklarheit bestehen darf, was angesichts der sehr subtilen Begriffsmittel, die hier zur Verwendung gelangen, nicht leicht zu erfüllen ist. Es sind daher besonders die Arbeiten von Autoren begrüßenswert, die auf dem Grenzgebiet zwischen Physik und Philosophie stehen, wie Petzoldt, Reichenbach, Bollert, Cassirer und vor allem Einstein selbst, um nur einige zu nennen. Im folgenden soll über die Diskussion einiger Probleme berichtet werden, die sich aus der Relativitätstheorie ergeben. Eine häufig behandelte Frage ist die, welcher Wert der wissenschaftlichen Erkenntnis nach der Relativitätstheorie zukomme. In populären Diskussionen hört man oft die Meinung aussprechen, nach der Relativitätstheorie sei alle Wahrheit "relativ", das heißt vom erkennenden Subjekt abhängig, und wieviel Köpfe, so viel Wahrheiten. Die Physik machte danach in ihrem derzeit bedeutendsten Gedankengebäude physikalische Erkenntnis zum Erlebnis. Vertreten wird dieser Standpunkt von dem Führer des relativistischen Positivismus, *Joseph Petzoldt*, in mehreren Schriften, zuletzt in der Abhandlung *Die Stellung der Relativitätstheorie in der geistigen Entwicklung der Menschheit* /Dresden, Sibyllenverlag/. Hierin wird eine Darstellung der Relativitätstheorie gegeben, in der diese als krönender Abschluß der bisherigen Entwicklung der Philosophiegeschichte erscheint, wie sie Petzoldt auffaßt. Der positivistische Standpunkt des Protagoras, wie er sich immer deutlicher durch Locke, Berkeley, Hume bis schließlich in Mach herausgebildet hat, sei die erkenntnistheoretische Grundanschauung der Relativitätstheorie. Mit großem Geschick wird in eindringlicher Darstellung, hauptsächlich mit sinnesphysiologischer Begründung, gezeigt, wie sich wahre Erkenntnis einzig auf Wahrnehmung gründe, welche Rolle in der Wahrnehmung die äußeren und inneren (psychologischen) Begleitumstände spielen. Ein Ge-

genstand ist das, als was er in der Wahrnehmung erfaßt wird; eine Veränderung der Wahrnehmung bedeutet einen andern Gegenstand. Danach kann die Wissenschaft nur die Aufgabe haben den Inhalt der Wahrnehmungen so genau wie möglich zu beschreiben; wozu auch gehört, daß angegeben werde, mit welchen anderen Wahrnehmungsinhalten die gegebenen immer auftreten. Feststellung von Naturgesetzen heißt hier die genaue Angabe, welche »Empfindungen« im Machschen Sinn immer mit anderen verbunden auftreten. »Die Bestimmtheit des Naturgeschehens besteht darin, daß sich Koinzidenzen paarweise einander eindeutig zuordnen lassen.« Daraus folgt aber weiter, daß jede Feststellung einer Bewegung nur in Beziehung auf einen andern Körper erfolgen kann, und daß je nach dem Beobachtungsort der Charakter der beobachteten Bewegung ein anderer ist. Wir müssen also sagen: Für den einen Beobachter steht der Eisenbahnzug still, der sich für einen andern Beobachter bewegt; niemals aber kann man davon sprechen, was der Bewegungszustand des Zuges an sich, das heißt unabhängig von einem Beobachter ist. Neben dieser kinematischen Relativität, die schon Leibniz bekannt war, gibt es bei Mach (und dies ist seine eigentliche Leistung) auch eine dynamische Relativität, wonach das Auftreten der Trägheitskräfte an das Vorhandensein anderer Körper gebunden ist. Damit sind die historischen Voraussetzungen für die Relativitätstheorie gegeben, die Petzoldt so in engsten Zusammenhang mit dem Positivismus bringt. Denn in der Verschiedenheit der Bezugssysteme liegen ganz verschiedene Wahrheiten begründet.

Es fragt sich, wie weit diese Theorie wirklich vom Positivismus her zu verstehen ist. Einstein selbst bekennt an verschiedenen Stellen, in wie hohem Maß er von Mach abhängt. Und in der Tat, wenn Einstein bei der Aufstellung der allgemeinen Theorie von dem Gedanken ausging, daß nur Koinzidenzen realer Dinge beobachtbar sind, und nun in den Koinzidenzen das Invariante sieht, während einzig die Maßbeziehungen relativiert werden, so ist hier die Abhängigkeit vom Machschen Positivismus deutlich, und man kann Petzoldt so weit zustimmen, der mit seiner Zurückführung der Relativitätstheorie auf den Positivismus ein wesentliches Element an ihr herausgehoben hat. Und wenn man erfährt, daß Petzoldt die Aufgabe der Wissenschaft dahin beschränkt eine eindeu-

tig funktionale Zuordnung aller Geschehnisse herzustellen, so findet man auch hier eine Übereinstimmung mit Einstein. Aber mit diesem positivistischen Gedankengängen in der Relativitätstheorie ist ihr Eigentliches gar nicht bezeichnet, und gerade wenn man darauf blickt, wird die Abweichung vom Positivismus fundamental. Nach dem Positivismus nämlich ist das Beobachtbare "wirklich", so daß sich die Folgerung ergab: Es gibt für verschiedene Standpunkte verschiedene Wirklichkeiten. Dies bedeutet aber einen theoretischen Relativismus, der sich daher erklärt, daß das Subjekt der Erkenntnis von Protagoras bis Petzoldt irrigerweise das psychophysische Subjekt ist, weshalb denn auch alle diese Positivisten ihre Lehre sinnesphysiologisch begründen. Gerade das Gegenteil aber einer relativistischen Einstellung ist die Tendenz der Relativitätstheorie. Die Relativität der Maßbeziehungen ist nicht eine Relativierung der Wahrheit. Gewiß, die Raum- und Zeitbestimmungen sind in jedem System anders. Aber die Bedeutung der Relativitätstheorie liegt ja gerade darin durch die Transformationsformeln zwischen den einzelnen Systemen einen eindeutigen Zusammenhang aufzuweisen. Wenn die Relativitätstheorie lehrt, daß alle Systeme einander gleichwertig sind, es also kein vor den anderen ausgezeichnetes gibt, dann ist die Verschiedenheit in verschiedenen Voraussetzungen des Messens begründet, die durchaus nicht von der Subjektivität des Beobachters abhängen sondern in der Unbestimmtheit, die im Begriff des Messens liegt, begründet sind. Durch die Transformationsformeln wird zwischen den einzelnen Messungen ein Zusammenhang hergestellt, derart, daß man mit diesen Formeln von den Beobachtungsdaten eines Systems die der anderen Systeme berechnen kann. Das heißt aber, nicht die einzelne Messung ist die Wahrheit, sondern die Messungen aller Bezugssysteme sind es. Der Satz von der Konstanz der Lichtgeschwindigkeit, das grundlegende Beispiel, besagt nicht nur, daß bei Messung mit starren Maßstäben und Uhren sich die Größe 300 000 Kilometer ergibt, sondern daß auch bei Messungen im bewegten System dieser Wert festgestellt wird, so daß dieser Satz nur bei Messung in allen Systemen seine volle Bedeutung erhält. Es ist gerade der Sinn der invarianten Gleichungen das Gesetz von den Bedingungen des Messens zu befreien. Man kann demnach sagen: Die Relativitätstheorie begründet, indem sie

die Kovarianz aller Systeme behauptet, die objektive, das heißt für jedes System geltende Bedeutung des Gesetzes. So betrachtet, hat Petzoldt die logische Struktur und den eigentlichen Sinn der Relativitätstheorie nicht erfaßt. Petzoldt und Einstein finden sich eigentlich in der Ablehnung eines empiristischen Realismus, der die Welt als wirklich und an sich so seiend nimmt, wie sie gegeben ist. Dem Realismus gegenüber, der darum so wissenschaftsfeindlich ist, weil er den Zusammenschluß zum System hindert, mußte Einstein Mach als eine Befreiung von Begriffen empfinden, die außerphysikalischer Herkunft und Struktur sind. Indem nach Einstein nur Koinzidenzen beobachtbar sind, wird die Physik zum Rang höchster Exaktheit erhoben und vom Druck der Vorstellung eines gar nicht exakt erfassbaren Realen befreit. Deshalb ist aber Einsteins Lehre dem Sinn nach immer noch nicht positivistisch. »Das Relativitätsprinzip der Physik«, sagt darum Cassirer, »hat mit dem des relativistischen Positivismus, mit welchem man es verglichen hat, kaum etwas anderes als den Namen gemein. Wenn man in ihm eine . . . Bestätigung des Protagoräischen Satzes, daß der Mensch das Maß aller Dinge sei, gesehen hat, so hat man darin gerade seine entscheidende Leistung verkannt.« Die Relativitätstheorie in die Entwicklung der physikalischen Begriffsbildung hineinzustellen und vom Wesen und Sinn dieser her zu verstehen ist das Ziel Ernst Cassirers in seiner höchst bedeutenden Studie Zur Einsteinschen Relativitätstheorie /Berlin, Bruno Cassirer/. Cassirer sucht zu zeigen, wie die Relativitätstheorie ihrem Gegenstands- wie ihrem Naturbegriff nach in der Form des physikalischen Denkens selbst begründet ist, und wie diese Form hier zur vorläufig letzten Klarheit erhoben ist. Das System der theoretischen Physik geht seit Galiläi immer mehr darauf aus die anthropomorphen Elemente zu eliminieren. Dies geschieht durch die Begriffe Raum, Zeit, Zahl, Größe. Für die Physik ist, nach Planck, real das, was meßbar ist. So wird das Sein und Geschehen in ein reines Gefüge von Zahlen aufgelöst. In der Relativitätstheorie ist diese Tendenz auf den schärfsten Ausdruck gebracht. Erklärung im physikalischen Sinn besteht also darin jedem Punkt des raumzeitlichen Kontinuums 4 Zahlen zuzuordnen, die gegen einander keinerlei innere Unterschiede mehr aufweisen, so daß alle Verschiedenheiten der räumlichen und der zeitlichen

Auffassung ebensowenig in die physikalische Begriffsbestimmung eingehen wie die subjektiven Lichtempfindungen. So ist »alle sinnliche und anschauliche Ungleichartigkeit in reine Gleichartigkeit aufgegangen«. Diese Zurückführung der Relativitätstheorie auf den besondern Erkenntnisinn der Physik gestattet auch präzise anzugeben, was die Umformung des Raum- und des Zeitbegriffs in der modernsten Physik für die allgemeine Erkenntnistheorie bedeutet. Vielfach hört und liest man, die Relativitätstheorie habe eine vollkommene Revolution in der Erkenntnistheorie herbeigeführt. Nun sollte man die Bäume seiner Bewunderung nicht allzu rasch in den Himmel wachsen lassen, auch vor der Relativitätstheorie nicht. Denn sie ist, das darf nicht vergessen werden, eine *physikalische* Theorie, weshalb sie dem philosophischen Raum-Zeit-Problem, das außerhalb der Physik sich bemerkbar macht, nicht gerecht werden kann. Der Tast- und der Sehraum sind anisotrop und inhomogen. Die durch die Relativitätstheorie aufgerollte Frage nach der Struktur des Raums kann sich nur auf den physikalischen Raum beziehen. Es ist das besondere Verdienst Cassirers mit feinsten Analyse herausgestellt zu haben, daß die Relativitätstheorie der allgemeinen Prinzipienlehre der Physik Unschätzbare leistet, daß sie aber nicht den Anspruch erheben kann die philosophische Aufgabe am Raum- und Zeitproblem zu lösen, die etwa in der Frage nach der Apriorität von Raum und Zeit vorliegt.

Kant hatte mit seiner Lehre von der reinen Anschauung a priori die Newton-Eulersche Lehre von der absoluten Zeit und dem absoluten Raum verbunden. Man könne, meint Cassirer, dieses Lehrstück aufgeben, ohne die transzendente Methode fallen zu lassen. Er trennt die Metrik von der reinen Anschauung, die bei Kant durch die historische Situation verbunden gewesen sind. Reine Anschauung sei einfach das allgemeine Gesetz des Nebeneinander, wobei es offen bleibe, nach welchen Maßverhältnissen dieses Gesetz erfüllt wird, so daß auch mehrdimensionale und Riemannsche Räume noch darunter fallen. Faßt man die reine Anschauung in dieser Weite, dann besteht kein Widerspruch zur Relativitätstheorie mit ihrer Bejahung der nicht-euklidischen Geometrie und ihrer Forderung nach Gleichwertigkeit aller Maßbestimmungen. Cassirer geht aber in dem Aufweis der innern Übereinstimmung zwischen Relativitätstheorie und

transzendentalen Idealismus noch weiter. Denn nach Kant ebenso wie nach Einstein kommt dem Raum und der Zeit keine physikalische Realität zu, sondern sie sind lediglich Strukturgesetze naturwissenschaftlicher Erkenntnis, wodurch sich wiederum die Möglichkeit ergibt der reinen Anschauung alle Metrik zu nehmen und in Hinsicht der physikalischen Erfahrung sogar einen Vorzug der nicht-euklidischen Geometrie zu behaupten. »Der reine euklidische Raum steht . . . den prinzipiellen Anforderungen, die die empirisch physikalische Erkenntnis stellt, nicht näher sondern ferner als die nicht-euklidischen Mannigfaltigkeiten. Denn er ist, gerade weil er die logisch einfachste Form der räumlichen Setzung darstellt, der inhaltlichen Komplexion, der materialen Beschaffenheit des Empirischen nicht voll gewachsen.« Es ist eine wichtige Frage, ob nicht doch der euklidische Raum ein logisches Prius gegenüber den anderen Raumformen ist. Doch soll das in diesem Bericht nicht untersucht werden.

Die Übereinstimmung der Relativitätstheorie mit dem transzendentalen Idealismus wird von *Hans Reichenbach* (Relativitätstheorie und Erkenntnis a priori /Berlin, Julius Springer/) bestritten. Nach der speziellen Relativitätstheorie gibt es eine Reihe von apriorischen Prinzipien, wie das der Relativität gleichförmig bewegter Koordinaten, der irreversiblen Kausalität, der absoluten Zeit und anderer, die mit der Erfahrung gemeinsam unvereinbar sind. So ist das Prinzip der Relativität aller Koordinatensysteme und das Prinzip der Nahwirkung unvereinbar mit der Annahme einer absoluten Zeit, wenn es physikalisch unendliche Geschwindigkeiten gibt. Gerade dies aber widerspricht der Erfahrung, die die Lichtgeschwindigkeit als Höchstgeschwindigkeit feststellt. Ebenso hat die allgemeine Relativitätstheorie eine Reihe von Prinzipien als zusammen unvereinbar mit der Erfahrung nachgewiesen. Die Herausarbeitung und Analyse der Prinzipien ist eine sehr verdienstvolle Arbeit, die in die wissenschaftstheoretische und methodologische Struktur der Relativitätstheorie einen tiefen Einblick gestattet. Gegenüber der Feststellung Kants, daß die apriorischen Prinzipien von jeder Erfahrung unabhängig gelten, das heißt, daß die Vernunft nicht durch Erfahrungen geändert wird, behauptet Reichenbach ihre Abhängigkeit von der Erfahrung und weiterhin, daß diese Prinzipien mit der Erfahrung in Widerspruch treten können.

Damit ist die Sicherheit der transzendentalen Methode unterhöhlt. Wenn zum Beispiel Kant den Raum als euklidisch bezeichnet, und die Relativitätstheorie auf Grund der experimentellen Erfahrung zu dem Schluß kommt, »daß die euklidische Geometrie für die Physik nicht verwandt werden darf«, so ist nach Reichenbach hier der Widerspruch deutlich. Gegen diese Position jedoch läßt sich sagen, daß die der Erfahrung widerstrebenden Prinzipien gar nicht konstitutiv im transzendentalen Sinn sind sondern methodologische Prinzipien. Von ihnen gilt, was Reichenbach zu allgemein formuliert: daß nämlich die Wahrnehmungen von ihnen unabhängig sind, und sie sich durch das ausgeführte System der Erkenntnis als widerspruchsfrei ausweisen. Die transzendentalen Kategorien dagegen können gar nicht der Wahrnehmung gegenübergestellt werden, da diese, insofern sie Erkenntnis ist, von diesen durchzogen wird. Ein anderes Problem, das durch die Relativitätstheorie in ein neues Stadium der Diskussion getreten ist, ist das Verhältnis von Mathematik und Physik. In einer kleinen Abhandlung *Geometrie und Erfahrung* /Berlin, Julius Springer/ bekennt *Albert Einstein*, daß eine bestimmte Auffassung dieses Verhältnisses ihn überhaupt in stand setzte die Relativitätstheorie aufzustellen. Für diesen Zusammenhang ist die Frage besonders wichtig, wie die Geometrie auf Gegenstände der Wirklichkeit Anwendung finden könne. Einstein meint: »Insofern sich die Sätze der Mathematik auf die Wirklichkeit beziehen, sind sie nicht sicher, und insofern sie sicher sind, beziehen sie sich nicht auf die Wirklichkeit.« Die reine Mathematik, die sich nicht auf die Wirklichkeit bezieht, baut sich auf Axiomen auf, die Schlick als »implizite Definitionen« auffaßt. Ihre Gültigkeit sei rein formal. Daneben aber gebe es eine praktische, das heißt auf die Wirklichkeit angewandte Mathematik. Dazu müsse die axiomatische Geometrie ihres rein formalen Charakters durch ein Zuordnungsverfahren entkleidet werden. Dies geschehe durch den Satz: »Feste Körper verhalten sich bezüglich ihrer Lageungsmöglichkeiten wie Körper der euklidischen Geometrie von 3 Dimensionen.« Dieser Satz ist empirischer Art, und damit sind alle auf ihn sich gründenden Sätze empirisch und induktiv gewonnen. Es ist also danach auch eine empirische Frage, ob die Welt euklidisch oder nichteuklidisch ist, und nicht eine Frage

bloßer nach Zweckmäßigkeitsgründen zu wählender Konvention, womit sich Einstein gegen Henri Poincaré wendet. Auf diese Weise wird nach Einstein die Physik gegen die Mathematik selbständig und kann nun unter den verschiedenen Raummöglichkeiten wählen.

**Metaphysik** Von *Raphael Seligmann* werden unter dem Titel *Mensch und Welt* /Berlin,

Weltverlag/ metaphysische Studien vorgelegt, die auf weitgehende Beachtung Anspruch erheben können. Der Ausgangspunkt der Untersuchung ist ein seltsames Erlebnis: das der Einsamkeit. Von einer feinsinnigen Untersuchung dieses Erlebnisses immer weiter zurückgehend auf die Gründe, wird allmählich ein weitgespanntes Gedankengebäude aufgeführt, das vielfach ganz originelle Züge trägt. Die metaphysische Sinndeutung ist immer mit großer Kraft des Denkens durchgeführt. Es möge als für den wahrhaft metaphysischen Sinn des Verfassers charakteristisch hervorgehoben werden, daß er dem Tod ein besonderes Kapitel widmet, einem Problem, dem sonst die Philosophen gern auszuweichen pflegen. Dieser metaphysische Sinn weiß alles fragwürdig erscheinen zu lassen und alles in innere Beziehung zu einander zu bringen, ohne den Dingen irgendwelche Gewalt anzutun.

Eine andere metaphysische Untersuchung: Die Welt im Blickpunkt von *Hugo Wolfgang Philipp* /Berlin, Spitzbogenverlag/ hat zwar nicht die Kraft auch das einzelste in Sinnzusammenhänge einzugliedern und dabei doch die engste Verbindung mit der Erfahrung aufrechtzuhalten, doch ist dies Werk farbig und auch von großer Inbrunst des Erlebens. Auch dieses Buch zeigt, daß das metaphysische Denken der Gegenwart die uralten Probleme mit neuen Mitteln behandeln will.

Unter dem Titel *Die dämonische Zeit* veröffentlicht *August Vetter* Untersuchungen über Raum, Zeit und Kausalität /Jena, Diederichs/. Von der Voraussetzung des Bergsonschen Zeitbegriffs ausgehend kommt er zu der These, daß zwischen Raum und Zeit, als dem »Gewesensein« und dem »Nochnichtsein« eine absolute Relation bestehe, die die Grundlage der Kausalität sei. Ist hierbei schon die Charakteristik von Raum und Zeit ungenügend, weil sie den ungemein tiefliegenden Problemen des mathematischen Raums zum Beispiel in keiner Weise gerecht werden kann, so ist die Begründung der Kausalität auf die Raum-Zeit-

Relation direkt verfehlt. Wäre dem Verfasser die Literatur über den Problemkomplex bekannt, so hätte die Schrift, die im übrigen manch guten Gedanken birgt, viel an Methode und Schärfe der Begriffsbildung gewonnen.

**Sozialphilosophie** Eine erkenntnistheoretische Studie nennt *Walter Israel* eine kleine Arbeit zur wissenschaftlichen Fortbildung des Sozialismus /Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung/. Es ist eine transzendentalphilosophische Frage, die zugrunde liegt: Wie ist Sozialismus als die Idee der sittlichen Gemeinschaft wissenschaftlich möglich? Die Bedingung der Möglichkeit sieht Israel in der Beziehung auf das geschichtliche Leben, in der Weise, daß die auf Erkenntnis der sittlichen Wirklichkeit gehende Erfahrung die Idee des Sozialismus an dieses geschichtliche Leben heranbringt. Bemerkenswert ist die Art, wie Teleologie und Dynamik in der Entwicklung in eine Verbindung gebracht werden. Fichte und der demokratische Gedanke /Freiburg, Julius Boltze/ betitelt sich eine sehr zeitgemäße Darstellung von *Gerhard Leibholz*, in der in gründlicher historischer Untersuchung gezeigt wird, daß Fichtes Staatsideal das der sozialen Demokratie ist, also der Staatsform, die allein dem Menschen als einem freien vernünftigen Wesen angemessen ist. Diese ethische Begründung des demokratischen Gedankens erhebt diesen über den Notstand des politisch Notwendigen. Indem der Verfasser in der neuen deutschen Reichsverfassung die Gedanken Fichtes im wesentlichen verwirklicht findet, kann er Fichte als den Staatsphilosophen des heutigen Deutschlands ansprechen.

**Totenliste** In Breslau verschied im Januar der ehemalige Ordinarius an der Universität

*Jakob Rosanes* in seinem 80. Lebensjahr. Seine bedeutenden Leistungen lagen auf dem Gebiet der Algebra und dem der Geometrie.

Anfang Februar starb der Ordinarius der Mathematik an der Universität Gießen *Hermann Graßmann* in seinem 65. Lebensjahr. Er schrieb über die Anwendung der Ausdehnungslehre, über Punktrechnung und projektive Geometrie, die Bewertung der Streckenrechnung in der Kreiselltheorie usw. Er beteiligte sich auch an der Herausgabe der Schriften seines Vaters, des Begründers der Ausdehnungslehre.

In Basel starb im April der Ordinarius der Philosophie *Otto Braun*, erst 37 Jahre alt. Er hat sich in mehreren Arbeiten vor allem mit Schelling und Schleiermacher beschäftigt, auch einige Werke Schellings neu herausgegeben. Er vereinigte in sich den ästhetischen Pantheismus Schellings mit der Denkweise Euckens, dessen Schüler er war. Von denen, die ihn kannten, wurde er allgemein als liebenswürdige Persönlichkeit geschätzt.

Der ehemalige Ordinarius für Philosophie in Königsberg *Julius Walter* ist im Juli im Alter von 82 Jahren in Münster in Westfalen gestorben. Sein Hauptwerk war die Geschichte der Ästhetik im Altertum.

Der bedeutende jüdische Philosoph und Kritiker *Schajé Hurwitz* ist Anfang August in Berlin gestorben. In einer tief-schürfenden Arbeit Zur Frage der Existenz des Judentums hatte er die allgemein philosophischen und speziell ethischen Voraussetzungen einer geistigen Wiederannäherung des Judentums und des Christentums an einander behandelt. Diese Untersuchung erregte gewaltiges Aufsehen und rief eine eifrige und erregte Diskussion hervor. Hurwitz war, wie er in seiner Polemik gegen Achad Haam ausführte, der Überzeugung, daß das Judentum alle jüdischen Schöpfungen zu bejahen hätte, damit also auch das Urchristentum. Er war ein Feind jeder dogmatischen Einschnürung des Denkens. Von seinen anderen geschichts- und religionsphilosophischen Arbeiten ist namentlich eine Studie über Jéhuda Halevi zu nennen. Er hat auch eine gemeinverständliche Ausgabe der Ethik (Herzensepflichten) des Bachja ibn Pakuda veranstaltet. Zuletzt arbeitete er an einer Generalenzyklopädie des Judentums, die im Klalverlag in Berlin erscheinen sollte (und hoffentlich nun von einem andern fortgesetzt werden wird). Hurwitz war ein Denker von eigenem Gepräge. Sein Tod bedeutet einen großen Verlust für das zeitgenössische Judentum wie für unsere Geistigkeit überhaupt. Er ist 62 Jahre alt geworden.

Hier muß auch des Todes *Alfred Kröners* gedacht werden, der Anfang Januar in Berlin, wo er zu Besuch weilte, in seinem 61. Lebensjahr verschieden ist. Er war der Inhaber des weltbekannten Verlagshauses, das vor allem die philosophische Wissenschaft gepflegt und Werke Nietzsches, Wundts, Haeckels, auch solche der ältern philosophischen Literatur, wie Schriften Spinozas, in seinem Haus vereinigt hat.

**Kurze Chronik** Die Johannes Rehmke-Gesellschaft gibt in ihrem Organ Grundwissenschaft /Leipzig, Felix Meiner/ ein *Preisaus-schreiben* bekannt, dessen Thema wie folgt lautet: »Wie lösen sich bei grund-wissenschaftlicher Fragestellung die Probleme der Erkenntnistheorie?« ◊ In Köln soll ein *Katholisches Institut* errichtet werden, zu dessen Gründung der Papst 200 000 Lire beigesteuert hat. Das Institut soll in Nachahmung des Philosophischen Instituts in Löwen und der Mailänder Katholischen Universität unter Vertiefung in Thomas von Aquino der »Entwurzelung modernen Philosophierens entgegenarbeiten«. ◊ Eine *Nietzsche-gesellschaft* zur Pflege eines europäischen Geisteslebens wurde in München gegründet. Dem Vorstand gehören unter anderen Hofmannsthal, Thomas Mann, Wölfflin an. Als 1. Jahrespublikation ist das mit dem Nietzschepreis ausgezeichnete Werk des Musikschriftstellers Walter Dahms Die Offenbarung der Musik, eine Apotheose Friedrich Nietzsches erschienen. ◊ Die Akademie für Philosophie in Erlangen, die große, vor kurzem der Kantgesellschaft übergebene Stiftung, soll demnächst bedeutend erweitert werden. Große Geldspenden von deutschamerikanischer Seite ermöglichen es neben dem Hauptgebäude der Akademie einen weitem Bau zu errichten, der außer Bibliotheksräumen und einem großen Vorlesungssaal Wohnungen für Professoren und Studenten fassen soll. ◊ In *Amsterdam* wurde eine Niederländische Landesgruppe der Kantgesellschaft gegründet. Die Anzahl der Mitglieder beträgt mehr als 100. ◊ In den Monaten April bis Juni wurde in Berlin eine filmmäßige Darstellung der *Relativitätstheorie* gezeigt. Man kann nicht sagen, daß der Versuch gelungen ist. Abgesehen davon, daß die allgemeine Relativitätstheorie überhaupt nicht behandelt wurde, war auch die Illustration der speziellen Theorie kaum imstande demjenigen ein Verständnis der Theorie zu erschließen, der es nicht vorher schon hatte. ◊ Der Göttinger Privatdozent *Carl Siegel* übernimmt als Nachfolger A. Schönflies' das Ordinariat der Mathematik an der Universität Frankfurt. ◊ Dem Privatdozenten *Hans Hamburger* ist die außerordentliche Professur für Mathematik an der Berliner Universität als Nachfolger Schurs übertragen worden. ◊ Der Privatdozent der Mathematik an der Berliner Universität *Hans Rademacher* ist außerordentlicher Professor an der Universität Hamburg geworden.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt**Arbeitswert-  
und Grenznutz-  
theorie**

Der Herausgeber des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik *Emil*

*Lederer*, der auch in den Sozialisierungsdebatten hervorgetreten ist, hat, als »eine Einführung«, Grundzüge der ökonomischen Theorie erscheinen lassen /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Der 1. Teil des Buches weckt durch Geradlinigkeit der Darstellung und begriffliche Präzision ungewöhnliches Interesse. Ganz unabhängig von dem Ausgangspunkt Marxens, daß der Austausch für den Austausch erzeugter Ware der Regel und Tendenz nach nur als Austausch gleicher, hinsichtlich ihres innern Werts gleicher Ware erfolgen könne, und weiter, daß dieser innere Wert, der so die Austauschsätze letzthin regelt, letzthin nur als die zur Produktion der respektiven Waren jeweils gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu denken sei, sucht Lederer die Geltung der Arbeitswerttheorie mehr in Ricardoscher Weise als notwendiges Resultat des Eigeninteresses der Agenten zu begründen.

Seine Ausführungen über die Art der Wert- und Preisregulierung bei »einfacher Verkehrswirtschaft«, in der die für den Austausch produzierten Waren im Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise Eigentum ihrer unmittelbaren Produzenten sind, von diesen selber im Austauschverkehr angeboten und veräußert werden, lassen sich im wesentlichen auf das folgende resümieren: Da jeder dieser selbständigen Warenproduzenten durch die Ausübung seiner Funktion: Ware für den Austausch zu produzieren und an jeweils Nachfragende zu veräußern, Geld zur Verwendung für Zwecke seines Eigeninteresses gewinnen will, kann natürlich die Produktion von Waren für den Verkauf für ihn nur lohnend sein unter der Bedingung, daß er in und durch Ausübung seiner Funktion diese seine Absicht realisiert. Das Maß aber, in dem die Produktion der von ihm für den Austausch zu produzierenden Waren für ihn selber lohnend ist, stellt sich ihm in dem Mehr oder Weniger des Geldbetrags dar, den er beim Verkauf der Waren in deren Preis als Entgelt für seine zu ihrer Erzeugung notwendig aufgewandte Arbeit, auf die Arbeitsstunde verrechnet, erhält. Jeder aber ist dann daran interessiert den Preis der von ihm produzierten Waren so zu regeln, daß er pro Arbeitsstunde einen möglichst hohen Geldbetrag bei dem Verkauf für sich gewinnt, und dieses Eigeninteresse aller

müßte dann, bei Unterstellung einer solchen einfachen Verkehrswirtschaft und Unterstellung freier Konkurrenz in dieser, in abstracto, von besonderen konkreten Umständen abgesehen, zu einer Regelung der Warenwerte und Preise führen, bei der die Produktion der im Austausch nachgefragten Waren, welcher Art immer, tendenziell gleichmäßig lohnend ist, die respektiven Warenproduzenten im Preis der von ihnen produzierten Waren pro aufgewandte Arbeitsstunde einen tendenziell gleichen Geldbetrag empfangen. Was dann einschließt, daß Hand in Hand damit die Preis- und Wertgrößen der Waren tendenziell in einem direkten Proportionalitätsverhältnis zu den Arbeitsgrößen der Waren stehen.

Aber folgt aus dieser für das abstrakte Schema einer solchen einfachen Verkehrswirtschaft formulierten Deduktion nun etwa der Satz, daß, wenigstens auf gewissen Stufen der historisch volkswirtschaftlichen Entwicklung, die Austauschsätze der Waren und damit ihre Wertgrößen direkt dem Verhältnis der in den Waren steckenden Arbeitsmengen notwendig entsprechen müssen? Offenbar nicht. Da auf jeder historischen wirklichen Etappe, an die man bei dem hier konstruierten Schema »einfacher Verkehrswirtschaft« etwa denken mag, in der Austauschproduktion und im Austausch selbstverständlich auch immer solche Momente, von denen in dem Schema abstrahiert war, eine Rolle spielen und kausalnotwendig Abweichungen von jener in abstracto deduzierten Regelung bedingen. Aber darum verlieren solche abstrakten Erwägungen keineswegs Sinn und Bedeutung. Sie bedürfen nur der selbstverständlichen Ergänzung, daß die unter solchen Voraussetzungen aus dem interessierten Verhalten der Warenproduzenten in abstracto deduzierte Tendenz zur Proportionalisierung der Wert- und Arbeitsgrößen in Wirklichkeit durch das Eigeninteresse der lebendigen Menschen jedenfalls immer nur mit sehr erheblichen (nicht bloß temporären sondern auch dauernden) Abweichungen realisiert werden kann. Da das Eigeninteresse der einzelnen immer nur im Rahmen von allerhand konkret besonderen Umständen und gesellschaftlichen Verhältnissen agiert, von denen im abstrakten Schema abstrahiert war, wird unter Druck und Einfluß solcher Momente das wirkliche interessierte Verhalten eine Regelung der Wert- und Preisgrößen der Waren, bei der die Funktionsausübung in jenem obigen Sinn gleichmäßig lohnend ist,

wenn überhaupt, so nur mit groben Annäherungen realisieren können. Mit dieser selbstverständlichen Ergänzung fällt jeder Schein dogmatischen Festhaltens an jener Formel des Arbeitswertgesetzes fort. An die Stelle einer positiven Behauptung tritt dann die methodologische Erwägung: daß jeder Versuch die Austausch-, also Preis- und Wertregelung, bei einem je bestimmten typischen Modus der Warenproduktion systematisch zu begreifen zunächst zu untersuchen haben wird, welche Regulierungstendenzen der Preis- und Wertbildung sich auf Grund eines solchen Modus der Warenproduktion aus dem Eigeninteresse der Funktionäre bei Unterstellung freier Konkurrenz zunächst ganz in abstracto deduzieren lassen. Nur so erhält man eine Grundlage, von der aus die Frage sich entscheiden läßt, ob bei dem betreffenden Produktionsmodus eine Geltung der Arbeitswerthypothese möglich oder ausgeschlossen ist. Und ebenso können nur bei solchem Vorgehen und unter Zurückbeziehung darauf die wirklichen Preisverhältnisse mit den so deduzierten verglichen werden, können die Gründe, die Abweichungen jener von diesen notwendig machen, verstanden werden, als aus dem Einfluß mannigfacher Umstände und Verhältnisse, von denen bei jeder Deduktion zunächst noch völlig abgesehen wurde, notwendig resultierend.

Eine Untersuchung, die nach solcher abstrakten Methode den Preisregulierungsmodus der Waren in der modernen Volkswirtschaft zergliedert, führt aber zu der Einsicht, daß hier das interessierte Verhalten der Agenten eine Preisbildung anstrebt, die von vornherein mit gesetzmäßiger Notwendigkeit ein Proportionalverhältnis der Preis- und Arbeitsgröße der Waren ausschließt. Natürlich. Die Produktion von Waren für den Verkauf erfolgt hier im Gegensatz zu jener einfachen Verkehrswirtschaft, bei der die Arbeiter als Anbieter ihrer durch eigene Arbeit produzierten Waren figurieren, in Produktionsbetrieben, in denen Geldleute von ihnen im Taglohn gemietete Arbeitskräfte produzieren lassen, Geldleute, die diese Funktion: Waren im Eigenbetrieb so für den Verkauf produzieren zu lassen und zu verkaufen, gleichfalls nur zu dem Zweck ausüben, um in und durch ihre Ausübung wieder und wieder Geldbeträge zu gewinnen. Eine Realisierung dieses Zwecks aber ist nur möglich, wofern sie die im Austauschverkehr mit den jeweils Nachfragenden zu bestimmenden Warenpreise tendenziell wieder

und wieder derart regulieren, daß sie im Stückpreis der verkauften Waren einen Geldbetrag zurückerhalten, der regelmäßig größer ist als der, den ihnen deren Produktion in ihrem Betrieb kostet. Ihr Profit ist also Differenzgewinn, die Differenz zwischen Stückpreis und Kostpreis, wobei der Kostpreis sich für sie grundlegend aus dem Kostpreis des pro Stück verbrauchten Materials (Produktionsmittelware, die der Unternehmer auf dem Warenmarkt zum Zweck der Produktion kaufen und nach Verbrauch von neuem kaufen muß) und dem Kostpreis der im Betrieb pro Stück erheischten Lohnarbeit zusammensetzt. Jeder Unternehmer aber, in welcher Branche immer, will diese Funktion, die er um des Gewinnes willen ausübt, zugleich natürlich für sich so gewinnbringend wie möglich ausüben, daß heißt er will mit seinem für diese Funktion angewandten Geldvermögen oder Kapital einen möglichst hohen Jahresgewinn erzielen. Und dieses Eigeninteresse, immer bereit, bei besonders günstiger Konjunktur in einer Branche, die Produktion und damit das Angebot zu erhöhen, bis die Preise und Gewinne wieder fallen, strebt dahin bei freier Konkurrenz auf die Dauer die durchschnittlichen Gewinnsätze in den verschiedenen Branchen auszugleichen und so die Produktion, vom Standpunkt des Gewinnzwecks aus gesehen, in all den Branchen wieder und wieder gleichmäßig lohnend zu machen. Ganz unabhängig von dem Umstand, daß gleich große Kapitale, in verschiedenen Branchen angelegt, je nach dem respektiven Entwicklungsstand der maschinellen Technik in diesen eine ganz verschiedene Zahl von Arbeitern beschäftigen. Da aber der im Stückpreis der produzierten Waren mitenthaltene Stückgewinn auf den Kostpreis pro Stück, gleichgültig wie sich dieser aus Sach- und Lohnkapital zusammensetzt, zugeschlagen ist, und die jährlich erzielte Gewinnsumme für gleiche Kapitale, unabhängig davon, ob sie mehr oder weniger Arbeiter beschäftigen, für die verschiedenen Produktionszweige tendenziell gleich ist, folgt, daß der im durchschnittlichen Preis der kapitalistisch erzeugten Waren zum Kostpreis des verbrauchten Materials zusätzliche Geldbetrag (aus dem Kostpreis der pro Stück zusätzlich aufgewandten Arbeit und dem Stückgewinn bestehend) nicht zum Kostpreis der zusätzlichen Arbeit, also auch nicht der Menge dieser zusätzlichen Arbeit selber in Proportion stehen kann. Der evident gewisse Obersatz, daß das

Eigeninteresse der Betriebseigentümer jedenfalls bei Unterstellung freier Konkurrenz und in abstracto bei einem solchen Modus der Warenproduktion die Preise so zu regulieren strebt, daß die Produktion für den Verkauf in den verschiedenen Branchen, vom kapitalistischen Gewinnstandpunkt betrachtet, gleichmäßig lohnend ist, schließt also von vornherein mit gesetzmäßiger Notwendigkeit die Möglichkeit einer proportionalen Angleichung der respektiven Wert- und Preisgrößen der Waren an ihre respektiven Arbeitsgrößen aus. Denn wie könnten die Preise der Waren zu dem in ihnen verkörperten Aufwand von Arbeit (der sich aus der im Betrieb zusätzlichen und der in verbrauchten Produktionsmitteln vorgetanen Arbeit zusammensetzt) der Regel nach in Proportion stehen, wenn der im Stückpreis zum Kostpreis des verbrauchten Materials zusätzliche Geldbetrag, wie sich ergab, dem Kostpreis der zusätzlichen Arbeit und somit auch dieser zusätzlichen Arbeit selbst nicht proportional sein kann?

Eine Untersuchung, die von jenem allgemeinen Obersatz den Ausgang nimmt, unter dessen Zugrundelegung überhaupt nur etwas über eventuelle Geltung oder Nichtgeltung der Arbeitswerthypothese bei kapitalistischer Warenproduktion ausgemacht werden kann, kommt also, was diese Frage anlangt, zu einem negativen Resultat. Der von Marx vorgebrachte Einwand, daß sich die nach dem von ihm selber anerkannten Gesetz der Durchschnittsprofitrate unausbleiblich notwendige Disproportionalität der Preis- und Arbeitsgrößen der Waren für das Ganze der kapitalistischen Volkswirtschaft am Ende aufheben müsse, daß die Preissumme aller Waren mit der vom Wertgesetz vorgeschriebenen Preissumme zusammenfallen muß, und daß aus diesem Grund das Wertgesetz dennoch in Geltung bleibe, kann daran nichts ändern. Denn einerseits wäre ein Wertgesetz, dem nicht die Preisbestimmung der Einzelwaren, sondern nur die Preissumme des volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts unterliegt, ein gänzlich anderes als das von Marx im Anfang seines Kapitels formulierte. Sodann aber und vor allem fehlt jeder Ansatz zum Beweis, wie und warum denn die notwendigen Divergenzen zwischen den relativen Preis- und Arbeitsgrößen der Waren für die Preissumme aller jährlich erzielten Waren verschwinden und diese Preissumme mit der vom Wertgesetz verlangten zusammenfallen muß.

Um so überraschender ist es, daß Lederer nach klarer Darlegung der Widersprüche, die sich der Anwendbarkeit der Arbeitswerthypothese auf die kapitalistische Warenproduktion gegenüberstellen, trotzdem an deren Geltung auch für den Kapitalismus festhält. Denn, meint er, die Arbeitswerthypothese ergebe eine Handhabe, um das Maß der Abweichungen zwischen den relativen Preis- und Arbeitsgrößen in exakter Weise zu bestimmen. Aus der Arbeitswerthypothese folge nämlich, daß je nach dem Entwicklungsgrad der Technik in den verschiedenen Produktionszweigen, je nach dem Prozentsatz, in dem das in den verschiedenen Branchen angelegte Kapital sich in konstantes (Produktionsmittel-) Kapital und variables (Lohn-) Kapital zerlegt, die Verkaufspreise entsprechend über oder unter den von der Arbeitswerthypothese vorgeschriebenen Sätzen stehen. Darum seien die Abweichungen in ihrem »Ausmaß selber theoretisch bestimmbar«, und so bestätige sich auch hier, wenngleich nur indirekt, die fundamentale Bedeutung und Unentbehrlichkeit jener Hypothese. Indes von allem andern abgesehen, diese Berechenbarkeit der Abweichungen ist bloßer Schein, der nur so lange vorhält, als man die Unterstellung macht: wenigstens der Kostpreis des verbrauchten Materials (der Produktionsmittelwaren) regle sich in Übereinstimmung mit jener Hypothese. Aber diese Unterstellung selbst ist in sich widerspruchsvoll, denn natürlich folgt (worauf schon Marx hindeutet) aus dem vom Profit der Durchschnittsprofitrate geforderten Abweichungen, daß auch der Preis der im Betrieb zur Produktion erheischten Produktionsmittel von ihrem Arbeitswert abweicht, daß also die auf Grund der Verschiedenheiten der organischen Zusammensetzung der Kapitale notwendigen Abweichungen mit Abweichungen, die bereits aus dem Abweichen des Kostpreises des Materials vom Arbeitswert begründet sind, sich in schlechthin unberechenbarer Weise kombinieren. Was sich als fruchtbares, für ein tieferes Eindringen in die Art der kapitalistischen Preisbildung unumgängliches Moment erweist, ist nicht die Formulierung eines Arbeitswertgesetzes (dem sich die Wirklichkeit ja doch nicht fügt), sondern die Forderung die Preisbildung kapitalistisch produzierter Waren (die durch das Eigeninteresse der Betriebseigentümer bei freier Konkurrenz tendenziell so geregelt sein muß, daß die Produktion in den verschiedenen Branchen gleichmäßig lohnend ist,

gleiche Gewinnsätze abwirft) zugleich unter dem Gesichtspunkt zu erforschen, ob und warum diese Art der kapitalistischen Warenpreisregulierung hier ein Verhältnis, sei es der Proportionalität oder Disproportionalität, der Wert- und Arbeitsgrößen begründet. Damit verschwinden alle jene Schwierigkeiten und Widersprüche, zu denen die der nähern Untersuchung vorausgehende Formulierung einer Arbeitswerthypothese führt, während doch die in die Tiefe dringende Tendenz und Zielsetzung der Untersuchung, die sich bei Ricardo und noch unvergleichlich mehr bei Marx mit jener Hypothese verbindet, im Prinzip gewahrt bleibt.

Viel überraschender noch als die Argumentation, durch die Lederer für die kapitalistische Volkswirtschaft die Geltung der Arbeitswerthypothese aufrechtzuhalten denkt, ist aber die Erklärung, daß diese einer Ergänzung durch die sogenannte Grenznutztheorie bedürfe. Hier liegt meines Erachtens ein völliger Bruch und Umschlag vor. So durchdacht bei allen Einwendungen, die man erheben konnte, die Ausführungen des 1. Teils sind, so willkürlich mutet die in dem folgenden entwickelte Idee einer solchen Zusammenkoppelung an.

Gewiß, eine Theorie wie die Marxsche, die die zur Produktion der Waren gesellschaftlich notwendige Arbeit als primären und letzten Bestimmungsgrund der Warenwerte proklamiert, kann, ohne sich in Widersprüche zu ihrem Ausgangspunkt zu verwickeln, ebensowenig die Bildung der durchschnittlichen Konkurrenzpreise, wie die bei partikulärer Einschränkung der freien Konkurrenz erzielbaren, einen den Durchschnittsgewinn übersteigenden Surplusprofit abwerfenden Monopolpreise erklären. Das Streben der Betriebseigentümer; die Preise der in ihrem Betrieb für den Verkauf produzierten Waren möglichst hoch hinaufzuschrauben, also auch über den Preis hinaus, bei dem sie den normal gewöhnlichen Durchschnittsgewinn abwerfen, ist eine auch bei Unterstellung unbeschränkt freier Konkurrenz selbstverständliche Konsequenz ihres Eigeninteresses. Dieses Streben wird sich bei dem Interessengegensatz der Anbietenden und Nachfragenden, von denen jene tendenziell an eine Heraufsetzung, diese an Herabsetzung der jeweils gegebenen Preise interessiert sind, auch bei freier Konkurrenz zeitweilig realisieren lassen, wenn der Wechsel der Marktkonjunktur das Verhältnis von Angebot und

Nachfrage in einer Branche zugunsten der Anbieter verschiebt. Nur daß unter solchen Umständen die anormal erhöhten Preise sich nicht auf die Dauer werden halten lassen, daß der Surplusprofit bei freier Konkurrenz alsbald einen Anreiz zu entsprechender Vermehrung der Produktion und des Angebots auslöst, und so die ausnahmsweise günstige Marktkonjunktur, die jene Steigerung der Preise und Gewinne über den Durchschnitt gestattet hatte, bald wieder beseitigt. Aber ebenso klar ist, daß, wo Monopolverhältnisse vorliegen, die einer beliebigen Erhöhung der Produktion im Weg stehen, ohne solche korrigierende Reaktion dauernd Surplusprofit abwerfende Preise so geschützter Warenarten möglich sind.

Diesem Zweck dient die seit Jahrzehnten das Gebiet der freien Konkurrenz mehr und mehr einengende Kartellierungsbewegung, auf die sich Lederer beruft, wenn er hier plötzlich ein Versagen der bis dahin von ihm vertretenen Arbeitswerthypothese und die Notwendigkeit ihrer Ergänzung durch die Grenznutztheorie proklamiert. Bei der gewaltigen Rolle, die heute die Kartelle spielen, sei dem Problem kapitalistischer Preisbildung durch die Arbeitswerthypothese nicht beizukommen, müsse vielmehr auf die Grenznutzlehre rekurriert werden.

Als ob nicht alles, was zum Verständnis der Monopolpreise theoretisch zu bemerken ist, sich ohne alle weiteren psychologischen Umschweife von jenem oben skizzierten Standpunkt aus dem Prinzip des Eigeninteresses aufzeigen ließe. Dem Prinzip der Grenznutztheorie, die im übrigen bloß gewisse niemals angezweifelte Selbstverständlichkeiten hinsichtlich der Art, des Bedingtheits und der Begrenztheit der Bedarfsnachfrage in eine andere gelehrt klingende Terminologie übersetzt, fehlt schlechthin jede innere Beziehung zu den aus der Betrachtung der kapitalistischen Volkswirtschaft sich ergebenden Problemen. Statt von der Zergliederung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses ihren Ausgang zu nehmen und zunächst zu konstatieren, daß sich in diesem die Produktion für den Austausch immer nur als Produktion im Austausch wirksam nachgefragter Waren vollziehen kann (das heißt als Produktion von Waren, die zu Bedingungen nachgefragt und an Nachfragende veräußert sind, die dem Eigeninteresse von Gesellschaftsgliedern wieder und wieder einen wirksamen Antrieb geben, die Produktion so nachge-

fragter und veräußerlicher Waren für den Austausch zu betreiben); um dann weiter zu fragen, was sich hieraus für die Regulierung der Preise herleiten läßt, ergeht sie sich in Klügeleien über einen völlig imaginären Austausch, der, wenn überhaupt möglich, mit irgendwelchen volkswirtschaftlichen Beziehungen nicht das mindeste zu tun hat. Der Austausch, von dem sie spricht, ist ein solcher zwischen Individuen, die, weiß Gott wie, sich im Besitz eines Gütervorrats befinden und auf Grund einer Vergleichung des subjektiven Gebrauchswerts, den die respektiven Güter für ihre jeweilige Bedarfsdeckung besitzen, mit einander tauschen. Mit einer Kunst, die ihresgleichen sucht, ist alles, was für eine Theorie der Volkswirtschaft relevant sein könnte, hier ausgeschaltet. Die Illusion, daß sich aus derartigen Fiktionen ein Schlüssel holen lasse, der das Verständnis der Preisbildung in einer Volkswirtschaft erschließt, ist völlig unbegrifflich. Jeder derartige Versuch muß bereits an der einfachen Tatsache scheitern, daß der Austausch in der Volkswirtschaft ja Austausch von vornherein mit der Absicht der Veräußerung für den Austausch produzierter Waren ist, also von Gütern, die der Regel und Tendenz nach in ihrer unmittelbar naturalen Gestalt für ihre respektiven Anbieter überhaupt keinerlei subjektiven Gebrauchswert haben; daß also der für die Anbieter gar nicht vorhandene subjektive Gebrauchswert der von ihnen angebotenen Waren darum schon schlechterdings kein Motiv sein kann, das irgendwie ihr Eigeninteresse bei der Festsetzung der Preise zu dirigieren imstande wäre. Worauf es für sie in Wahrheit ankommt, und was sie, wenn die Produktion für den Verkauf überhaupt möglich sein soll, in ständigem Interessenantagonismus mit den Nachfragenden, die, was sie immer nachfragen, zu möglichst billigem Preis haben wollen, wieder und wieder realisieren müssen, ist einzig, daß sie die Preise der in ihrem Eigenbetrieb für den Verkauf produzierten Waren in dem Zusammenhang des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses wieder und wieder so regulieren, daß sie ihren Willen realisieren: in und durch Ausübung ihrer Funktion wieder und wieder Geldbeträge zur Verwendung für Zwecke ihres Eigeninteresses zu gewinnen. Ohne das wäre dem Eigeninteresse der Gesellschaftsglieder überhaupt kein Anreiz zur Ausübung der Funktion gegeben, wären weder Austauschproduktion noch Austausch denkbar. Dieser Tatbestand, der in seiner

evidenten Selbstverständlichkeit die Grundlage aller weiteren Theorie bildet, verschwindet bei der Grenznutztheorie in nebulose Ferne, wird von ihr, wenn überhaupt, nur sekundär herangezogen. Daß der Erhöhbarekeit der Monopolpreise über die normalen bloßen Durchschnittsgewinn abwerfenden Warenpreise bei der natürlich immer irgendwie begrenzten Zahlungsfähigkeit und -willigkeit der für den Absatz in Betracht kommenden Kreise Grenzen sehr verschiedener Art gezogen sind, bei deren Überschreitung durch Verringerung des Absatzes auch der Gewinn zurückgehen muß, ist nie bestritten worden und gliedert sich einer theoretischen Entwicklung ohne weiteres ein, die von der Betrachtung jenes Fundamentalverhältnisses ihren Ausgang nimmt. Die Grenznutztheorie kann da nichts plausibler machen, als es ohnehin schon ist. Für die Behauptung aber, die Lederer aufstellt, daß die Grenznutztheorie eine Handhabe biete das Ausmaß für die Abweichungsmöglichkeiten der Monopolpreise von den Normalpreisen exakter zu bestimmen, fehlt selbst jeder Ansatz des Beweises. Sie tut auch hier nichts anderes als jene Abweichungsmöglichkeiten und die Art ihrer Begrenztheit in die Schulsprache ihrer selbstgeschaffenen Terminologie zu übersetzen.

**Öffentliche  
Meinung**

Der Kieler Professor *Ferdinand Tönnies*, der Verfasser der viel zitierten, jetzt in 4. Auflage veröffentlichten Abhandlung über Gemeinschaft und Gesellschaft und einer trefflichen, hier gewürdigten Marxdarstellung, publiziert einen umfangreichen Band Kritik der öffentlichen Meinung /Berlin, Julius Springer/. In einem weitem Band soll ein Rückblick auf die in der Literatur zutage tretenden Ansichten über Wert und Bedeutung der öffentlichen Meinung folgen. Im Vorwort skizziert er die Gesichtspunkte, die ihn bei seiner Darstellung geleitet haben. Er sieht in der öffentlichen Meinung den Ausdruck des »sozialen Willens«, eine im Gegensatz zu »jedem bloßen Konglomerat mannigfacher und widersprechender Ansichten, Wünsche und Absichten einheitliche Potenz«; ohne aber die Frage aufzuwerfen, wie denn und unter welchen näheren Bedingungen eine solche Einheitlichkeit mit dem Klassencharakter der modernen Gesellschaften und den hierin begründeten Anschauungs- und Interessengegensätzen als vereinbar gedacht werden kann. Da eine Beziehung und Ausrichtung auf diese Fun-

damentalfrage fehlt, die dem Ganzen erst eine festere Strukturbestimmtheit hätte geben können, treten die Richtlinien in der Anordnung für den Leser nicht klar hervor. Den allgemeinen Erörterungen des 1. Abschnitts schließt sich im 2. und 3. die Skizzierung der öffentlichen Meinung in Amerika, England, Frankreich und Deutschland, ihres Verhältnisses zur sozialistischen Arbeiterbewegung und ihrer Äußerungen im Weltkrieg an.

Das Zeitungswesen beginnt mehr und mehr sich zu einer besondern Disziplin zu entwickeln, der unsere Universitäten und andere Hochschulen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Sie dokumentiert sich in der Erteilung besonderer Lehraufträge über dieses Gebiet, auch in der Errichtung von Seminaren usw. Neuerdings hat das Institut für Literatur- und Theaterwissenschaft an der Universität Kiel, an der Tönnies wirkt, eine Neuabteilung für *Zeitungswissenschaft* eingerichtet, die, nach und nach weiter ausgebaut, eine umfassende Vorbildung für alle Zweige des Journalismus ermöglichen soll. Es werden da Übungen veranstaltet (im letzten Semester über die moralischen Wochenschriften und das Zeitungswesen des 18. Jahrhunderts), auch wird in einer Arbeitsgemeinschaft eine Kritik der mündlichen und der schriftlichen Überlieferung unternommen. In der Philosophischen Fakultät der badischen Universität Freiburg wurde dem frühern elsässischen Oberlehrer Wilhelm Kapp ein Lektorat für Zeitungswesen und Publizistik übertragen. An der Universität Leipzig hat sich sogar schon ein besonderer Privatdozent für Zeitungskunde habilitiert: der Stellvertretende Direktor des Leipziger Statistischen Amtes Walter Schöne. Seine Habilitationsschrift betitelt sich *Zeitungswesen und Statistik, eine Untersuchung über den Einfluß der periodischen Presse auf die Entstehung und Entwicklung der staatswissenschaftlichen Literatur, speziell der Statistik*. So wird die Notwendigkeit das Wesen der öffentlichen Meinung systematisch zu studieren und ihren Dienst wissenschaftlich vorzubereiten in immer höherm Grad erkannt.

**Neuausgaben** Der Vorwärtsverlag in Berlin brachte eine schön gedruckte Neuauflage der *Inauguraladresse von 1864* mit einem instruktiven Vorwort Karl Kautskys. **Franz Oppenheimer**, der dem Bodenreformgedanken eine dogmatisch-utopisti-

sche Formulierung aufgepfropft hat, in der er ihn als Universalmittel zur Beseitigung aller ökonomischen Ungerechtigkeiten unter Beibehaltung der freien Konkurrenz propagiert, hat seine in den neunziger Jahren publizierten Erstlingswerke Siedlungsgenossenschaft und Großgrundeigentum und soziale Fragen jetzt in neuer, unveränderter Auflage herausgebracht /Jena, Gustav Fischer/. Seine Überzeugung im Gebiet der ökonomischen Theorie den Stein der Weisen gefunden zu haben ist nach dem neuen Vorwort noch immer unerschüttert.

**Gemeinverständliche Schriften** Gertrud Hermes' *Wegweiser* durch die gemeinverständliche volkswirtschaftliche

Literatur in der Serie Hilfsbücher für Volkshochschulen /Gotha, F. A. Perthes/ ist in *Katalogform* abgefaßt, zählt 27 Seiten und ist nach Spezialfächern und Einzelfragen zweckmäßig gruppiert. Unter Vermeidung von Werturteilen, sind den Büchertiteln einige wenige Zeilen, die in Stichwörtern auf den Inhalt deuten, zugefügt. Das Heftchen wird nicht nur Volkshochschullehrern und -schülern, an die in erster Reihe gedacht ist sondern ebenso Politikern und Journalisten zur Orientierung gute Dienste leisten können.

Das 4. Heft der Ratgeberschriften des Dürerbundes /München, Georg D. W. Callwey/ gibt auf etwa 40 Seiten Großformat eine Einführung in das *Schrifttum des Sozialismus*, die bei aller Anfechtbarkeit so mancher Werturteile im Text zu begrüßen ist.

Von einem Schüler der frühern Partei-schule, Rudolf Abraham, liegt jetzt ein gründlich durchdachtes und dabei lebendig frisch geschriebenes Bändchen vor: *Die Theorie des modernen Sozialismus für die Jugend* dargestellt /Berlin, Arbeiterjugendverlag/. Marxens Stellung zu dem naturrechtlichen Sozialismus, seine Geschichtsauffassung und der theoretische Gedankengang des Kapitals sind eindringlich gezeichnet und zwar ohne jede Spur eines auf die Sätze des Meisters eingeschworenen Dogmatismus. Die von revisionistischer Seite und sonst vorgebrachten Einwände sind unbefangen gewürdigt. Die Schlußworte enthalten das Bekenntnis zu einem ethischen Idealismus, dessen der Sozialismus nicht entraten könne. Diese Gesinnung zu pflegen sei eine der dringendsten Aufgaben des neuen, jetzt aufwachsenden Geschlechts. Wie stark auch außerhalb der sozialistischen Bewegung das Bedürfnis nach ge-

meinverständlicher Einführung in *ökonomische Grundfragen* wie in den Entwicklungsgang der ökonomischen Doktrinen verbreitet ist, zeigt der ungewöhnliche Erfolg, den Adolf Damaschkes Schriften erzielt haben. Von seiner Bodenreform ist jetzt die 19. Auflage (111. bis 122. Tausend), von seiner 2bändigen Geschichte der Nationalökonomie die 13. Auflage (71. bis 80. Tausend) erschienen; beide bei Gustav Fischer in Jena.

**Kurze Chronik** Der Verein der Freunde und Förderer der Fürst Leopold-Hochschule in Detmold hat aus Anlaß des 5. Stiftungstags die folgende *Preisauflage* ausgeschrieben: »Die Frage der Eingliederung eines Wirtschaftsdienstjahrs in das wissenschaftliche Studium für den Beruf des praktischen Volkswirts.«  $\diamond$  Der Freiburger Extraordinarius für Nationalökonomie und Statistik *Paul Mombert* ist Ordinarius an der Universität Gießen geworden.  $\diamond$  Der hamburgische Senat hat *Fritz Terhalle* aus Münster zum ordentlichen Professor der Nationalökonomie und Finanzwirtschaft an der Universität Hamburg ernannt.

**Literatur** Ein neuer Band der von Karl Diehl und Paul Mombert herausgegebenen *Ausgewählten Lesestücke* zum Studium der politischen Ökonomie /Karlsruhe, G. Braun/ betitelt sich Grundsätze der Besteuerung. Den überwiegenden Teil des Inhalts bilden Zusammenstellungen aus ökonomischen Schriften des 18. und der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts.  $\diamond$  In längeren Ausführungen bespricht *Theodor Brauer* die Lohnpolitik in der Nachkriegszeit /Jena, Gustav Fischer/. Alle Maßnahmen der Lohnpolitik sollten heute rationellerweise danach beurteilt werden, ob sie geeignet sind die Produktivität der deutschen Arbeit irgendwie zu heben und so Deutschland von dem drohenden Untergang zu retten.  $\diamond$  Der österreichische Genosse *Julius Brauntal*, der im Auftrag des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Sendung von Medikamenten nach Georgien zu leiten hatte und dort eigene Eindrücke und zuverlässige Erkundigungen sammeln konnte, entwirft in seiner kleinen Broschüre *Vom Kapitalismus zum Imperialismus* /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/ ein erschütterndes Bild der Not und unsagbar korrupten Gwalttherrschaft, unter der die unglückliche Bevölkerung nach der Eroberung durch die bolschewistischen Truppen seufzt.

### Geschichte / Walther Koch

**Lavissee †** Am 18. August starb in Paris im Alter von 80 Jahren einer der hervorragendsten und produktivsten Historiker, Ernest Lavissee. Nachdem er von 1876 bis 1888 als Lehrer an einer Ecole Normale Supérieure gewirkt hatte, wurde er 1888 als Professor für neuere Geschichte an die Faculté des Lettres nach Paris berufen. 1892 wurde er zum Mitglied der Französischen Akademie ernannt. Er widmete einen großen Teil seiner Forschungen der deutschen, insbesondere der brandenburgisch-preußischen Geschichte. Ähnlich wie sein französischer Kollege Waddington hat Lavissee grundlegende Forschungen für unsere heimische Entwicklung beige-steuert; ein Zeichen dafür, wie fruchtbar in einzelnen Fällen schon eine Zusammenarbeit von Gelehrten benachbarter Völker sich erwiesen hat. Schon seine Doktorarbeit war 1875 einem Thema aus der brandenburgischen Geschichte gewidmet; sie behandelte nämlich unter dem Titel *Die Mark Brandenburg* unter den Askaniern die Anfänge der preußischen Monarchie. Lavissee hat sich dann in der Folgezeit wieder und wieder mit der preußisch-deutschen Geschichte befaßt, hat insbesondere ein fein psychologisch analysierendes und glänzend zusammenfassendes Werk über die Jugend Friedrichs des Großen geschrieben. Seine hervorragendste Bedeutung hatte Lavissee aber durch Herausgabe eines großen Sammelwerks über die Geschichte Frankreichs, innerhalb der er sich hauptsächlich dem Zeitalter Ludwigs XIV. widmete. Für die europäische Wissenschaft bedeutet der Tod Lavisses einen schwer zu ersetzenden Verlust; um so mehr, als Lavissee von gemeineuropäischer Gesinnung durchdrungen war. Ein bedeutender Geist ist dahingegangen, der schon durch seine Persönlichkeit berufen war die niedergetrete Internationale des Geistes wiederaufzurichten.

**Demokratie** Eine Klärung des Begriffs Demokratie ist dringend erforderlich und nur auf Grund einer genauen, auch historischen Durchleuchtung des Problems zu erreichen. Diese Aufgabe hat *Edmund Fischer* in seinem Werk *Demokratie* /München, Musarionverlag/ unternommen. Zunächst geht er auf die Triebkräfte der Demokratie ein und unterscheidet hier das Selbstgefühl der Persönlichkeit, die

ökonomischen Triebkräfte, das Naturgesetz und die dynamisch-mechanische Evolution. Napoléon soll gesagt haben, in 100 Jahren werde Europa demokratisch oder kosakisch sein. Er hat Recht behalten. Die Monarchie alten Stils ist dahin. Europa wird heute im wesentlichen demokratisch regiert. Den tiefsten Grund für die Entwicklung der Demokratie sieht Fischer in dem menschlichen Bedürfnis über sich und seine Angelegenheiten verfügen zu können. So geht diese Entwicklung letzten Endes nicht nur auf die materiellen Wünsche breiter Volksschichten nach Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage sondern mehr noch auf eine sittliche Wurzel zurück. Die Selbstbestimmung des einzelnen ist ja nur dadurch möglich, daß jeder das Gesetz der Gesamtheit in sich aufnimmt, es in seiner Weise in sich zu verkörpern sucht. Freiheit kann in einem Gemeinwesen nur dann bestehen, wenn sie nicht als Schrankenlosigkeit und Willkür sondern als sittliche Selbstgesetzlichkeit aufgefaßt wird. Freiheit eines Gemeinwesens bedeutet daher auch nicht willkürliche Herrschaft einer Zufallmehrheit. Demokratie ist nicht Mehrheitsherrschaft sondern Selbstbestimmung des Volkes. Selbstbestimmung, als Verwirklichung der Freiheit, ist nur erreichbar, wenn auch im einzelnen das Gesetz anerkannt und nach ihm gehandelt wird. Edmund Fischer sieht so in der echten Demokratie zugleich einen Schutz der Minderheit vor Vergewaltigung. Sollte die Demokratie eine sittliche Idee darstellen, so dürfe das Staatswesen nicht streng zentralistisch sondern müsse föderalistisch aufgebaut sein. Zwar sei eine einheitliche Zentralgewalt unerläßlich, sie müsse jedoch durch weitgehende Selbstverwaltung ergänzt werden. Verwaltung durch das Volk sei mindestens ebenso wichtig wie Gesetzgebung durch das Volk. Eine solche alle Glieder eines Volkes zu lebendiger Selbstbetätigung zusammenfassende Demokratie ist ohne ganz bestimmte geistige Grundlagen nicht denkbar. Erziehung im Geist der Demokratie und wahrer Freiheit muß in jedem Staatsbürger Gemeinsinn und Selbstverantwortung wecken. Die Schulrepubliken in Nordamerika und alle Ansätze zur Selbstverwaltung der Schüler in Europa zeigen die Richtung an, nach der wir gehen müssen. »Ein Problem ist die Demokratie erst geworden nach Bildung großer Staaten mit zentralisierter Selbstverwaltung.« In einer kleinern Gemeinschaft ist Mitbestimmung aller möglich, in gr-

ßeren Gesellschaften wird sie sehr problematisch. So kommt Rousseau zu der Forderung, daß alle Glieder eines Gemeinwesens zu befragen seien, auf Grund der kleineren Schweizer Verhältnisse. Volksvertretung ist noch lange nicht wirkliche Selbstregierung eines Volks. Edmund Fischer führt unter anderm auch die Kritik Koechlys am Parlamentarismus an. Dieser fordert Volksgemeinden nach dem Vorbild der germanischen Urversammlungen. Fischer stimmt dieser Forderung grundsätzlich zu, sieht aber solche Volksgemeinden gegenwärtig verwirklicht in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, den Genossenschaften, Krankenkassen, Handels-, Gewerbe-, Handwerker-, Arbeits- und Landwirtschaftskammern, den Kommunen und kommunalen Verbänden. Reine Parlamentsherrschaft ohne Zusammenwirken von Parlament und Volk ist nur eine andere Form des Absolutismus.

In der Schilderung der geschichtlichen Entwicklung der Demokratie geht Fischer von der urwüchsigen Demokratie in Familie, Gens, Clan aus, gelangt dann über den Stamm zum Volk mit seiner urwüchsigen Volksversammlung. Dann bespricht er die griechische und die römische Demokratie. An der athenischen Demokratie sei die Wählbarkeit der Beamten hervorzuheben. Der demokratische Grundzug des Mittelalters wird festgestellt. In der Neuzeit mußte der demokratisch gerichtete Volkswille dem fürstlichen Absolutismus weichen, bis dieser wieder von der modernen Demokratie abgelöst wird.

Im Anschluß daran entwirft Fischer ein Bild der hauptsächlichsten modernen Demokratien, zunächst der Schweiz. Der politische Aufbau der Schweiz beruht auf der weitestgehenden Dezentralisation der Verwaltung; Bureaucratie existiert nicht, wie die Gesetzgebung wird die Verwaltung durch das Volk ausgeübt. »Deshalb ist die Vaterlandsliebe bei den Schweizern so stark, weil Volk und Staat eines sind, weil es keine über dem Volke stehende Obrigkeit, keine Beherrschten und Herrscher gibt, politisch jeder Staatsbürger den gleichen Anteil an Gemeinwesen hat, jeder ein Freier ist.« Die englische Demokratie ruht auf den Selbstverwaltungskörperschaften. England ist in Wirklichkeit eine Republik, ungeachtet der Dekoration der Krone. Schart wendet sich Fischer gegen die Anschauung, als ob jedes Land eine ihm eigentümliche Demokratie entwickeln müsse. Diese Meinung diene nur »reaktionärene

Zwecken. In diesem Punkt unterschätzt er doch wohl die nationalen Verschiedenheiten, so verfehlt auch die professoralen Versuche sind unter allen Umständen Gegensätze in der Freiheitsauffassung der Völker zu konstruieren. Fischer bespricht dann Frankreich, Norwegen, Italien, China, die Vereinigten Staaten und Australien. Das letzte Kapitel beschäftigt sich mit der Demokratisierung Deutschlands, die nach dem Rathenau-Mord erneut zum brennenden Problem geworden ist. Der Demokratisierungsprozeß sei nur durch die Mobilmachung sämtlicher Kräfte möglich. Fischer verteidigt hier den demokratischen Gedanken gegenüber einem Radikalismus, der die "bürgerliche" Demokratie bekämpft. Aber auch in den radikalen Kreisen der Sozialdemokratie werde mehr und mehr anerkannt, daß die Demokratie eine Vorbedingung für die Entwicklung des Sozialismus sei. Die Herausarbeitung der Selbstverwaltung durch die Steinsche Gesetzgebung sei ein wichtiger Schritt zur inhaltlichen Erfüllung der Demokratie gewesen. Schließlich geht Fischer auf die Wahlrechtsbewegung ein und weist auf einen seiner Artikel Zur politischen Entwicklung Deutschlands, in den Sozialistischen Monatsheften, 1908 II, Seite 1637 ff., hin, in dem er gesagt hatte: »In abermals einem Jahrzehnt wird auch Sachsen beim gleichen Wahlrecht angekommen sein.« Nach einer Schilderung der Demokratisierungsversuche am Ende des Krieges schließt der Verfasser mit den Worten: »Nach ihrer Geburt in den Wehen der Revolution trat die Demokratie in Deutschland erst in ihre Kindheit ein. Sie zur Reife zu bringen ist die große Aufgabe der folgenden Zeit.«

In der Sammlung Deutsche Revolution /Leipzig, Klinkhardt/ gab Walter Goetz ein Büchlein Deutsche Demokratie heraus, in dem in allgemeinverständlicher Form die wichtigsten Tagesfragen der Demokratie besprochen werden. Demokratie wird als neues Ausleseprinzip dargestellt, das die Herrschaft der Tüchtigsten aus allen Schichten des Volkes garantiere. Die liberale Devise "Freie Bahn dem Tüchtigen!", die hier zugrunde gelegt wird, lenkt den Blick so auf ganz andere Momente als in Fischers sozialer Demokratie. Die Erziehungsfrage wird aber auch hier als Kernfrage betrachtet.

Stein

Ein Mensch, der uns heute noch etwas zu sagen hat, ist Freiherr vom Stein. Daher

ist die Veröffentlichung zweier Auswahl-

bände aus seinen Schriften und Briefen sehr verdienstvoll. Sie wurde uns in letzter Zeit einmal von Hans Thimme gegeben (Freiherr vom Stein Staatschriften und politische Briefe /München, Dreimaskenverlag/), dann von Hanns Martin Elster (Freiherr vom Stein /Berlin, Ullstein/). Dazu kommt noch eine feinsinnige Würdigung Steins durch Ernst Müsebeck in den Meistern der Politik /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Während Elster mehr biographisch vorgeht und die Briefe und Denkschriften Steins oft mit erzählendem Text, hauptsächlich Steins Lebenserinnerungen oder Ernst Moritz Arndts Wanderungen und Wandlungen mit dem Reichsfreiherrn Heinrich Karl Friedrich vom Stein entnommen, verbindet, beschränkt sich Thimme in seiner mit einer tiefgehenden Einführung versehenen Ausgabe mehr auf das politisch Wichtige. Sind auch viele Dokumente in beiden Veröffentlichungen wiedergegeben, so ist doch der Gebrauch beider neben einander zu empfehlen.

Was war nun der Kern der Steinschen Staatsauffassungen? In immer neuen Wendungen weist er Zeit seines Lebens darauf hin, daß der Staat nicht der Macht sondern einer sittlichen Idee zu dienen habe, der freien Entwicklung der Staatsbürger in einem begründeten, von Gemeinsinn getragenen Gemeinwesen. »Der Staat ist kein landwirtschaftlicher und Fabrikenverein, sondern sein Zweck ist religiös-sittliche, geistige und körperliche Entwicklung.« Also schärfste Ablehnung der merkantilistischen Lehre, der es nur auf möglichst ergiebige Herstellung von Sachgütern, möglichst zahlreiche Bevölkerung und möglichst starken Geldumlauf ankam. Auch das einzelne Individuum soll nicht im Sinn der atomisierenden Aufklärung Ziel der Entwicklung sein. Vielmehr ist die lebendige Volksgemeinschaft, die ihrerseits wieder im Dienst einer großen sittlichen Idee steht, der Sinn des Staates. An Stelle der mechanischen Staatsauffassung des Absolutismus tritt eine gewissen Zügen der Romantik eigene Anschauung, doch ohne die Verherrlichung schrankenloser Subjektivität, wie sie die Romantik so häufig vertrat. Der Staat Friedrichs II. war in seinem Mechanismus erstarrt. Was in der Hand eines großen Staatslenkers genial wie eine Maschine konstruiert und gehandhabt wurde, mußte mit dem Fortfall des geistigen Impulses zum toten Formelkram werden. Stein hat eine leidenschaftliche Abneigung gegen allen bürokratischen Schlendrian, gegen alle Vielregiererei durch besoldetes

Beamtentum. An die Stelle des Bureaukratismus wollte er echte Selbstverwaltung setzen, damit der Staat seine sittliche Aufgabe erfüllen könnte als nationale Erziehungsanstalt zu gemeinnütziger Gesinnung zu erziehen. »Man muß den Geist der Habsucht, des schmutzigen Vorteils zerstören, diese Anhänglichkeit an den Mechanismus, welchem diese Regierungsform unterworfen ist. Die Nation muß daran gewöhnt werden ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und aus diesem Zustande der Kindheit herauszutreten, worin eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten möchte.« Der Charakter eines Volkes, seine Freude am Staat werde durch Despotismus und Beamtenherrschaft vernichtet. Deshalb fordert Stein, um der Entfaltung aller schöpferischen Kräfte im Volksleben willen, immer wieder Institutionen, in denen sich alle Volkskreise am Staat beteiligen können. Er will ein aufbauendes System der Selbstverwaltung durchführen, das, ausgehend von der altgermanischen Idee der Genossenschaft, im allerkleinsten Bezirk anfängt. Sein Plan geht von einer ländlichen Gemeinde- und Kreisordnung, die vor allem in Nachahmung der westfälischen Erbtage dem guten bäuerlichen Besitz einen starken Einfluß einräumen sollte, über eine Städteordnung mit Anteilnahme der Bürgerschaft durch gewählten Magistrat und Stadtverordnete, zu Provinzial- und schließlich zu Reichsständen über. Die Staatsbürger sollten in der lokalen und provinziellen Selbstverwaltung fähig werden einmal selbst an die Geschicke des Volksganzen mit Hand anzulegen. Es ist bekannt, daß von diesen Plänen eigentlich nur die Städteordnung von Stein durchgeführt werden konnte, während die Selbstverwaltung in Dorf, Kreis, Provinz und Ländern erst in späterer Zeit nach manchen Kämpfen durchgesetzt worden ist. Doch können wir heute noch viel von der geistigen Grundrichtung Steinscher Selbstverwaltung in uns aufnehmen, weil Selbstverwaltungskörperschaften zu leicht wieder in ideenlosem Mechanismus stecken bleiben, den sie gerade aufheben sollten. Selbstverwaltung soll eine Erziehungsaufgabe sein, die ohne geistige Umwandlung der Menschen nicht zu lösen ist. Stein sah einen innern Zusammenhang zwischen seiner politischen Idee und den pädagogischen Tendenzen Pestalozzis. Sollen Staat und das Volk noch eine Zukunft haben und sich aus dem Druck der schweren Niederlage wieder erheben, so muß eine erhöhte Opfer- und Arbeits-

freudigkeit in ihnen lebendig werden. Das ist aber nur möglich, wenn die von oben regierten Untertanen sich in mitverantwortliche Staatsglieder wandeln. Heute stehen wir in der Volkswirtschaft vor genau den gleichen politisch-pädagogischen Problemen. »Weit wichtiger ist die Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns, die Benutzung der schlafenden oder falsch geleiteten Kräfte und der zerstreut liegenden Kenntnisse.« Die Produktionsidee in ihrem geistig-wirtschaftlichen Zusammenhang war auch für Stein die grundlegende. Die neuen Kräfte wollen sich betätigen. Eine weit-sichtige Staatskunst muß ihnen neue Aufgaben stellen, an deren Bewältigung sich ihr Tätigkeitsdrang entwickeln kann. Schließlich dürfen wir aber nicht vergessen, daß sich das Streben nach allen diesen inneren Umwandlungen auf die Beseitigung des äußern Drucks richtete. Im Unterschied zu unserer heutigen Erfüllungspolitik, die den Druck von außen durch innere Kraftentfaltung zur Erfüllung der Reparationen überwinden will, war Steins nie aus dem Auge gelassenes Ziel eine gewaltsame Vertreibung der Franzosen. Stein sah in Napoléon den Despotismus verkörpert. Von einem Staatsmann, der derart schicksalsmäßig in den Kampf mit Napoléon hineingestellt wurde, kann man natürlich kein objektives historisches Urteil erwarten. Während er in England den Hort der Freiheit und in seiner Selbstverwaltung ein Vorbild sieht, verabscheut er die Geschichte der französischen Revolution. »Unter Napoléons Despotismus schmiegte sie [die Nation] sich knechtisch, aller Gemeingeist, aller Sinn für Wahrheit und Recät verschwand, ihren Platz nahm Sklavensinn, gemeiner Egoismus, Habsucht, Sinnlichkeit und Ränkesucht ein.« Dies nur eine der vielen Stellen aus Steins Schriften, in denen sich sein bitterer Haß gegen Frankreich ausspricht, der ihn in diesem Punkt politisch, psychologisch und historisch farbenblind machte. Ganz besonders wendet er sich gegen den Geist der Aufklärung, den er als eine der Hauptquellen der französischen Revolution ansieht. Allerdings hängt er selbst mit Montesquieu eng zusammen. Wie dieser, hat auch Stein den englischen Parlamentarismus in Form der damaligen konstitutionellen Monarchie als Muster vor Augen. Doch auch die reale Verbindung mit England durch die englischen Banknoten, die zum Krieg nötig waren, ist für Stein bestimmend. Andererseits stützte er sich bei seinen Plänen stark auf Rußland, insbesondere auf

Alexander I., von dem er die Befreiung Deutschlands erwartete. Preußen war ihm nicht die Hauptsache sondern nur ein notwendiges und wichtiges Glied des neu erstehenden Deutschlands. Sein Traum war die Wiedererweckung des alten Stauferkaiserreichs mit seiner organischen Gliederung. Ganz besonders setzte er sich für die Einbeziehung Österreichs in das von ihm erstrebte Deutschland ein, wenn er auch keineswegs für die Schwächen der alten österreichisch-ungarischen Monarchie blind war. So war er im Gegensatz zu Bismarck großdeutsch gesonnen und steht uns heute dadurch wieder näher.

An der Errichtung des Deutschen Bundes nahm er lebhaften Anteil, entsprach auch das Resultat des Wiener Kongresses keineswegs seinen Erwartungen. Zweifelnd fragt er, ob die deutsche Nation in der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 die »Gewähr ihrer bürgerlichen und politischen Freiheit« finde. »Von einer so fehlerhaften Verfassung läßt sich nur ein sehr schwacher Einfluß auf das öffentliche Glück Deutschlands erwarten, und man muß hoffen, daß die despotischen Grundsätze, von denen mehrere Kabinette sich noch nicht losmachen können, nach und nach durch die öffentliche Meinung, die Freiheit der Presse und das Beispiel zerstört werden, welches mehrere Fürsten, besonders Preußen, geben zu wollen scheinen, indem sie ihren Untertanen eine weise und wohlthätige Verfassung erteilen.« Stein sollte noch schwer von der Weiterentwicklung der Verfassungsfrage enttäuscht werden, für die er durch den Krieg von 1813-1815 eine glückliche Lösung erwartet hatte. Er selbst wurde ja, wie so mancher andere überragende Geist, in der letzten Zeit seines Lebens (er starb 1831) völlig kaltgestellt. Wohl genoß er als Landesmarschall von Westfalen großes Ansehen; im übrigen aber mußte er sich mit historischen Forschungen begnügen. Bekanntlich schuf er in diesen Jahren den Grundstock zu dem Riesenwerk der Sammlung mittelalterlicher Geschichtsquellen, wie sie heute in einer so stattlichen Zahl von Bänden der Monumenta Germanica Historica vorliegen.

Auch durch diese gelehrte Tätigkeit wollte er vor allem das »Nationalinteresse« wecken. Seine ganze Staatsanschauung war ja geschichtlich orientiert. Er wollte keinen Umsturz, keine Staatskonstruktion aus der Luft heraus nach abstrakt demokratischen Prinzipien, vielmehr eine Weiterentwicklung auf festen, bodenständigen Grundlagen. In der alten

mittelalterlichen Überlieferung fand er solche Fundamente zu einem neuen sozialen Bau. Zum Beispiel wollte er, sehr im Gegensatz zu der ursprünglich auch von ihm vertretenen Gewerbefreiheit, die Zünfte erhalten und weiterentwickelt wissen. So wandte er sich auch sonst, besonders in der Frage der Agrarreform, gegen die individualistisch-liberalen Tendenzen Hardenbergs, der seine Wurzel in der französischen Aufklärung hatte. Stein wollte nicht die hemmungslose Mobilisierung des Bodens sondern trat im Gegenteil für die Unteilbarkeit des bäuerlichen Besitzes ein. Überhaupt fällt es auf, wie sehr für Stein der Besitz die Grundlage jeder politischen Betätigung ist. Seine Ideen hängen hier unmittelbar mit der Entwicklung des kapitalistischen Bürgertums zusammen, wenn er auch dessen schrankenlose Entfaltung nicht befürwortete. Er sah mit Sorge die Proletarisierung immer größerer Volksmassen kommen und versuchte sie aufzuhalten. Das Industriearbeiterproblem, das sich drohend im 19. Jahrhundert erhob, hat er nicht mehr zu lösen vermocht. Wie Goethe in Wilhelm Meisters Wanderjahren gibt Stein dem proletarisierten entwurzelten Menschen den Rat auszuwandern. Ja, er wandte sich sogar gegen die Ansiedlungsfreiheit auf dem platten Land und trat für die Erschwerung der Heiraten der Armen ein. So sehr sah er im Besitz die Basis eines gesunden Volkslebens. Und darum konnte er auch nicht die neuen sozialen Lösungen finden. Ist so seine soziale Gesinnung rückwärts gerichtet, so steckt in ihr doch auch ein Element, das dem Sozialismus verwandt ist, insofern sie das Ziel aller Politik in einer lebendigen Gemeinschaft sah, die sich von unten her aufbauen sollte.

**Totenliste** In Jena starb am 4. Januar der Senior der Vertreter vergleichender Sprachkunde

**Berthold Delbrück** in seinem 80. Lebensjahr. Er war ein Vetter Hans Delbrücks. Von 1870 bis 1913 wirkte er ununterbrochen als Professor der vergleichenden Sprachwissenschaft in Jena. Durch seine Untersuchungen über die indogermanischen Verwandtschaftsnamen hat Delbrück sich auch mit der ursprünglichen Form des indogermanischen Familienrechts beschäftigt.

Der schwedische Historiker **Harald Hjärne**, Professor an der Universität Upsala und Mitglied der schwedischen Akademie, ist am 6. Januar in seinem 74. Lebensjahr gestorben. Sein Spezial-

gebiet war die Geschichte der Beziehungen Schwedens zu Rußland. In deutscher Sprache erschien 1913 sein Vortrag Wasa und Hohenzollern, ferner die Studie Gustav Adolf, der Retter des Protestantismus in dem Sammelwerk Der Protestantismus am Ende des 19. Jahrhunderts.

Der im Alter von 94 Jahren verstorbene Berliner Schulmann *Bernhard Büchenschütz* hat sich auch wissenschaftlich um die Kenntnis des antiken Wirtschaftslebens verdient gemacht.

Ende Januar starb in Breslau der Professor der klassischen Philologie *Alfred Gercke*, in seinem 62. Lebensjahr. Er hat einen Abriss der griechischen Lautlehre und eine kurzgefaßte griechische Literaturgeschichte verfaßt. Auf dem Gebiet der römischen Literatur sind seine Senecastudien erwähnenswert. Mit Eduard Norden gab er Jahre lang die Einleitung in die Altertumswissenschaft heraus.

Der Denkmalpfleger für die Altertümer Hessens *Eduard Anthes* ist Mitte Februar im Alter von 63 Jahren in Darmstadt gestorben.

In Berlin starb Ende Februar infolge eines Unfalls der frühere Mitarbeiter der Zentralkommission der Monumenta Germaniae historica *Hans Wibel* im Alter von 40 Jahren. Er hatte zuerst Naturwissenschaften, dann hauptsächlich mittelalterliche Geschichte studiert. Seine fachliterarische Tätigkeit bewegte sich auf dem Gebiet der Diplomatik und verwandter Hilfswissenschaften.

Der langjährige Konservator am Louvre-Museum und Professor der Archäologie an der Pariser Kunstakademie *Léon Heuzey* ist im Februar im Alter von 91 Jahren gestorben.

Der namhafte Erlanger Germanist und Geschichtsforscher *Emil Elias von Steinmeyer* starb Anfang März im Alter von 74 Jahren. Seit 1877 wirkte er als Professor für deutsche Sprache und Literatur in Erlangen. Mit *W. Wilmanns* und *Otto Jaenicke* gab er *Alteutsche Studien*, mit *Sievers* die *Althochdeutschen Glossen* in 4 Bänden, sein Hauptwerk heraus /1879 bis 1898/, ferner bearbeitete er die 3. Ausgabe von *Müllenhoff* und *Scherers* *Denkmälern deutscher Poesie und Prosa* und war eine Reihe von Jahren Redakteur der Zeitschrift für deutsches Altertum. Seit 1903 war er Herausgeber des *Neuen Archivs der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde*, das in enger Verbindung mit den *Monumenta Germaniae* steht, an deren Leitung der Verstorbene viele Jahre beteiligt war.

Im Alter von 79 Jahren starb am 27. März *Otto Hirschfeld*, der langjährige Vertreter der römischen Geschichte und Inschriftenkunde an der Berliner Universität. Er stammte aus Königsberg und hat dort, in Bonn und in Berlin studiert. Bald wurde er Freund und Arbeitsgenosse *Mommsens*. Von 1865 bis 1867 fällt seine erste Reise nach Italien. 1869 habilitierte er sich in Göttingen. 3 Jahre später wurde er ordentlicher Professor in Prag, später kam er nach Wien, endlich 1885 als *Mommsens* Nachfolger nach Berlin. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit lag in seiner Mitarbeit am *Corpus inscriptionum latinarum*. Im übrigen beschäftigte der jetzt verstorbene Gelehrte sich hauptsächlich mit der Verwaltungsgeschichte der römischen Kaiserzeit.

Der Direktor des Staatsarchivs von Frankfurt am Main *Rudolf Jung* ist im April im Alter von 63 Jahren gestorben. Er hat sich vorzüglich der Geschichte seiner Vaterstadt gewidmet und zahlreiche Bücher über Frankfurts Geschichte herausgegeben.

Der älteste der europäischen Geologen und Vorgesichtsschreiber *Giovanni Cappellini* ist im Mai in Bologna im Alter von 89 Jahren gestorben. Er hat sich durch eine Reihe bedeutender Publikationen und wichtiger, zum Teil auch wirtschaftlich wertvoller Entdeckungen, wie den Nachweis von Braunkohlenlagern in Oberitalien und Sardinien, bleibende Verdienste erworben. Er begründete auch das Geologische Museum in Bologna, das zu den reichsten und bestgeordneten Sammlungen der Welt gehört.

**Kurze Chronik** Am 27. September feierte man das Jubiläum einer der größten Entdeckungen.

An diesem Tag hatte vor 100 Jahren *Jean François Champollion* der Französischen Akademie mitgeteilt, daß ihm die so lange vergeblich gesuchte *Entzifferung der Hieroglyphenschrift* gelungen sei. Diese Tat, wie so viele andere geniale Konzeptionen also französischen Ursprungs, begründete die Ägyptologie, an der dann weiter deutsche Forscher erheblichen Anteil hatten. Der Nachfolger *Champollions* wurde *Lepsius*, dessen Arbeit *Erman* fortsetzte. Sie haben die Ägyptologie ausgebaut. ◊ In Rom ist eine Kommission zusammengetreten, die eine *internationale Arbeitsgemeinschaft der Archäologen* anbahnen will. Das neuzubegründende Institut will die Aufgaben des alten Istituto di Corrispondenza Archeologica weiterführen. Zum deutschen Vertreter wurde der Leiter des

Deutschen Archäologischen Instituts in Rom Walter Amelung bestimmt. ◊ Bei Beginn der Tagung der *Französischen Akademie* für alte Geschichte in Paris am 22. Juli wurde eine Gedächtnisrede auf Hermann Diels, den kürzlich verstorbenen Sekretär der Preußischen Akademie der Wissenschaften, gehalten; Diels war Korrespondierendes Mitglied der Pariser Akademie seit 1889. ◊ Dem Papst Pius XI. sind von Mailänder Großkaufleuten für die *Vatikanische Bibliothek* 330 wertvolle Codices arabischer Herkunft geschenkt worden. ◊ Als Nachfolger Daenells geht *Hermann Wätjen* in Karlsruhe nach Münster, um dort an der Universität das Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte zu übernehmen. ◊ An der Universität Graz *habilitierte* sich der ehemalige Oberst Emil Gamber für semitische Philologie. Seine Habilitationsschrift enthält Studien zur vorköniglichen Geschichte Israels. Gamber war lange Zeit Offizier und Fachlehrer an militärischen Bildungsanstalten. 1918 promovierte er mit einer Arbeit über das Kriegswesen Israels.

#### Literatur

Eine sehr großzügige Zusammenfassung der Entwicklung der neuesten Zeit gibt *Hugo Preller* in seinem Büchlein *Weltgeschichtliche Entwicklungslinien vom 19. zum 20. Jahrhundert in Kultur und Politik* (in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, B. G. Teubner/). Hier ist der Versuch gemacht die Dinge universal, nicht nur geographisch zu betrachten. Die Schrift berücksichtigt alle Kulturausstrahlungen, sie behandelt im Zusammenhang die geistigen und materiellen, sozialen und innenpolitischen Entwicklungen. Sie wird besonders für pädagogische Zwecke viel Anregung und Aufschluß geben. ◊ Als 4. Heft der Schriftenreihe der Verwaltungskademie Berlin /Mannheim, J. Bensheimer/ gab *Ludwig Bergstraesser* eine Geschichte der politischen Parteien heraus, die für die Zwecke der staatsbürgerlichen Erziehung ein unentbehrliches Hilfsmittel werden dürfte. Nach kurzen grundsätzlichen Erörterungen über das Wesen der Partei und der politischen Presse wird die Entwicklung der großen politischen Strömungen, des Liberalismus, Konservatismus, Katholizismus und Sozialismus und ihr Niederschlag in der Geschichte der verschiedenen Parteien geschildert. Die Arbeit ist mit reichen Literaturangaben versehen. Ein Anhang enthält auch wahlstatistische Veröffentlichungen.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

Sechzigjährige Gerhart Hauptmann, Arthur Schnitzler, Johannes Schlaf, Ludwig Fulda sind jetzt 60 Jahre alt. Jeder von ihnen steht in der Literaturgeschichte unserer Zeit als ein Mann von besonderem Wert. Man ist versucht heute eben, da deutsche Dichtung ein schwankender Begriff geworden ist, den Charakter dieser Jubilare, die ihren Lebens- und Arbeitsmut stets von neuem versichern, noch einmal handfest und kurz zu charakterisieren. *Gerhart Hauptmann* werden jetzt Ehren ungewöhnlichen Umfangs erwiesen. Alles geschieht jetzt im neuesten Deutschland zu laut, zu sehr nach außen, immer mit dem Blick über die Grenze, mit dem Zuruf: Seht her, das alles ist bei uns! Aber das paßt nicht zu Gerhart Hauptmann, der nicht nur der größte der heute lebenden deutschen Dichter ist. Das Eigentliche dieses Menschen (der sich in den letzten Jahren in allerhand Taggedinge, in die bei uns jetzt üblichen Beteuerungen, Lamentationen und Proteste hineinzerren ließ, und von dem in den Tageszeitungen Meinungsäußerungen standen, bei denen der teure Name unten uns schmerzte) wird durch seine Ernennung zum Nationaldichter nicht getroffen. Überall in seinen Stücken, auch in den von der "Kritik" als "schwach" ausgegebenen, finden sich, meist an unbeachteter Stelle, Worte, wie sie jeder sprechen könnte, und wie doch nur er sie spricht. Nur er. Gerhart Hauptmann, der die Weber und den Bahnwärter Thiel, der Hannele Matterns Himmelfahrt und den Narren in Christo Emanuel Quint geschrieben hat: er wird jetzt von der heraufgekommene Bürgerlichkeit gefeiert und von denen, die sich als Neueste etikettieren, vornehm abgewiesen (welche Philister sind doch beide!). Vor 15 Jahren erschien die erste Gesamtausgabe der Hauptmannschen Werke (siehe hier die Rundschau Bücher, 1907 I, Seite 98), und zum erstenmal kam uns das Gesamtbewußtsein dessen, was in den anderthalb Jahrzehnten vorher da geschaffen war. Jetzt kündigt der Verlag S. Fischer eine neue, große und diesmal vollständige Ausgabe an. Wird es denen, die Hauptmann lieben, und in denen er lebt, möglich sein sie sich anzuschaffen?

Der Individualist, der sich gern in der Dichtung spiegeln möchte, wendet sich nicht selten zu *Arthur Schnitzler*. Doch auch er ist anders, ist mehr. Dieser

Dichter beugt sich in demütiger Gebrochenheit vor dem Schicksal. Er begnügt sich mit halben Antworten auf die Fragen der Schickung. Er steckt sich und seinem Wesen nicht ein Ziel, das vollständig erfüllt wird. Er zerknickt, seiner Ahnung, seiner Erfahrung, auch seinem medizinischen Scharfblick folgend, die Ereignisse des Daseins, bevor das Ausrufungszeichen als Erlösung oder Zerschmetterung gesetzt wird.

Ein Kritiker, scharfsichtig und spitzfindig in seiner Bitterung, schrieb, als er von *Johannes Schlaf* redete: Den »Sonnenaufgang« singt meist ein anderer. Dieser Stich, geradeaus auf Gerhart Hauptmann gerichtet, kommt von einem ungerechten Streiter. Wäre der Satz richtig, dann müßten die kleinen Sizilianer mehr gelten als der majestätische Dante Alighieri, Dryden mehr als Shakespeare, Gellert mehr als Lessing, Wagner, der Dichter der Kindsmörderin Evchen Humbrecht, mehr als Goethe, die Goncourts mehr als Emile Zola, der Graf Saint-Simon mehr als Karl Marx. Mit solcher Gegenüberstellung nutzt man nicht Schlaf, dem wir alle Liebe entgegenbringen. Johannes Schlaf stand an der Schwelle einer neuen Zeit, die, nach unfruchtbarer Literaturmittelmäßigkeit, den ganzen Menschen erfaßte. Mit seinem Kameraden Arno Holz versteckte er sich hinter einer skandinavischen Maske, um deutsche Leser von der Notwendigkeit neuer Kunstformen zu überzeugen. Zu achten ist die Geschmeidigkeit des Denkers, der lange vor allen übrigen Aposteln Whitman und Verhaeren in den weiterbauenden Naturalismus und Mystizismus der alten und neuen Welt hineinführte. Der Sieg, den sein Geist erstritt, regte freilich nicht zu Siegesfesten jener Freudigen auf, die in der frohen Botschaft des Evangeliums auch den berückenden Schmelz der Sprache suchen.

Nicht um die Sangbarkeit des Worts handelt es sich allein. Das mit persönlicher Wucht geladene Wort entscheidet. Schöne Form und Formschönheit sind verschiedene Dinge. Schöne Form kann etwas Flaches, Abgebrachtes, Mattes sein, wie *Ludwig Fuldas* zahlreiche Versdramen zeigen. Dieser Dichter, dem die Erfindung leichtlich tröpfelt, dem die Beseelung nicht gelingt, braucht jedoch nur fremde Geisteskraft zu entleihen, und man fällt ihm zu. So wird es Fuldass Verdienst bleiben, daß er Molière und den *Cyrano de Bergerac*, die schwungvollste Komödie der Vergangenheit, die eine ganze (und wie schöne)

Epoche eines ganzen (und wie lebendigen) Volkes zu Geist und Fleisch werden läßt, als Meister verdeutscht hat.

Das neue Theater, an dessen Entwicklung Hauptmann, Schnitzler, Schlaf und Fulda gleichmäßig beteiligt sind, brauchte die neuen Schauspieler. Sie mußten Menschendarsteller werden, abhold einer überwuchernden und überlebten Romantik. Das neue Licht, das auf die Bühne quoll, die Elektrizität, die um die Mitte der achtziger Jahre das Gas ablöste, dieser verstärkte Glanz rückte das menschliche Wesen des Theaters in eine hellere Öffentlichkeit. Die Dichtung verlangte eine Umschulung in theatralischen Dingen. Die Schauspieler, eben noch außerhalb der Gemeinschaft stehend, oder über ihr, wie es bei einigen genialen Vagantengenies geschah, wurden mächtig in die Gemeinschaft hineingezogen. Das Schicksal wirkt auf merkwürdigen Umwegen. Es brachte den geistigen und sozialen Führer für diese Schauspielerbewegung im gleichen Jahr 1862 zur Welt, das die Anführer der modernen deutschen Dichtung gear. Auch *Gustav Rickelt* wurde 1922 60 Jahre alt.

#### Epik

Die Vielheit der Gesichte gibt eine Einheit. Der Beobachter hat sich in hunderten Bücher hineingewühlt. Doch statt Genies trifft er nur Kategorien literarischer Gewohnheiten. Der Stil herrscht, die Stärke nicht. Der Geschmack herrscht, nicht die Gewalt. So sind hunderte Bücher leichter zu übersehen als eines.

Gewiß, *Alfred Polgar* geht mit Grazie seitwärts. Mehr mit dem Wort als mit der Gesinnung. Er beredet das Gestern und Heute /Dresden, Rudolf Kaemmerer/. Ihn kränkt das Unglück seiner österreichischen Heimat. Aber er liebt das Rezept des Lachens. Seine Literatur ist Kultur; Kultur des Ermüdeten allerdings, nicht die wohlwollend umarmende Weltliebe nach jeder Richtung. Dazu der Wille als Schriftsteller irgendwie Schliff und epische oder balladische Rundung in seine glossierenden Artikel und sorgsam artikulierten Glossen zu bringen.

*Dimitrij Mereschkowskij* sucht Anschluß bei den europäischen Lesern. Sein Geschichtsroman *Der 14. Dezember* /München, Dreimaskenverlag/ ist eine Kunstarbeit. Die russische Seele, die sich in den Genieen Tolstojs und Dostojewskijs findet, wird bei Mereschkowskij nur als Stoff spürbar, nicht aber als Element des Künstlers. Das Schicksal des Mannes,

den sein Vaterland nicht mehr beherbergt, und der nun in europäischen Hauptstädten Heimat sucht, muß ergreifen. Ob nun Tiefes in ihm ent wurzelt wird, da er die heimische Erde flieht, läßt sich schwer sagen. Sicher ist nur, daß er sehr gedämpft schreibt.

In deutscher Übersetzung erschien jetzt das Buch des in seinem Land, Ungarn, schon bekannten Dichters *Ludwig Biro* Die Juden von Bazin /Berlin, Oesterheld/. Es ist vor allem der mittelalterliche Judenstoff, der erschüttert, und dessen Pogrom- und Blutstimmung aus eigener Kraft die Tragik fördert. Biro hat ihn offenbar unter dem Einfluß einiger Inspiration gefunden. Die furchtbar unfaßbare Tragödie ungarischer Juden, die Verblendungs- und Scheiterhaufentragödie, die von Biro erzählt wird, wirft ihren blutroten Schein durch die Jahrhunderte in unser Jahrzehnt, in dem wir diese Juden plötzlich näher sehen als zu Beginn dieses Jahrhunderts, wo wir dergleichen vielleicht nur gelesen, doch nicht in uns selber gefühlt hätten.

Nach solcher Darstellung wirkt *Franz Werfels* Novellenstudie Spielhof /München, Kurt Wolff/ blaß, spröde. Dabei weiß man doch, welche Welle der Beredsamkeit aus diesem Lyriker strömt. Is es Schwäche, ist es Wille, daß er die Buntheit als Prosaiker verliert? Wahrscheinlich ist es kein Zufall. Es enthüllt sich bei dem Prosa schreibenden Menschen stets die Frage, ob er weltläufig oder nur ein zerzauster Einsamkeitsgrübler ist. Werfel huldigt noch zu sehr esoterischen Neigungen, um über den Kreis seiner eigenen Gefolgschaft herauszukommen. Aber er bescheidet sich. Selbst seine mächtig aufquillende, aber arg verquollene Fausttragödie, die er in dem Symbol des Spiegelmenschen faßte, verriet die Beschränkung, die Temperament und Weisheit ergeben. Werfel bleibt auf einer Linie der Erdenliebe, die man als Liebe zu den großen Dingen bezeichnen könnte. Der Worteschwall entstammt bei ihm der Großherzigkeit. André Suarès spricht einmal von der Kraft der Nordischen zu denken, von ihrer Ohnmacht jedoch dem Gedanken die Form zu geben. Völker gäbe es, die nur grübeln, andere, die nur gestalten. Nord und Süd in Gegensatz gestellt. Frankreich, die Erde der Versöhnung, die Erde des Ausgleichs zwischen Gedanken und Form, schafft die Harmonie zwischen beidem. So Suarès. Wäre es ihm vergönnt Werfel in der Ursprache zu lesen, er würde auch ihn als ein Wesen derartiger Harmonie erkennen.

**Kurze Chronik** Bei der 100. Wiederkehr des Todestags E. T. A.

*Hoffmanns* waren in Berlin 2 Hoffmannausstellungen zu sehen. Die Preußische Staatsbibliothek stellte aus ihren Beständen außer zahlreichen Briefen, Bildern, Zeichnungen und Erstdrucken Hoffmanns seinen gesamten musikalischen Nachlaß aus, der seit längerer Zeit in ihrem Besitz ist; als kleine Festgabe hat sie eine unbekannte Komposition Hoffmanns, das Tiecksche Jägerlied, faksimilieren lassen. Die Ausstellung im Märkischen Museum bewegte sich mehr in der engeren Sphäre des persönlichen Lebens Hoffmanns. Sie brachte vergilbte Handschriften, Briefwechsel, Tagebücher, Zeichnungen, Bilder und Illustrationen aller Art, zeigte den Dichter im Umgang mit sich selbst, mit dem Beruf, mit den Freunden, mit den Gegnern. Der Königsberger Goethebund ehrte den Gedenktag E. T. A. Hoffmanns, der ein geborener Königsberger ist, durch die Einweihung einer Gedenktafel an seinem Geburtshaus in der Französischen Straße. ◊ Am 6. Juni wurde in Gotha ein *Verband literarischer Gesellschaften Deutschlands* gegründet, der die Zusammenarbeit aller literarischen Gesellschaften in allen ihren Wirkungskreis angehenden Fragen bezweckt. Die Mitteilungen des Verbandes werden in der Zeitschrift *Die Neue Richtung* /Regensburg, Franz Ludwig Habel/ veröffentlicht. ◊ Der Verlag Charles Bonnier in Stockholm hat in den letzten 10 Jahren 1 200 000 Bücher *Strindbergs* herausgebracht; das sind für das Jahr 120 000, für den Tag 330 Exemplare. Ist Strindberg nun populär? Er wird viel gekauft und aufgeführt. Aber die Bildung bleibt bei seiner Oberfläche. In die angelsächsische Welt unserer Tage und nächsten Zukunft paßt er nicht hinein. Später kommen die Menschen seiner Zeit.

#### Literatur

Dämonische Dichter: *J. E. Poritzky* widmet ihnen einen Band der betrachtenden Essays /München, Rösl/. Die Dämonie in Strindberg oder Poe soll dieses Ungeborene des innern Brandes sein, das den Mann nicht zum Glück, das den Künstler auch häufig nicht zur Vollendung gelangen lasse. Zum Glück spürt Poritzky nicht nur das Brüchige in den sinnierenden Dämonen auf. Er sucht auch das Fruchtbare der Fluchwürdigkeit zu zeigen. Er deutet sogar auf Heilungsprozesse hin, die sich in dem einzelnen begeben; auch Heilungsmöglichkeiten, die für den dä-

...onischen Posten wirkten, werden nicht übersehen. Poritzkys Buch ist lehrreich, vollstümlich, abgeklärt. ◊ Die deutsche Literatur unserer Zeit überblättert *Kurt Martens* /München, Rösl/. Er tut es als ein Vielbelesener, der immer im Kampf mitten innen stand, seine Meinung nicht verleugnete und sich häufig auch mit dem Herzen verschenkte. Darum ist seine Meinung recht persönlich. Er will aber die Subjektivität unterdrücken. Er will das geschichtlich noch nicht Abgekühlte durch ein vorsichtiges Patriarchentum einwecken, keinem Dichter mehr vorwärtstreibender Schutz sein sondern nur noch aufwahrer Hort. Solche Haltung ist für einen Polemiker vom Schlag Martens' nicht eben bequem. Er muß eine Herbariumskunst und Einbalsamierungsmethode erfinden, die nicht immer der belebenden Wärme seines Ausdrucks günstig sind. ◊ Macht sich schon bei Martens das Tabellarische breit, so wird es bei dem Literarhistoriker *Hans Röhl* einzige Darstellungsart. Sein Abriß der deutschen Dichtung /Leipzig, B. G. Teubner/ will allein dem Zweck des Unterrichts dienen. Er hat sauber, fleißig und mit allen Mitteln des gelehrten Verstandes sein Werklein bewältigt.

## KULTUR

### Kunstgewerbe / Adolf Behne

Ausstellungen 1922

Weder die *Münchener Gewerbeschau* noch die *Mitteldeutsche Ausstellung Magdeburg* bedeuten viel für unsere Zukunft.

Sie enthalten in der übergroßen Fülle des Materials sicherlich auch einzelne, nicht viele, gute und interessante Stücke, aber sie zeigen keinen Willen, kein Ziel. Alle diese Dinge kennt man aus Zeitschriften, Vorträgen, Broschüren, Ateliers usw., und man kann sie dort besser studieren als in einer Riesenausstellung. Immerhin, schlösse man alles Schlechte, Minderwertige, Überflüssige aus und mache aus dem guten kleinen Rest hier wie dort eine Ausstellung (der Versuch wurde überhaupt nicht unternommen), so könnte etwas Nützliches entstehen. Eine Ausstellung ist nämlich etwas anderes als das Zusammenwerfen von möglichst vielem Material. Durch Gliederung, Ordnung, Konzentrierung, Reihenfolge das Material für den Besucher instruktiv und zwingend zu machen; das wäre Aufgabe, Sinn und wäre die Kunst bei einer Ausstellung. Aber dazu gehört eine Idee. Statt dessen macht man "Kunst" in der Aufmachung der Pavil-

lone, der Reklame usw. Es ist wirklich an der Zeit mit dieser Aufmachungsmoderne, mit diesem Attrappenkult Schluß zu machen. Jeder Besucher wird die Ausstellungen nach dem Gesamteindruck beurteilen; danach, wie weit ein klarer Wille das Ganze zur Einheit, zur Form bannt. München hat immerhin ein gewisses geschmackliches Können, eine Oktoberfestroutine, die über manche Hohlheit äußerlich hinweghilft. Seine aus Fliegenden Blättern und "Expressionismus" gemischte "Aufmachung", die kaum noch ausgestellte Objekte existieren läßt ("Es lebe die Aufmachung, nieder mit der Sache!"), hat gegen Magdeburg Schwung und traditionelle Geschicklichkeit. Seidels Reklame bringt in ihrem Augustheft charakteristische Beispiele in Abbildungen (Werbliches von der Deutschen Gewerbeschau). Magdeburg ist ganz haltlos und wirkt dilettantisch (das Plakat, der Katalog, die Reklame). Man glaubt hier künstlerisch und modern zu sein, wenn man alles in eine dicke, grelle Farbensauce taucht. Der Kult des Nebensächlichen bringt uns rapide zurück. Köln 1914 war unendlich weiter als München 1922. Das Beste in München sind die alten Ausstellungshallen in straffer Betonkonstruktion, die Bertsch vor 10 Jahren errichtet hat.

Als Idee für eine moderne Ausstellung möglich wäre die systematische konzentrierte Zusammenfassung aller gestaltenden Kräfte der Gegenwart, ohne Sentimentalität, ohne Einerseits-andrerseits. In München 1922 baut man, und das charakterisiert die Ziellosigkeit der Ausstellung, eine sonderbare Attrappe, für die leider Peter Behrens verantwortlich zeichnet, und die der Katalog (dessen Deutsch eine "Schenswürdigkeit" ist, während der Magdeburger Katalog in seinen Aufsätzen manches Gute bringt) als »eine Art Dombauhütte« bezeichnet. Ein wesenloses ausgedachtes Irgendwas. Was soll das sein? Es kann kein Mensch für »eine Art Dombauhütte« eine Form finden. Form kommt aus Sache. Wo keine Sache, wo statt ihrer ein Wort, ein unklarer abgestorbener Begriff ist, kann keine Form entstehen. Wir sehen also statt ihrer eine komplizierte, willkürliche sinnlose Künstlichkeit, nicht Haus, nicht Halle, nicht Zelt, nicht Hütte, nicht Bude, eine dem Gehirn abgequälte unfruchtbare Dekoration. Was ist darin? Moderne, also "expressionistische", religiöse Kunst. Ich kenne nur, und nur aus Photos, den Christus am Kreuz von Ludwig Gies (bei meinem Besuch in

München war die »Art Dombauhütte« noch nicht geöffnet.) Seine outrierte, ausgetüftelte Form ist Folge des notwendig ergebnislosen Mühens um eine Aufgabe, die dem Künstler nichts bedeutete. Für jede Sache läßt sich eine einfache, alle überzeugende Form finden. Fällt die Sache aus, so wird die Form willkürlich, gesucht, gequält. Die sogenannte religiöse Kunst des Expressionismus ist zum größten Teil unfrommer Selbstbetrug, ja eine Mode. Ich kann es durchaus verstehen, daß religiöse Menschen an »einer Art Kreuzifix« wie dem Giesschen Anstoß nehmen. Als Kunstform ist er gleichgültig wie alles Künstliche (das gern Ekstase sein möchte), als Kultform unmöglich wie alles Artistische. Es handelt sich um expressionistisches Kunstgewerbe.

München, von Magdeburg zu schweigen, zeigt keinen Anstieg sondern ein Ermatten. In der Arbeit der jungen Generation kündigt sich fraglos ein Anstieg an. Doch will diese Jugend in Ruhe arbeiten; sie denkt nicht an übereilte Ausstellungen solchen Ausmaßes, die ihrem Streben nichts mehr sagen, und die besser überhaupt endgültig der Vergangenheit angehören sollten.

**Bankkultur** Einen merkwürdigen Wettbewerb schrieb die deutsche Postverwaltung aus. Für einen *Postneubau* unmittelbar am Hauptbahnhof Bremen liegen die Grundrisse fertig vor. Durch ein Preisausschreiben wollte man die beste Fassade finden. Abgesehen von der prinzipiellen Verkehrtheit (noch verkehrter wäre es allerdings für eine vorhandene Fassade nachträglich den besten Grundriß auszusuchen) war es in diesem Fall besonders schwierig eine Fassade von künstlerischem Wert zu schaffen, weil die Grundrisse nach Schema F ausgesprochen bürokratisch, papiern und ideenlos sind. Hans Scharoun, der sich an dem Wettbewerb beteiligte und schon bei dem ersten Rundgang der Preisrichter durchfiel, reichte eine zweifache Bearbeitung der Aufgabe ein, indem er einmal den bürokratischen Grundriß mit ganz geringen Abweichungen zugrunde legte und in einem andern freien Projekt die Lösung skizzierte, die sich sachlich aus der städtebaulichen Situation und aus dem Betrieb ergeben mußte. Während der bürokratische Grundriß, natürlich, die öffentlichen Schalterräume, die internen Verwaltungsräume des Scheckamts und den Packraum unter ein Dach zusammenpercht und, bei Vergewaltigung des

natürlichen Betriebsgangs, zumindest nicht voraussetzungslos aus diesem den Raum entwickelnd, sie in den konventionellen Körper eines »normalen« Hauses mit leicht anzubringender Repräsentationsfassade (Muster C 4) zwingt, trennt Scharoun die technisch und physiognomisch durchaus verschiedenen Betriebe: die an die Bahngleise flach anliegende Packhalle, den gelagerten, runden, öffentlichen Schalterraum mit Oberlicht und das in 8 Stockwerken hochgeführte, geballte Scheckamt, das reines Verwaltungsgebäude fast ohne Verkehr mit dem Publikum ist. Dadurch entstand, nicht nach den Wünschen eines formalen Ehrgeizes sondern aus der Berücksichtigung und logischen Zuordnung der sachlichen Notwendigkeiten, ein überaus charakteristischer lebendiger Körper, der sich knapp und unmittelbar struktiv mit dem Sinn des Hauses deckt, nichts anderes sein will als sein einfachster Ausdruck. Freilich ist dieser Körper, den Scharoun ausgezeichnet mit Unterführung und Stützmauer des Bahndamms zur rhythmischen Einheit bringt, recht wenig geeignet noch irgendeine repräsentative Fassade aufzunehmen, da er eine wirkliche Einheit von Außen und Innen ist, »wie die aus technischen und räumlichen Voraussetzungen erwachsene Schönheit eines Schiffes«. Auch die den gegebenen Grundriß der Post respektierende Lösung Scharouns ist sehr erfreulich. Sie weiß aus ihm zu holen, was möglich ist, und gibt wesentlich mehr als eine »Fassade«. Leider fand das Ganze bei den Preisrichtern, unter denen die Beamten der Post überwogen, keine Beachtung. Das Protokoll mit seiner Beurteilung der preisgekrönten Arbeiten verät in jedem Wort das Festhalten an alten polytechnischen Idealen. Ein böses Beispiel antlicher Baukunst ist gegenüber dem Dom der Neubau der Reichsbank in Magdeburg.

In Magdeburg war ein Wettbewerb für Entwürfe zu einem *Eckhaus* an der Stelle, da Kaiser Wilhelm Platz und Listemannstraße zusammenstoßen, ausgeschrieben worden. Es handelt sich um ein Grundstück, das der Stadt gehört. Am 19. April fand die Entscheidung statt. Von den Bewerbern, deren Entwürfe mit Punkten ausgezeichnet wurden, erhielten Hans Peter und Hans Loritz /Magdeburg/ 16 Punkte, Walter Günther /Magdeburg/ 15, W. Malchow /Passau/ 8, Fischer, Schütz, Zabel /Magdeburg/ je 3, Schneck /Quedlinburg/ und Paul Thürmer /Magdeburg/ mit Heinrich Adam als Mitarbeiter je 1. 20 Be-

werber fielen aus. Die Preisrichter waren: Gropius /Weimar/, Mebes /Berlin/, Poelzig /Potsdam/, Redslob /Berlin/ und Taut /Magdeburg/.

In Leipzig will man das alte, 1765 errichtete Theater mit einem Kostenaufwand von 4½ Millionen Mark gänzlich umbauen. Der Zuschauerraum soll seine jetzige Form behalten; dagegen soll die ganz veraltete Bühne den neuesten bau- und bühnentechnischen Forderungen entsprechend umgestaltet werden.

Für die Funkstation der japanischen Regierung in Tokio wird ein Eisenbetonturmturm von 200 Meter Höhe errichtet. Eine amerikanische Firma hat die Ausführung. Der untere Durchmesser des Turms mißt 16,8 Meter, der obere nur 1,2 Meter; dazwischen verjüngt sich der Turm geradlinig. An der Spitze sind die 4 Antennen mit verankerten Stahlrahmen befestigt. Im Innern ist eine eiserne Treppe; sie führt zu 4 Galerien und einer Plattform an der Spitze. Der Turm wird in Holzformen schichtweise von innen aus aufgestampft. Für Argentinien baut Paul Mebes, gemeinsam mit Paul Emmerich, eine Funkstation. Ein Teil der Pläne ist in der Großen Berliner Kunstausstellung zu sehen.

Über die Zweckmäßigkeit einer Spezialisierung im Baubetrieb findet sich in einem Aufsatz Gartenstadt Vreewijk bei Rotterdam in der Volkswohnung ein wichtiger Passus, der hier mitgeteilt sei: »Der Baubetrieb in eigener Regie ist auf eine weitgehende Spezialisierung gegründet. Unter den Handwerkern sind einzelne Arbeitsgruppen gebildet, die immer nur die gleiche Arbeit ausführen, zum Beispiel das Mauern der Bankette oder das Mauern der Schornsteinköpfe, eine Arbeit, die sich, da die Bautypen die gleichen bleiben, immer wiederholt und so fortlaufend zu gesteigerten Leistungen führt. Die Arbeiten werden nach der Leistung bezahlt. Eine Handwerkergruppe wandert, kontinuierlich weiterarbeitend, von der Baustelle einer Hausreihe zur nächsten, so daß die Häuser staffelförmig im Bau fortschreiten und ohne Pause ein Arbeitsvorgang auf den andern folgt. Gegen die Eintönigkeit der immer wiederkehrenden Spezialarbeit wurde wohl anfangs von den Arbeitern Einspruch erhoben, aber der Mehrverdienst und der Anreiz, der sich aus der ständigen Aufmerksamkeit auf eine Vereinfachung der Arbeit ergibt, lockten die Arbeiter an, so daß sie sich bald im Überfluß meldeten, während sonst in Holland ein großer Mangel an Bauarbeitern besteht.«

Im Anschluß an die 4. Tagung des Deutschen Bauarbeiterverbandes fand am 14. Mai in Leipzig eine internationale Konferenz der Sozialen Baubetriebe statt. Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, Schweden, Tschechien, Ungarn hatten sie beschickt. Es wurde beschlossen die Geschäftsführung des Deutschen Verbandes Sozialer Baubetriebe (Martin Wagner) mit der Vorbereitung eines internationalen Zusammenschlusses der Sozialen Baubetriebe zu betrauen.

Die Württembergische Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbundes hatte in Stuttgart eine kleine Ausstellung, der der Stuttgarter Kunstführer ein gut illustriertes Sonderheft widmet. Das interessanteste Stück der Ausstellung ist der hier bereits erwähnte Raum Richard Döckers, in den einige Mauerbilder Willi Baumeisters eingegliedert sind. Diese starke Leistung wird in dem Heft durch Gustav Pazaurek, den Leiter des Stuttgarter Kunstgewerbemuseums, in einer Art kritisiert, die zurückgewiesen werden muß. Ein Kunstgelehrter sollte auch dort, wo er glaubt ablehnen und warnen zu müssen, nicht ohne eine gewisse Sachkenntnis urteilen. Der Vorwurf der »Tollwut« gegen diese strenge, gewissenhafte und von jedem Bluff entfernte Arbeit fällt durchaus auf den Kritiker zurück. Solange man noch alles, was nach Liebermann kam, in einen Topf wirft, sollte man, um sich vor Blamagen zu hüten, lieber nicht über moderne Kunst schreiben. Auch geht es über die Kompetenz des Kritikers hinaus Interessenten vor dem Versuch einer Verbindung mit dem Künstler zu warnen.

**Buchkultur** Im Euphorionverlag in Berlin erscheint als »Zeitschrift für die Förderer des Jacob Krause-Bundes«, ein Organ, das sich *Heftlade* nennt und von Ernst Collin redigiert wird. Das 1. Heft enthält einen wertvollen illustrierten Beitrag G. H. E. Bogengs über die Bozerians und ihren Schüler Thouvenin, die berühmten Pariser Buchbinder des beginnenden 19. Jahrhunderts, einen Beitrag von Paul Kersten und anderes. Die druckkünstlerische Haltung des Heftes ist innerhalb des Konventionellen einwandfrei und sehr sorgfältig, weist aber keine neuen Wege.

Viel eher wäre das von einer Reihe knapper, aber inhaltreicher Hefte zu sagen, die der Werbeanwalt Johannes Weidenmüller unter dem Titel Im Kräftespiel der Kundenwerbung im Privatdruck in

Berlin herausgibt. Ihr Inhalt zeigt das klare, sachliche, den Dingen auf den Grund gehende Denken Weidenmüllers, und der Druck versucht nicht ohne Glück dem auch typographisch Ausdruck zu geben. Hier ist Zeile für Zeile, Abstand für Abstand, Grad für Grad reichlich überlegt. Jede einzelne Seite zeigt sofort in ihrer Struktur die Gliederung der gedanklichen Arbeit. Hier herrscht nicht mehr eine konventionelle, formale Ästhetik, sondern der unmittelbare Ausdruck als Funktion des Geistigen. Hier ist das Satzbild nicht mehr "Fassade".

**Organisation** Richard R. Hintz gibt im Verlag des Vereins deutscher Ingenieure in Berlin eine Reihe von Veröffentlichungen heraus, die er Fundamente der Organisation nennt. In ihnen behandelt Walter Porstmann den Zusammenhang von *Sprache und Schrift*. »Die Zusammenordnung von Begriff, Laut und Zeichen ist einer der Grundpfeiler unserer Kultur . . . eine Verständigung von Mensch zu Mensch ohne sie nicht denkbar. Es kommt also darauf an diese Zusammenordnung auf die denkbar höchste Stufe der Präzision zu erheben. . . Mit der Rückständigkeit eines dieser Teile sind große Kulturhemmungen verbunden . . . Obwohl die Arbeit an Sprache und Schrift ureigenste Gesamtaufgabe ist, fehlt bisher der ordnende Zusammenschluß. Die Einigung der zersplitterten Kräfte, ihre Richtung auf gemeinsame Ziele und vor allem die Klärung der Ziele in der Ordnung von Sprache und Schrift ist die Aufgabe des vorliegenden Buches.« Die Behandlung der Aufgabe durch Porstmann verdient die stärkste Beachtung. Enger im Zusammenhang mit dem Gebiet dieser Rundschau steht eine andere Schrift Porstmanns *Papierformate*, herausgegeben vom Normenausschuß der deutschen Industrie in Berlin. Die Nachteile der bisherigen Willkür in den Papierformaten liegen in praktischer und in wirtschaftlicher Beziehung klar zu Tage. Der Normenausschuß für das graphische Gewerbe hat sich zu folgenden Grundsätzen der Normierung bekannt: Die Ausgangsnorm ist so zu wählen, daß sie den Anschluß an das Meter-system bringt; da es sich um Flächen handelt, naturgemäß an den Quadratmeter. Das Verhältnis der Seitenlängen ist so zu wählen, daß bei Halbierung der Urfläche die neue kleinere Fläche gleiche Gestalt habe wie die Urfläche. Daß aber die unteren Formate aus dem Urformat sich stets durch Halbierung ab-

leiten lassen, wird durch praktische, technische Rücksichten zwingend nahegelegt. So kommt man also zu einem Verhältnis der Seitenlängen = 1 :  $\sqrt{2}$  und dies ergibt ein Urformat von 841 : 1189 Zentimeter. »Die Vereinheitlichung der Papierformate wird in nichtpersönlichen Kreisen oft als weitere Entfaltung unseres Lebens hingestellt, die statt der bisherigen freien Entfaltung dem einzelnen in einem neuen Punkt mechanischen Zwang antue. Man behauptet sogar, der künstlerische Sinn werde vergewaltigt, wenn man Normen für Formate festlegt. Im Format von Akten, von Geschäftsbriefen, von Zeichnungen Kunst unterbringen zu wollen (es könnte dies nur durch dauernden Wechsel des Formats geschehen) würde ein bedenklicher Abweg der wirklichen Kunst sein. Nur noch in der Ordnung und Regelung des Formats ist Kunst-  
arbeit zu leisten.«

**Kurze Chronik** Einen *internationalen Wettbewerb* mit dem Preis von 100 000 Dollars hat die Chicago Tribune für Entwürfe zu einem, zur Erinnerung ihres 75jährigen Bestehens von ihr zu errichtenden Geschäftshaus ausgeschrieben. Die Entwürfe, die Ansichten und eine Perspektive enthalten sollen, müssen bis zum 1. November eingereicht werden.  $\diamond$  Eine *Hochschule für dekorative Kunst in Monza* wird errichtet. Sie bildet einem Komplex von modern geleiteten Modellschulen, die aus dem Studium in selbständige Arbeit überführen. Die Anstalt besitzt eine großartige Fachbibliothek, Vorlagensammlungen, photographisches Archiv sowie ein Internat von 200 Betten.  $\diamond$  Der Deutsche Werkbund hat einen Ausschuß für *Werbewesen* begründet, zu dessen Vorsitzendem Peter Behrens gewählt wurde; Mitglieder des Ausschusses sind Bernhard, Ehmcke, Jessen, Klingspor, Kropf, Kuperberg und die ehemaligen Vorstandsmitglieder des aufgelösten Vereins der Plakatkreunde Sachs, Bleistein und Meyer.  $\diamond$  Eine *amerikanische Filiale der Wiener Werkstätten* wurde unter Leitung des Wiener Künstlers Josef Urban in der Fifth Avenue in New York eröffnet. Besonders schön sind die von Wiener Künstlern angestellten Silberarbeiten.  $\diamond$  Eine *Wolkenkratzerkirche* erbaut die Methodistengemeinde in Chicago. Der Bau soll 21 Stockwerke hoch werden, und seinen 260 Fuß hohen Block soll noch ein gotischer Turm von 140 Fuß Höhe überragen. An die im Erdgeschoß und im 1. Obergeschoß befind-

liche, insgesamt 1200 Personen fassende Kirche sollen sich im Erdgeschoß Ladengeschäfte, in den übrigen Stockwerken Bureauräume anschließen. ◊ Gegen den Beschluß des Nürnberger Stadtrats von der Lorenzkirche aus am Dürerhaus vorbei eine Straßenbahnlinie zu legen haben nunmehr die wissenschaftlichen Beamten sowie die Direktion des Germanischen Museums in einer Eingabe protestiert. Was von solchen Versuchen das *Nürnberger Stadtbild* gewaltsam zu konservieren (also die aus der Weiterentwicklung kommende Übereinanderlagerung, die das Wesen und den Reiz eines Stadtbilds ausmacht, zu unterbinden und das Alte zu fossilisieren) zu halten ist, wurde hier bei Gelegenheit der Erörterungen über den Bau von Wolkenkratzen in Danzig (1921 II, Seite 862 ff.) ausgeführt. ◊ Der Direktor des Staatsmuseums in Arizona Byron Cummings hat eine unter Vulkanasche begrabene *Pyramide in Mexico* ausgegraben. Es wurde ein aus vulkanischen Felsen in 4 Terrassen erbautes, auf einer Basis von etwa 130 Meter im Durchmesser zu einer Höhe von 35 Meter ansteigendes bauliches Meisterwerk zutage gefördert, das im Innern wertvolle Funde enthält dürfte. ◊ Nachdem Paul Kühn /Forst/ die Wahl zum Stadtbaurat in Dresden abgelehnt hat, wurde *Paul Wolf* berufen, der 1914 aus seiner Tätigkeit in Berlin-Schöneberg nach Hannover gewählt wurde. ◊ An der Berliner Technischen Hochschule *habilitierte* sich für ägyptische, vorderasiatische und byzantinische Baukunst *Walter Andrae*, der vor dem Krieg ein wichtiger Teilnehmer an den Ausgrabungen der Deutschen Orientgesellschaft in Mesopotamien war und dort den Ischtartempel in Assur und die altassyrischen Königsgräber aufdeckte.

#### Literatur

Wasmuths Monatshefte für Baukunst eröffneten ihren neuen Jahrgang mit einem schönen, gut illustrierten Aufsatz *Indische Gärten von Sattar Kheiri*. Wir erfahren, daß die Gärten Indiens in der Hauptsache erst aus der islamischen Zeit stammen. »Das in Gedanken geformte Bild des Paradiesgartens ward von den Mohammedanern in irdischen Gärten wiederzugeben versucht.« Die herrlichsten Gärten wurden in der Zeit des Schahs Djehan /1627 bis 1658/ angelegt. Am berühmtesten waren die Schalimargärten zu Kaschmir und die zu Lahore, ausgezeichnet durch die große Zahl der Terrassen, Kioske und schattigen Alleen.

Die großen Gärten sind ausnahmslos im 19. Jahrhundert zerstört worden. Aber zahlreiche Miniaturen vermitteln uns ein Bild. Aus der Literatur wissen wir, daß man in raffinierter Art in die Einheit von Architektur und Garten auch das Element des Dufts und des Tons einzuspannen versuchte. »Selbst das Häuschen des Armen entbehrte nicht ein paar Bäume und Blumenbeete mit Wasserbecken inmitten... Quellengraben, Bäumepflanzen und Gartenanlagen bedeuten für den Moslim eine religiöse Tat.«

## EINZELNES

### Neuerscheinungen

**Kinderleben** In der Sammlung Menschenbücher der Weltliteratur /Wien, Frisch & Co./ sollen »ethisch und künstlerisch hochstehende Dokumente reinen Menschentums als graphische Musterdrucke in beschränkter Vorzugsausgaben« erscheinen. Gewiß ist Ethik eine schöne Sache. Doch wird ihr jetzt vielfach alles Blut herausgezupft, um sie gebildet und salonfähig zu machen. Eine Kreuzung von »Musterdruck« und »ethisch hochstehenden Dokumenten« ist in sich unfruchtbar. Das eine wie das andere ist uns wert. Die Verbindung verwässert beides. Der Text des 1. Bandes (Gespräche mit Peterchen) ist von *Hans Ryner*. Diese Gespräche eines Vaters mit seinem gestorbenen Kind sind von außerordentlich rührender Zartheit; man spürt den Liebreiz des Kindes, wie ihn in seinem ganzen Zauber ja nur die Eltern kennen. Die Worte tragen noch ganz die Wärme des eben Erlebten in sich. Trotzdem sind solche Schilderungen eines so ganz persönlich Erlebten doch immer nur Verdünnung des Lebens selbst, und die Tränen, die man da weint, sind auch dünner und wässriger als die, die das Leben abfordert. Das Leben hat keine Poetisiererei nötig, und wenn die Dichtkunst es schildert, dann muß sie da Kristallisationen herausschaffen, die das Leben selbst in seinem nahen Ausschnitt nicht erkennen läßt, seien es Perspektiven hinein ins Finstere, oder seien es Fragen, die ohne Antwort dastehen, oder gar Lösungen, die ins Helle führen. Von alledem haben diese Gespräche nichts an sich. Allerdings sind es Fragmente; vielleicht, daß sie im Rahmen des Ganzen einen andern Sinn hätten. Die Federzeichnungen *Gabriel Bolots* sind wohl recht geschickt, aber ohne Wärme und schließlich doch nichtsagend.

Viel anspruchsloser sind die Kindergeschichten *Heinrich Schulz'* (Aus meinen 4 Pfählen /Leipzig, Quelle & Meyer/). Sie beanspruchen nichts von Kunst. Sie geben das wieder, was ein Vater sich von seinen beiden Kindern aufschrieb, einfach und recht frisch. Allerdings mischt sich überall eine etwas lehrerhafte Philistrosität in die Philanthropie des Verfassers. Aber diese Enge scheint bei ihm nicht sehr tief zu sitzen. Er kann, denke ich, im Grunde recht herzlich lachen.

Lisbeth Stern

**Jugendbücher** In Aschendorffs Prachtausgaben wertvoller Jugendschriften /Münster, Aschendorff/ erschienen *James Fenimore Cooper* Der letzte Mohikaner und *Heinrich Conscience* Der Löwe von Flandern. Diese altberühmten Jungensbücher sind nicht etwa modern ausgestattet, sie muten an wie in einem Familienbücherschrank wiedergefundene Jugendbücher mit den alten, liebgewordenen Kitschbildern. Und das mag gut sein. Kinder- und Jugendkunst ist kaum den verschiedenen Kunstrichtungen unterworfen. Im Gegenteil steigt der Wert eines Buches, wenn auch die Sexta und Quinta der früheren Jahrgänge es kennen. Eine Art geistiges Gemeingut geht hindurch, dessen Tradition wohl zu respektieren ist, etwa der Flinker Hirsch, die Große Schlange und die Helden des flämischen Aufstands, die schwarzzügige stolze Cora aus dem Lederstrumpf und die blonde Mathilde aus dem Löwen von Flandern, überhaupt die Welt des Kampfes und der Abenteuer. Hier Edelmut, dort Niedertracht; immer sind es die selben Achsen, um die die Phantasie der Jungen, vielleicht die der primitiveren Seelen überhaupt, sich dreht, und es hat nicht viel Sinn Neues und anderes hineinbringen zu wollen.

Der Verlag Offenstadt & Fellheimer in Nürnberg bringt ein Buch: Tiere, die ihr häßlich nennt, weil ihr sie nicht besser kennt, Verse von *Emmy Landmann*, Bilder von *Kurt Böttcher*. Der ins Ohr fallende Klappervers des Titels ist ein gutes Omen für das Ganze. Es berichtet in ähnlich drolligen Reimen von dem fleißigen Familienleben der Mistkäfer, Ohrwürmer und Kröten. Was die Kinder da in so prägnanten Versen hören, wird ihnen sicher glatt eingehen und sitzenbleiben. Nur ist es mir leid, daß der Ausgangspunkt, von dem aus diese allgemein verfeimten Tiere den Kindern nähergebracht werden, der der Nütz-

lichkeit für den Menschen ist. Ich glaube, daß die Kinder eine allgemeinere und weiterblickende Einstellung sehr wohl vertragen, ja daß sie ihnen vielleicht sogar näherliegen könnte, wenn sie die Gewohnheiten dieser Tiere und ihren mühsamen Kampf ums Dasein recht vor Augen hätten.

Lisbeth Stern

Märchen

In einer sehr reizenden Neuausgabe erschien bei O. C. Recht in München *E. T. A. Hoffmanns* Märchen von dem Nußknacker und dem Mausekönig mit den *Bertallschen* Bildern. Es erzählt von den Weihnachtsträumen eines kleinen Mädchens, in denen ihr Pate, ein seltsamer alter Hausfreund, weiterlebt. Die Hoffmannsche Erzählweise ist wohl zu bunt und zu reich, um von Kindern verstanden zu werden, so reizend gerade Hoffmann auch Kinder sieht und versteht. Aber die Bilder sind kaum schöner für Kinder zu denken. Unendlich viel an Zahl und klein dabei, überall im Text zwischengestreut. Sie wollen nur künstlerisch erzählen, und das tun sie mit einer unendlich leichten Phantasie, für die sich alle Handlung nur in Bildern abspielt. In dem ganzen Büchlein fühlt man noch die Atmosphäre jener Jahre, wo die Phantasie von dem dämmerigen Eckchen einer Stube aus die schnurrigsten und akrobatenhaftesten Kunststücke aufführt, während ringsherum das ordentlich warme Zuhause steht, mit dem Kaffeetisch und den schönen, gutgehaltenen Mahagonimöbeln. Gut für Kinder sind auch die Federzeichnungen *Erik Richters* zu einer Auswahl von *Grimmschen* Märchen (in der Sammlung *Die Immergrünen Bücher* /Berlin, Nicolai/), nur ist ihre erzählende Kraft lange nicht so lebendig wie bei Bertall. Die Bilderchen sind sehr einfach und beschaulich und haben das Netze, daß der Raum, besonders in den bunten Bildern, eine große Rolle spielt, was bei Illustrationen recht wesentlich sein mag. Die Phantasie kann eben mitgehen, über die Berge hinüber oder in die Hütte, am Schloß vorüber und hinein in die Stube. All dieses Verbinden von dem Nacheinander der Handlung durch Räumlichkeit im Bild mag vielleicht das Unterscheidende gerade vom Illustrativen ausmachen. Übrigens geht Richter überall von einem Bauernjungen von etwa 13 Jahren aus. Nicht älter ist für ihn der Held der *Grimmschen* Märchen, und die Welt und die Abenteuer sind eben auch die eines solchen Jungen.

Lisbeth Stern